

Stenographisches Protokoll

über die

17. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 30. Dezember 1909.

Inhalt.

Petitionen.

Auflage.

Zuschrift des k. k. Landesgerichtes Graz um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Jodlbauer.

Anfrage des Abgeordneten Kessel an den Landeshauptmann, betreffend die Kartenausgabe für die Galeriebesucher. — Beantwortung durch den Landeshauptmann.

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Zuweisung des Genossenschaftsinstruktors Fritz Schneiter zur Dienstleistung beim Verbands der Murbodner Viehzuchtgenossenschaften (Beilage Nr. 224),

Zuweisung an den Finanz-Ausschuß.

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 211, mit dem Antrage auf provisorische weitere Einhebung der für das Jahr 1909 beschlossen und bewilligt gewesenen Landesumlagen und Zuschläge für das erste Halbjahr 1910. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)

Bericht des Sonder-Ausschusses für Landeskultur-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 19, mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Kaarlbaches bei Ramsau. (Beilage Nr. 190. — Annahme des vom Landeskultur-Ausschusse beantragten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 220, zum Gesetzentwurfe, betreffend die Einhebung der Landesumlage auf den Verbrauch von Bier. (Annahme des vom Finanz-Ausschusse beantragten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 221, betreffend die provisorische Forteinhebung der Landesumlage

auf den Verbrauch von Bier. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)

Interpellation der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen an den Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Künstlerhausbaues in Graz.

Antrag der Abgeordneten Gerlich und Genossen auf Aufhebung des Ortsklassensystems bei der Besoldung unserer Volksschullehrer und statt dessen Einführung des Personalklassensystems.

Antrag der Abgeordneten Nobič und Genossen, betreffend Verlegung der in der III. Ortsklasse stehenden Volksschulen in die II. Ortsklasse.

Antrag der Abgeordneten Gerlich, Reiter, v. Rodolitsch und Genossen, betreffend die Deckung des Bedarfes an Drainageröhren seitens des steiermärkischen Landes-Ausschusses aus den heimischen steirischen Ziegeleien.

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Notstandstarife aus Anlaß der Futternot.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Exzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Alois Riegler und Josef Wolfbauer.

Von Seite der Regierung anwesend: Seine Exzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 437, des Vereines ‚Südmark‘, um eine Unterstützung für das Jahr 1910. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 438, des Vereines ‚Deutsche Volksbücherei‘ in Graz, um einen Unterstützungsbeitrag. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 439, der Sektion Marburg des Deutschen und Österreichischen Alpenvereines, um eine Subvention für die Errichtung einer Aussichtswarte am Bacher bei St. Wolfgang. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 440, des Dr. Ignaz v. Scarpattetti zu Unterwegen, Inhaber des Sanatoriums ‚Schweizerhof‘ in Krottendorf bei Graz, um käufliche Überlassung der mit dem Besitze der Landes-Ackerbauschule Grottenhof, G.-Bl. 140, R.-G. Weßelsdorf, verbundenen 3964/68.119 Anteile an der Steinbruchrealität in G.-Bl. 1, R.-G. Weßelsdorf. (Überreicht durch Abgeordneten Wastian.)“

„Petition Nr. 441, der Leopoldine Weiger, Krankenhaus-Verwalterswitwe in Bruck a. d. M., um eine jährliche Unterstützung. (Überreicht durch Abgeordneten Wolfbauer.)“

„Petition Nr. 442, der Johanna Pečovnik, Oberlehrerswitwe in Savodna bei Gili, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abgeordneten Dr. Rukovec.)“

„Petition Nr. 443, des Unterstützungsfondes für slawische Studierende an der k. k. Karls-Franzens-Universität in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abgeordneten Rector magnificus Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 444, des steiermärkischen Landeskomitees für die Jagdausstellung in Wien 1910, um einen Beitrag für die Ausgestaltung der steiermärkischen Landesabteilung bei der internationalen Ausstellung im Jahre 1910. (Überreicht durch Abgeordneten v. Mayr-Melnhof.)“

„Petition Nr. 445, des Anton Hofbauer, Oberlehrers in Gams bei Marburg, um Anrechnung der Unterlehrerjahre zur Erlangung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abgeordneten Neger.)“

„Petition Nr. 446, des Alois Puschnigg, definitiven Oberlehrers in Tragöß-Großdorf im Schulbezirke Bruck a. d. M., um Anrechnung der Zeit vom 1. August 1884 an für die Pensionsbemessung, der Zeit vom 1. Dezember 1888 für Dienstalterszulagen und für Gehaltsstufen. (Überreicht durch Abgeordneten Prisching.)“

„Petition Nr. 448, des Grazer Unterstützungsvereines für entlassene Häftlinge sowie für hilfs- und schuldlose Familienglieder von Häftlingen, um Gewährung einer erhöhten Subvention für das Jahr 1910. (Überreicht durch Abgeordneten v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 449, der Franziska Tamborini, geborene Wandelli, in Graz, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abgeordneten v. Dehne.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 447, des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Steiermark, um Schaffung einer Novelle zum Landesgesetze vom 30. Mai 1898, L.-G.-Bl. Nr. 46, betreffend den Schutz der Alpenflora. (Überreicht durch Abgeordneten v. Feyrer.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Landeskultur-Ausschusse zugewiesen.

Aufgelegt wurde heute:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Subventionierung des Pensionsfondes der k. k. steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft. (Beilage Nr. 225.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung eines Investitionskredites für die Ausgestaltung der Landes-Kuranstalt Neuhaus. (Beilage Nr. 227.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Voitsberg um Erlassung eines Gesetzes, betreffend die Befreiung der in der Stadtgemeinde Voitsberg in den Jahren 1910 bis Ende 1914 auszuführenden Neu-, Um-, Auf- und Zubauten von der Entrichtung der Gemeindeumlagen bis zur Höhe von 60 Prozent. (Beilage Nr. 231.)

Antrag der Abgeordneten Wagner und Genossen, betreffend die Gehaltsregulierung der Volksschullehrer. (Beilage Nr. 232.)

Dringlicher Antrag des Abgeordneten Dr. Rukovec in Notstands-Angelegenheiten, betreffend den durch die Überschwemmungen des Sotla-Flusses in den Ortschaften Gregovci und Bračnavas entstandenen Schaden. (Beilage Nr. 233.)

Weiters ist aufgelegt worden der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses auf provisorische Forteinhebung der Landesbieraufgabe auf den Verbrauch von Bier zur Beilage Nr. 221. Der Antrag des Finanz-Ausschusses zur Beilage Nr. 220 ist ebenfalls in Druck gelegt worden und wird während der Sitzung zur Verteilung gelangen.

Es ist mir eine Zuschrift des k. k. Landes- als Strafgerichtes Graz folgenden Inhaltes zugekommen (liest):

„An den

hohen Landtag des Herzogtumes Steiermark, Graz.

Über die am 15. Dezember 1908 erstattete Anzeige (in D.-Z. 37) und am 5. Juni 1909 erhobene Privatanklage (D.-Z. 56) des Augustin Post, Schlossermeisters der Firma Brüder Lapp in Rottenmann, wurde Josef Fodlbauer, verantwortlicher Redakteur des „Arbeiterwille“ und Landtagsabgeordneter des 2. Wahlkreises Eggenberg der allgemeinen Wählerklasse des steiermärkischen Landtages, mit Urteil des Schwurgerichtshofes Graz vom 26. Juni 1909, G.-Z. Pr. VIII, 25/8/68, des Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre nach §§ 488 und 491 St.-G. schuldig erkannt und gemäß § 493 St.-G. bei Anwendung der §§ 261 und 266 bei Bedacht auf § 267 St.-G. zu einer Geldstrafe von 300 K, eventuell im Nichteinbringungsfalle zu 30 Tagen Arrest verurteilt.

Gegen dieses Urteil ergriff Josef Fodlbauer die Nichtigkeitsbeschwerde, welche mit dem am 20. August 1909 bestellten hiergerichtlichen Beschlusse vom 16. August 1909, G.-Z. Pr. VIII, 25/8/69, rechtskräftig zurückgewiesen worden ist; der Privatankläger Augustin Post aber die Berufung gegen das Strafausmaß. Das k. k. Oberlandesgericht in Graz hat mit Urteil vom 1. September 1909, G.-Z. Pr. VIII, 25/8/72, die Strafe des Josef Fodlbauer erhöht und bei Anwendung der §§ 261, 266, 267 St.-G. gemäß § 493 St.-G. mit 600 K in Geld, im Falle der Nichteinbringung Arrest von zwei Monaten ausgemessen.

Vor Zustellung des am 10. September d. J. an dieses k. k. Landesgericht in Strafsachen herabgelangten Urteiles zweiter Instanz wurde mit kaiserlichem Patent vom 12. September 1909 der steiermärkische Landtag für den 16. September d. J. einberufen und am 15. Oktober d. J. der steiermärkische Landtag nur vertagt.

Zur Wahrung der Immunität des Abgeordneten Josef Fodlbauer wurde im Hinblick auf § 2 des Gesetzes vom 3. Oktober 1861, R.-G.-Bl. Nr. 98, mit den Zustellungen und allen weiteren Verfügungen in obiger Sache innegehalten.

Nunmehr wird jedoch, da der Zeitpunkt, wann die begonnene Session des hohen steiermärkischen Landtages geschlossen wird, unbestimmt und nicht abzusehen ist, an den hohen steiermärkischen Landtag das Ersuchen gestellt zu beschließen und zu gestatten, daß wider den Abgeordneten Josef Fodlbauer das Strafverfahren durch Zustellung des oberlandesgerichtlichen Urteiles vom 1. September 1909, Bs. 120/9/1, fortgesetzt, beziehungsweise zu Ende geführt werde und der Strafvollzug an demselben erfolgen dürfe.

Die Akten werden in % vorgelegt.

R. k. Landes- als Preßgericht, Abteilung V.

Graz, am 24. Dezember 1909.“

Ich beantrage, wie bei ähnlichen an den hohen Landtag gerichteten Zuschriften festgehalten worden ist, auch diese Zuschrift samt Beilagen dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten zur Vorberatung zuzuweisen.

(Die Zuweisung wird beschlossen.)

Wir gelangen jetzt zur Tagesordnung.

Vor Eingehen in dieselbe hat sich der Herr Abgeordnete Kiesel zu einer Anfrage zum Worte gemeldet.

Abg. Kiesel (N. W. Graz): Im § 11 der Geschäftsordnung des Landtages heißt es, daß die Landtags-sitzungen öffentlich sind. Obwohl auf der Galerie noch Platz genug vorhanden wäre, werden im Präsidium keine Karten ausgegeben. Selbst Abgeordneten, die solche Karten verlangen, wird gesagt, die Karten seien bereits von verschiedenen Herren Abgeordneten behoben.

Ich glaube, durch einen derartigen Vorgang wird die Öffentlichkeit des Landtages beschränkt und ich richte an Seine Exzellenz den Herrn Landeshauptmann die Frage, was er zu tun gedenkt, daß derartigen Vorgängen in Zukunft vorgebeugt wird. Geheime Sitzungen können nur stattfinden über Beschluß des Landtages, aber es geht nicht an, daß die Stelle, welche die Galeriekarten ausgibt, oder die einzelnen Herren Abgeordneten die öffentlichen Landtags-sitzungen einer gewissen Beschränkung unterwerfen.

Landeshauptmann: Auf diese Anfrage des Herrn Abgeordneten Kiesel habe ich nur zu erwidern, daß für jede Sitzung soviel Karten ausgegeben werden, als Sitzplätze vorhanden sind, weil weder ein allzustarkes Gedränge stattfinden soll, noch, glaube ich, die einzelnen Besucher sich gegenseitig beeinträchtigen sollen.

Auf die Verteilung und Ausgabe der Karten habe ich bisher keinen Einfluß genommen, sondern es haben alle jene Personen, die sich rechtzeitig um Karten am

Vortage oder am Tage selbst gemeldet haben, solche Karten bekommen.

Wenn einzelne Abgeordnete eine größere Anzahl von Karten rechtzeitig in Anspruch genommen haben, so wurden auch den Herren Abgeordneten nach Maßgabe der vorhandenen Karten Eintrittskarten eingehändigt. Aus Gefälligkeit über die Zahl der vorhandenen Karten Personen zuzulassen, ist wohl nicht möglich, weil man dann eine Grenze für das Maß der Galeriebesucher nicht mehr festsetzen könnte.

Ich werde aber nochmals den Auftrag geben, daß man die Karten möglichst gleichmäßig zur Ausgabe bringt, und es wird angezeigt sein, daß keinem einzelnen, der sich um Karten bewirbt, mehr als zwei aus-
gesolgt werden.

Die Öffentlichkeit halte ich aber auch dann nicht für ausgeschlossen, wenn eben einzelnen Herren Abgeordneten es nicht mehr möglich ist, einem ihrer näheren Bekannten noch zu verspäteter Stunde einen Platz auf der Galerie zu verschaffen.

Jedenfalls liegt es mir vollkommen fern, irgend jemand, sei es ein Angehöriger welcher Gruppe des hohen Hauses immer, von dem Besuche der Galerie auszuschließen.

Ich bitte diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffs Zuweisung des Genossenschaftsinstruktors Fritz Schneider zur Dienstleistung beim Verbande der Murbodener Viehzuchtgenossenschaften.

(Beilage Nr. 224.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf **Attems**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 211, mit dem Antrage auf provisorische weitere Einhebung der für das Jahr 1909 beschlossen und bewilligt gewesenen Landesumlagen und Zuschläge für das erste Halbjahr 1910.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Freiherr v. **Kellersperg**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Freiherr von **Kellersperg** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Da dem hohen Landtage zur Entfaltung seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit auch im heurigen Jahre leider nur eine sehr kurze Zeit zur Verfügung gestanden war, konnte das Präliminare für das Jahr 1910 nicht zu Ende beraten werden und es fühlt sich daher der Landes-Ausschuß für verpflichtet, zur Bedeckung des Abganges für das Jahr 1910 für die provisorische Weitereinhebung der derzeit zur Einhebung gelangenden Umlagen und Zuschläge für das Halbjahr 1910 Sorge zu tragen.

Nach dem dem Landtage unterbreiteten Voranschlage, welcher, wie gesagt, noch nicht zu Ende beraten ist, erhöht sich der unbedeckte Abgang gegenüber dem im Voranschlage für das Jahr 1909 vom hohen Landtage genehmigten, beziehungsweise eingestellten Abgang um rund 721.900 K., also beinahe 722.000 K.

Die Steigerung des Abganges wird im wesentlichen hervorgerufen durch nachstehende Mehrauslagen:

Für die Förderung der Landeskultur um rund 109.000 K., für Bildungszwecke um rund 414.000 K. (darunter für Volksschulen um rund 386.000 K.), für Wohltätigkeits- und Sanitätszwecke um rund 120.000 K., für Passivzinsen um rund 64.000 K.

Da es nun nach dieser Sachlage ausgeschlossen ist, daß im Jahre 1910 eine Herabsetzung jener Umlagen und Zuschläge, welche vom hohen Landtage zur Bedeckung des Abganges für das Jahr 1909 beschlossen worden sind, eintreten wird, so stellt der Finanz-Ausschuß konform mit dem Antrage des Landes-Ausschusses folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Zur Bedeckung des voraussichtlichen, ziffermäßig erst im seinerzeitigen, endgültigen Berichte über den Landesvoranschlag nachzuweisenden Abganges im Landeshaushalte werden vorläufig dieselben Landesumlagen und Zuschläge, wie sie im Jahre 1909 eingehoben wurden, auch im ersten Halbjahre 1910 forteinzuhoben sein, und zwar:

1. Die Einhebung einer 50prozentigen Umlage auf die Grundsteuer, die reelle und ideelle Hausklassensteuer, die reelle und ideelle Hauszinssteuer, die fünfprozentige Steuer vom Reinertrage der laut Landesgesetz vom 7. Juli 1897, L.-G.- und W.-Bl. Nr. 67, von den Landesumlagen befreiten Neubauten in Graz, die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unterneh-

mungen, die Rentensteuer und die staatliche Besoldungssteuer; weiters die Einhebung einer 56prozentigen Umlage auf die allgemeine Erwerbsteuer einschließlich der Erwerbsteuer von den Hausier- und Wandergewerben.

2. Die Einhebung einer 10prozentigen Umlage auf die gesamte Verzehrungssteuer auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost am Lande und einer 10prozentigen Umlage auf die Verzehrungssteuer samt außerordentlichen Zuschlägen auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz " Ich bitte, diesen Antrag gütigst annehmen zu wollen.

Landeshauptmann: Der Gegenstand steht in Verhandlung. Ich eröffne die Debatte. Zum Worte haben sich bisher gemeldet die Herren Abgeordneten Kern, Fodlbauer und Dr. Korösec.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kern das Wort.

Abg. Kern (L.-G. Radkersburg): Hoher Landtag! Wir stehen vor dem wichtigen Augenblicke, dem Landes-Ausschusse das Recht zu erteilen, in die Taschen unserer Wähler zu greifen, um daraus so viel Geld zu nehmen, als er zur Bestreitung des Landeshaushaltes bedarf. Wir würden gewiß vielleicht mit Freuden zustimmen, wenn der Landes-Ausschuß nicht die Absicht hätte, im nächsten Jahre etwas tiefer in die Taschen unserer Wähler zu greifen, als es bisher der Fall war. Seit einer Reihe von Jahren war in der Vorlage des Landes-Ausschusses über die Bedeckungsanträge sowohl als auch in der Vorlage des Finanz-Ausschusses immer der Passus enthalten: Der Staat wird uns helfen, der Staat wird uns zu Hilfe kommen. Der Passus ist in diesem Jahre ganz verschwunden. Ich habe vor zirka drei Jahren hier in diesem Hause erklärt, daß nach meinem Dafürhalten es vollkommen ausgeschlossen ist, daß der Staat nach der heutigen Finanzlage den Ländern überhaupt Zuschüsse zur Verfügung stellen kann. Im vergangenen Jahre hat der Herr Abgeordnete Kessel so mit einer gewissen Zuversicht ausgesprochen: Der Staat ist sich seiner Pflicht nicht bewußt, der Staat hat den Ländern bisher nichts gegeben, der Staat ist verpflichtet, den Ländern zu Hilfe zu kommen und der Staat muß den Ländern helfen. Meine Herren, ich erlaube mir die Frage: Wer ist der Staat? Die Bevölkerung eines Landes oder Reiches bildet den Staat. Und wer ist die Regierung? Die Abgeordneten des betreffenden Volkes bilden die Regierung. Denn aus den Mehrheitsparteien dieser Abgeordneten werden in der Regel die Minister genommen, und wenn auch Beamte in das Ministerium berufen werden, so werden solche Beamte in das Mini-

sterium berufen, welche der politischen Gesinnung nach den Mehrheitsparteien angehören.

Nun glaube ich, daß der Herr Abgeordnete Kessel einer Partei angehört, die doch, wenn man so sagen darf, eine hervorragende Partei ist, und weil er mit solcher Zuversicht gesagt hat, der Staat müsse helfen, so war ich der Meinung, daß wir endlich aus den Kalamitäten erlöst werden, daß uns endlich geholfen wird. Er wird wahrscheinlich im Reichsrate einen Antrag einbringen, er wird auf seine Parteigenossen darauf einwirken und wird bei Begründung seines Antrages dem Finanzminister zeigen, wo man das Geld hernehmen kann. Ich habe die Verhandlungen des Reichsrates mit Aufmerksamkeit verfolgt, ich habe aber nicht gefunden, daß Herr Abgeordneter Kessel in dieser Gelegenheit einen Finger gerührt hätte.

Meine Herren! Man sagt, die Zeitungen bilden die öffentliche Meinung. Ich habe mir die Mühe genommen und die Leitartikel der Grazer Tagesblätter in den letzten Tagen verfolgt. Jedes Blatt hat über die Finanzkalamität des Landes gemurmelt, jedes Blatt hat die Schuld auf diesen oder jenen Umstand geschoben, und ich muß sagen, daß ich in dieser Beziehung meine eigenen Ansichten habe, und zwar eine Ansicht, welche keines der Tagesblätter vertreten hat. Denn ich bin der Meinung, daß die Finanznot des Landes zwar nicht einzig und allein, denn da sind verschiedene Umstände maßgebend, aber größtenteils von der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel abhängt. Das wissen wir im Landtage ganz gut.

Fast jeden Tag liegt hier ein Bettelbrief; bald kommt er von den Lehrern, bald von den Beamten, bald von den Dienern.

Erst gestern haben wir gehört, daß die Lehrer am Ende sind und eine Gehaltsaufbesserung erhalten müssen. Wir müssen bedenken, welches Heer von Beamten der Landes-Ausschuß in seinen Kanzleien beschäftigt und wie viel Lehrer in Steiermark sind und daß die Diener sich auch, wenn auch nicht mit Fleisch, so doch mit Kraut und Bohnen sattessen wollen.

Die meisten der Herren Beamten sind verheiratet, haben eine Familie, ich verarge es ihnen nicht, sie sollen sie haben, aber sie brauchen für ihren Haushalt bei der heutigen Teuerung einen sehr großen Gehalt.

Ich sage nicht, sie sollen nicht bestrebt sein, eine Gehaltsaufbesserung zu erhalten, denn ich weiß recht gut, daß jeder Mensch das Bestreben hat, seine materielle Lage zu verbessern. So auch die Beamten und Lehrer.

Bisher werden die Herren Sozialdemokraten mir ziemlich recht geben. (Rufe: „Dho!“) Sie werden kaum

etwas einzuwenden haben; wenn ich aber die zweite Frage stelle, dann kann es sein, daß ich mit den Herren Sozialdemokraten in Widerspruch gerate. (Rufe: „Kein Unglück!“) Ich möchte vor allem fragen, woher kommt die Teuerung? Es sind da verschiedene Umstände maßgebend, aber die Teuerung der Lebensmittel kommt hauptsächlich von den Herren Sozialdemokraten.

Meine Herren! Ich will nicht etwas behaupten, ohne es zu beweisen und ich will auch diese Behauptung zu beweisen suchen.

Es war im Jahre 1866, ich habe damals die Schulbank gedrückt, und wenn ich den Schulranzen um die Schultern hängte, da war der Vater schon vom Hause abwesend. Die Mutter hatte kein Geld, wenn ich zwei Kreuzer brauchte, um ein Schulheft oder dergleichen Sachen zu kaufen. Was hat da meine Mutter gemacht?

Sie gab mir drei Eier und diese drei Eier habe ich beim nächsten Händler verkauft und erhielt dafür sage zwei Kreuzer österreichischer Währung. (Rufe: „Heute bekommt man zwanzig Kreuzer dafür!“)

Wie bei den Eiern so war es auch bei den anderen Lebensmitteln der Fall. Ein Paar Ochsen hat hundert Gulden gekostet, heute kosten diese mindestens vier- bis fünfhundert Gulden.

In den Siebzigerjahren kam die Industrie aufwärts, in den Siebzigerjahren kam die Industrie zur Blüte. Mit der Industrie hielt die Sozialdemokratie ihren Einzug. Die Sozialdemokraten verlangen von Jahr zu Jahr größeren Lohn. Sie haben den Fabriksherren Bedingungen abgekämpft, die nicht immer gerechtfertigt waren. (Abg. Horvatek: „Sie sind doch dabei immer reicher geworden!“) Es wurden einfach Streiks vom Zaune gebrochen. Zuerst hatte man die zwölfstündige, dann die elfstündige Arbeitszeit, heute hat man nur eine neunstündige und bei manchen Geschäften nur eine achtestündige Schicht. (Abg. Horvatek: „Weil die Maschinen die Menschen verdrängen!“) Dann ist man zu den Knechten und Mägden gegangen und hat ihnen gesagt: „So steht der Fabrikarbeiter, so steht Ihr!“ Was ist die Folge? Die Knechte und Mägde haben die Sichel und die Mistgabel dem Bauern vor die Türe gestellt. Der Bauer steht heute allein. In Wien im Reichsrat hat sich ein ungeheuer großer Ausschuß gebildet, der die Ursachen der Wertenerung studieren soll. Ja, meine Herren, es ist ja ganz einfach, nehmen Sie die Statistik zur Hand und schauen Sie, wieviel die Bevölkerung am Lande von zehn zu zehn Jahren abnimmt und wieviel die Städte und die Industrieorte von zehn zu zehn Jahren zunehmen. Aber noch mehr, meine Herren, wenn Sie die Bevölkerung auf dem Lande sich ansehen, so kommen nur Kinder und alte Leute vor. Die Leute vom

zwanzigsten bis zum fünfzigsten Lebensjahre verlieren sich, Arbeiter haben wir keine, oder nur wenige und nun, meine Herren, wollen Sie sich wundern, wenn so viele Menschen da sind, die gefüttert werden wollen, und so wenige, die bereit sind, sie zu füttern. Sollen die Lebensmittel da billiger sein oder, meine Herren, hat nur der Industriearbeiter, hat nur der Lohnarbeiter das Recht, für seine Arbeit einen Lohn zu verlangen? Soll der Bauer ganz umsonst arbeiten? Soll er 16 Stunden arbeiten und für seine Arbeit nichts verlangen? Wir sind aber noch nicht zu Ende mit der Teuerung, es wird noch ärger werden. Gestern sagte Herr Abgeordneter Kessel — ich habe ihn zwar nicht genau verstanden —, daß die Grundsteuer zurückgeht, und wenn es richtig ist, faßt er die Sache so auf, als ob die Bauern die Absicht haben, den Staat zu betrügen. (Rufe: „Das ist nicht wahr!“ Abg. Wagner: „Der Kessel weiß ja alles!“) Ich weiß nicht, ich habe nicht recht verstanden, ich bitte um Entschuldigung. (Abg. Jodlbauer: „Sie vertrauen auf den Gott der Barmherzigkeit!“ — Heiterkeit.) Ich möchte den Herrn Abgeordneten Kessel bitten, daß er sich an die Herren Geometer wende, die den Bezirkshauptmannschaften zur Dienstleistung zugewiesen sind, und er soll sich erkundigen, wieviel Felder und Wiesen in Wald umgewandelt werden und dann soll er bei den Steuerämtern sich anfragen, was für ein Unterschied ist zwischen der Besteuerung von Feldern und Wiesen und der von Wäldern. Dann soll er mit dem Stift nachrechnen und dann wird er darauf kommen, was die Ursache ist, daß die Grundsteuer von Jahr zu Jahr zurückgeht. Ich habe schon früher gesagt, wir sind noch nicht zu Ende mit der Teuerung, es wird noch ärger und es wird erst dann besser werden, wenn man die Scholle, welche man fluchtartig verlassen hat, wieder aufsucht, und dann wird es besser werden, wenn Felder und Wiesen, die heute in Wälder umgewandelt werden, der ursprünglichen Kultur wieder zurückgegeben werden. Damit schließe ich. (Lebhafter Beifall bei der christlichen Volkspartei.)

Abg. Jodlbauer (A. W. Eggenberg): Wir haben heute über das Budgetprovisorium von klerikaler Seite einen sehr heiteren Vortrag gehört, auf den einzugehen ich mir schließlich ersparen kann. Die Ausführungen, die von dem Herrn Kollegen gemacht worden sind, waren alles andere eher, als daß sie sich tatsächlich mit dem Budgetprovisorium, mit der Ordnung der Landesauslagen für die nächsten Monate beschäftigt hätten. Er hat unter dem Beifall seiner Parteigenossen, der Christlichsozial-Klerikalen, gesagt, die Teuerung wird noch ärger werden, es wird die Teuerung anhalten; er hat damit sagen wollen,

es wird noch viel ärger kommen mit der agrarischen Habucht, als es bis hergewesen ist. (Abg. Dr. Schacherl: „Unerfättlichkeit!“) Ich glaube, meine Herren, diese Ankündigung wäre besser unterblieben, denn schließlich gibt es innerhalb der Gesellschaft auch große Schichten, die nicht zu den Agrariern gehören, und gibt es innerhalb der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen ungeheure Schichten, die unter der agrarischen Preistreiberi selbst sehr schwer und sehr hart leiden, und es könnte sein, daß mit einer solch unbedachten, aber die wahren Absichten der Christlichsozialen vertratenden Bestrebungen (Abg. Dr. Schacherl: „Den letzten Bissen Brot wollen sie verteuern!“) eine Erregung in der Bevölkerung ausgelöst werden würde, die Erscheinungen mit sich bringen könnte, die ganz gewiß den Urhebern nicht angenehm sein würden, zum mindesten nicht von Leuten verantwortet werden könnten, die derartige gefährliche Absichten entwickeln, wie das gerade vom Herrn Abgeordneten Kern geschehen ist.

Nun zum Berichte des Finanz-Ausschusses selbst. Ich glaube, als uns die Vorlage, enthaltend den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit dem Antrage auf provisorische weitere Einhebung der für das Jahr 1909 beschlossenen Steuern, und Umlagen einige Tage vor Schluß des Jahres 1909, also knapp vor dem Ende des Jahres vorgelegt worden ist, da mußte sich in jedem gewissenhaften Politiker, der die Politik wirklich als eine Gesellschaftswirtschaft auffaßt, eine berechtigte Empörung regen. Daß das Land zur Bedeckung seiner Ausgaben Steuern braucht, ist selbstverständlich, daß sie aufgebracht werden müssen, ebenfalls. Der Landes-Ausschuß, der für deren Beschaffung zu sorgen hat, scheint sich seine Aufgabe, welche er erfüllen muß, mit samt seinem Finanzreferenten ziemlich leicht gemacht zu haben. Meine Herren, es ist geradezu rührend, wenn man den Bericht des Landes-Ausschusses in die Hand nimmt und zu lesen beginnt (liest):

„Da mit voller Beruhigung und Gewißheit nicht angenommen werden kann, daß der hohe Landtag in seinem gegenwärtigen Tagungsabschnitte in der Lage sein wird, über die Bedeckung des Abganges für das Jahr 1910 im Landeshaushalte derart rechtzeitig Beschluß zu fassen“ u. s. w.

Der Landes-Ausschuß fühlt sich nicht verpflichtet, einige Worte der Erklärung oder Entschuldigung oder einer Verurteilung dieser Verhältnisse anzuführen, sondern er sagt, ja, mit voller Beruhigung, mit voller Gewissenhaftigkeit können wir annehmen, daß wir ein ordentliches Budget für das Jahr 1910 vor Beginn des neuen Jahres nicht fertig bringen, deshalb beschließen wir heute ein Budgetprovisorium. Schließlich wird

dann noch gesagt, die Sache ist ja gar nicht so gefährlich, sie ist ganz ohne Bedeutung, denn aller Voraussicht nach, wie ja aus dem Voranschlage pro 1910 hervorgeht, wird das Defizit des Landes Steiermark im Jahre 1910 um mindestens 721.900 K steigen. Das Provisorium kann beschlossen werden, denn es ist gar keine Aussicht, daß eine Verminderung der Steuern und Umlagen Platz greift. Es ist daher ganz unbedenklich, ein solches Budgetprovisorium nicht bloß auf einen Monat oder zwei Monate, sondern gleich auf sechs Monate, also ein volles halbes Jahr, zu beschließen. Der Landes-Ausschuß, der Finanzreferent und, wie aus dem Referate des Herrn Berichterstatters des Finanz-Ausschusses, des Herrn Baron Kellersperg hervorgegangen ist, wohl auch die Mehrheit des Landtages scheint sich des Ernstes der Zeit nicht voll bewußt zu sein und scheint den Ernst und die große Bedeutung, die gerade der jetzigen Frage eigen ist, nicht zu erfassen. Meine Herren, Sie lachen darüber, ist denn das Jahr 1910 für die Finanzverwaltung ein ganz gewöhnliches Jahr? Ist es ein Jahr, wie die Jahre bisher gewesen sind? Ich sage, finanzpolitisch genommen nicht. Seit mehr als zehn Jahren haben Sie doch fortwährend das hohe Lied von der Steuerreform im Jahre 1909 gesungen. Seit dem Jahre 1896 ist immer und immer und bei allen Anlässen erklärt worden, jetzt läßt sich eine Reform in der Aufbringung der Mittel für die Landesverwaltung nicht durchführen, es sind Erschwerungen vorhanden, es laufen Gesetze fort, die auf Jahre hinaus befristet sind u. s. w. Das Jahr 1909, wo die Umlagenfreiheit auf die Personal-Einkommensteuer aufhört, wo eine ganze Reihe anderer Gesetze ablaufen, muß abgewartet werden und das Jahr 1909 wird uns im Lande Steiermark eine große und vielleicht auch großzügige Steuerreform bringen. Durch länger als ein Jahrzehnt hindurch haben wir immer und immer wieder diese Ausführungen gehört und wurde immer und immer wieder gesagt, was heuer gemacht werden könnte, das ist ein Flickwerk, mit einem Flickwerk kann man sich nicht beschäftigen. Die Finanzen des Landes sind an mehr als einer Stelle krank, es muß eine durchgreifende Reform geschaffen werden und diese kann erst geschaffen werden, wenn der Zeitpunkt hierfür gegeben ist. Wenn die Gesetze, die etwas hindernd im Wege stehen, abgelaufen sind, was im Jahre 1909 der Fall sein wird, dann wird auch die große Finanzreform kommen und, meine Herren, in zwei Tagen ist das Jahr 1909 abgelaufen, wo ist nun die Finanzreform? Ein Budgetprovisorium haben wir da, das wir heute beschließen sollen und dem die Mehrheit des Landtages zweifellos die Zustimmung geben wird. Anstatt einer großen Reform der Finanzgebarung des Landes,

von der länger als ein Jahrzehnt gesprochen worden ist, tritt die Landesverwaltung in den letzten Tagen des Jahres 1909 in das Jahr 1910 ein, ohne ein erledigtes Budget zu besitzen. Es frettet sich fort mit einem Budgetprovisorium, wo auf sechs Monate die bisher in Kraft bestandenen Steuern und Umlagen in gleicher Höhe fort eingehoben werden sollen.

Meine Herren! Aus einer Reihe von Erscheinungen, die zu beobachten sind, ist zu schließen, daß eine Reform der Landesfinanzen von Seite des Landes-Ausschusses wie von Seite der Mehrheit dieses hohen Hauses bereits wieder auf Jahre hinaus für begraben erachtet wird. Um nur eine Erscheinung dafür anzuführen: Wenn Sie die Hoffnung und wenn Sie den Willen zu einer entschiedenen Finanzreform nicht aufgeben wollten, so hätten Sie auf keinen Fall beschließen dürfen, daß die Personaleinkommensteuer gestern weiterhin umlagensfrei bleibe. Sie hätten auf keinen Fall eine der wichtigsten Handhaben zur Herbeiführung einer weit ausgreifenden Finanzreform aus der Hand geben dürfen.

Ich glaube, es muß denn doch jetzt, wo ein Budgetprovisorium auf sechs Monate verlangt wird, wo vom Finanz-Ausschuß beantragt ist, einem sechsmonatigen Budgetprovisorium die Zustimmung zu erteilen, wo das große Reformjahr — die Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses haben das Jahr 1909 immer als großes Reformjahr bezeichnet — zu Ende geht, wo wir nun in ein neues Jahr eintreten, die Frage aufgeworfen werden, wo ist die große Finanzreform, von der Sie immer gesprochen haben, daß sie im Jahre 1909 angefangen wird?

Wo sind die neuen Richtlinien in der Finanzgebarung, von denen Sie immer gesprochen haben, und die Sie immer so geheimnisvoll angedeutet haben?

Wo sind die neuen Wege, die Sie gehen wollen in der Ausbringung der Steuern?

Wenn man die stenographischen Protokolle der letzten zehn Jahre durchliest, so findet man keine Zeit, wo nicht eine große Anzahl von Rednern wiederholt erklärt hätten, daß das Steuersystem, welches vorhanden ist, daß das Steuersystem, auf Grund dessen die Umlagen eingehoben werden, ein veraltetes und wenig zweckentsprechend ist, daß damit ausgeräumt werden muß, daß neue Formen in der Ausbringung der Geldmittel für die Bedeckung der Auslagen gefunden werden müssen.

Wo sind die neuen Wege, die gegangen werden sollen?

Nichts wird uns gesagt, wir hören nichts, wir erfahren nichts, wir sollen uns mit einem Budgetprovisorium zufrieden geben, in der Hoffnung, daß der Landtag im neuen Jahre schon Gelegenheit haben wird, sich

mit dem Voranschlage und dann auch mit der Bedeckungsfrage im alten Geleise zu beschäftigen. Das ist ein vollständiger Zusammenbruch der angeblich vorhandenen großen Befähigung der in diesem hohen Hause so sehr bevorrechtigten Angehörigen des Besitzes.

Als Sie im Jahre 1904 eine Art von Wahlreform beschlossen haben, die dem Volke eigentlich nichts gab und selbst vergangenes Jahr, als eine Erweiterung des Wahlrechtes, die eigentlich nur eine bedeutende Vermehrung der Mandate für die im hohen Hause vorhandenen bürgerlichen Parteien gebracht hat, in Beratung gestanden ist, da konnte man in allen Tonarten hören, daß der Landtag Rücksicht nehmen muß auf die Intelligenz, daß der Landtag Rücksicht zu nehmen hat auf die Bildung und auf jene Schichten, die über besonderes Wissen und Können verfügen.

Es sind das bekannte Worte, die man seit Jahrzehnten hindurch immer hört, und mit denen einfach gesagt wird, daß Sie Rücksicht nehmen wollen auf den Besitz.

Ausgehend von dieser Rücksichtnahme ist auch die Wahlordnung, auf Grund welcher der steiermärkische Landtag gewählt wird, eine geradezu ungerechte.

Meine Herren! 196 sind in Steiermark viel bedeutender, viel wichtiger als 150.000. 150.000 Wähler der allgemeinen Kurie haben das Recht, zehn Abgeordnete zu wählen und 196 landtäfliche Großgrundbesitzer haben ein kolossales Vorrecht gegenüber den 150.000, daß sie zwölf Abgeordnete wählen können.

Es ist nicht der Besitz, der da berücksichtigt wird; das wagt man nicht zu sagen, das klingt zu roh, zu brutal, sondern es ist die hohe Intelligenz, die in den 196 landtäflichen Großgrundbesitzern steckt. Es ist das ganz besondere Material, welches sie in der Auswahl ihrer Abgeordneten besitzen, daß sie ganz besonders befähigt, ihnen ein so großes Vorrecht einzuräumen.

Und nun, geehrte Anwesende! Wo sind auf dieser Seite die großen Ideen über die Reform der Finanzgebarung? Wir hören nichts davon.

Es wird nur geklagt und gemurmelt über die alten Verhältnisse. Es ist weder ein großer Gedanke zum Vorschein gekommen, noch der Mut gezeigt worden, irgend einen neuen Weg zu gehen. Es soll einfach fortgewurft werden, und nachdem es nicht mehr anders geht und die Landesfinanzen ruiniert sind, soll ein Ausweg gefunden werden, indem die Landesaufgabe auf Bier erhöht wird.

Ich will über diese Frage bei diesem Punkte der Tagesordnung nicht eingehend zu sprechen kommen, ich möchte nur fragen, womit rechtfertigt man die Vorrechte des Großgrundbesitzes, womit rechtfertigen Sie die Vor-

rechte der einzelnen Kurien, womit rechtfertigen Sie die Virilstimmen in diesem hohen Hause, womit rechtfertigen Sie die Handelskammermandate, wenn alle diese Schichten, die angeblich von besonderer Intelligenz und Bildung sind, unter welchem Worte die Vorrechte des Besitzes verdeckt werden, wenn bei aller dieser Intelligenz kein einziger Mann vorhanden ist, der imstande wäre, einen Weg zu weisen, auf Grund dessen eine wirkliche Finanzreform durchgeführt werden könnte, wenn Sie zum alten, als volkschädlich schon vor einem Jahrhundert gebrandmarkten Systeme der Erhöhung von indirekten Steuern greifen, wie es die Erhöhung der Landesbieraufgabe ist?

Meine Herren! Ich glaube, ein größerer Zusammenbruch Ihrer Finanzkunst, als wie ihn das Jahr 1909 gebracht hat, kann nicht mehr erfolgen. Es wird noch Gelegenheit sein, bei der Beratung des Budgets und der Bedeckungsvorschläge im nächsten Jahre hiezu eingehend Stellung zu nehmen.

Auf was ich am Schlusse meiner Ausführungen ein besonderes Gewicht legen möchte, das ist, daß es mir unnötig erscheint und daß ich es nicht begreifen kann, welcher Zweck damit verfolgt wird, daß ein sechsmonatliches Budgetprovisorium bewilligt werden soll.

Nach Mitteilungen, die in diesem hohen Hause gemacht wurden, steht es fest, daß der Landtag im Jänner des kommenden Jahres versammelt sein wird, daß der Landtag im Jänner des kommenden Jahres Gelegenheit haben wird, das Budget und die Bedeckungsfragen zu beraten und zu beschließen.

Es ist daher kein Grund und kein Anlaß vorhanden, ein sechsmonatliches Budgetprovisorium zu beschließen. Ich glaube, aus Gründen der Vorsicht ist es notwendig, hier gegen irgendwelche Absicht einen Riegel vorzuschieben und ich stelle daher den Antrag, daß beschlossen werde, daß die Umlagen in der alten Höhe nicht für das erste Halbjahr 1910, sondern nur für die Monate Jänner und Februar fortinzuhellen sind.

Ich ersuche, diesem Antrage zuzustimmen, weil eine Notwendigkeit, ein sechsmonatliches Budgetprovisorium zu beschließen, nicht vorliegt.

Der Landtag wird, wie gesagt, im kommenden Jänner Zeit genug haben, das Budget und die Bedeckungsvorschläge zu beraten. Es genügt vollständig, wenn ein zweimonatliches Budgetprovisorium beschlossen wird. Ein sechsmonatliches Budgetprovisorium zu beschließen, kann keinen Vorteil bieten. Es birgt nur Gefahren in sich, daß aus irgend welchem Anlasse an eine rechtzeitige Beratung des Budgets für das Jahr 1910, insofern sie auch möglich wäre, nicht geschritten wird. Es ist daher ein Gebot der Vorsicht, nicht ein sechs-

monatliches, sondern ein zweimonatliches Budgetprovisorium zu beschließen.

Ich möchte Sie ersuchen, diesem Antrage auf ein zweimonatliches Provisorium zuzustimmen, weil es nicht angeht, dem Landes-Ausschusse, der, wie aus der Vorlage hervorgeht, mit einer solchen Heiterkeit gewissermaßen darüber hinweggeht, daß wir das Jahr 1910 mit einem Provisorium beginnen, einen Freibrief auszustellen, auf Grund dessen die sonst mögliche Beratung des Budgets hinausgeschoben werde.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Fodlbauer hat einen Antrag gestellt und es obliegt mir, vorher die Unterstützungsfrage zur Austragung zu bringen.

Der Herr Abgeordnete Fodlbauer beantragt, daß im ersten Absätze des vom Finanz-Ausschusse vorgelegten Antrages, ich glaube, in der vierten Zeile, statt der Worte „auch im ersten Halbjahre 1910“, „auch in den ersten beiden Monaten 1910“ zu setzen wäre. Ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschließt.) Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Korošec.

Abg. Dr. Korošec (A. W. Marburg — beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und setzt deutsch fort): Hohes Haus! Nachdem wir im Monat Jänner in die Beratung des ganzen Budgets eintreten werden und nachdem uns bei den Einzelheiten des Vorschlages genug Gelegenheit geboten sein wird, unsere Beschwerden und unsere Wünsche vorzubringen, so will ich mich heute beim Provisorium nur ganz kurz fassen, um unsere Stellung zum Provisorium zu präzisieren und zu motivieren. Wir können der gegenwärtigen Majorität, welche uns dieses Provisorium vorgelegt hat und für welches sie eintritt, dasselbe nicht votieren, denn die Majorität, welche jetzt die Zügel der Herrschaft im Lande führt, diese Majorität hat uns Slowenen gegenüber stets eine feindselige Haltung eingenommen. (Rufe bei den Slowenen: „So ist es!“) In jedem Verwaltungskörper, wo die Opposition nicht gewaltsam die Beratungen stört, wo sie nicht rundweg jeden Antrag ablehnt, sondern jeden Antrag vom Standpunkte ihrer Parteiprinzipien betrachtet, wo sie eigentlich mit der Majorität mitarbeitet, überall dort bringt man dieser Minorität, dieser Opposition auch Wohlwollen entgegen und zieht sie auch zum Mitarbeiten heran, und wenn wir heute die Majorität betrachten, glaube ich, daß es ihr gar nicht schaden würde, wenn sie ihre Minorität mehr zum Mitarbeiten heranziehen würde.

(Großer Lärm. — Abg. Einspinner macht einen Zwischenruf.) Der Herr Kollege Einspinner hat gesagt, daß wir Behauptungen aufstellen, die wir nicht beweisen können. Nun, ich will sofort einige Beweise für meine Behauptungen bringen. In diesem hohen Hause läßt man nie den Stellvertreter des Landeshauptmannes präsidieren, obwohl man in jedem Landtag in ganz Österreich das getan hat. Meine Herren, wir wissen, warum das geschieht; die Deutschen haben eine solche Abneigung und einen Haß gegen die Slowenen, daß sie nicht wollen, daß ein Slowene hier präsidiert... (Abg. Dr. Benkovič: „Das wollen Sie nicht anhören, weil ihnen das unangenehm ist!“) und nicht erst heuer, sondern durch mehrere Jahre hindurch geht das so durch das Haus, daß man dem jetzigen Landeshauptmann es abgerungen hat, daß er es nie dazu kommen lasse, den slowenischen Landeshauptmann-Stellvertreter von Steiermark präsidieren zu lassen. (Abg. Otter: „Das ist Sache des Landeshauptmannes selbst!“ — Abg. Einspinner: „Seien wir froh, daß er immer gesund ist!“) Weiter sehen wir, obwohl es ein Versprechen ist und obwohl uns ein solches Versprechen gegeben wurde, daß aus den Reihen der Slowenen nie ein Schriftführer gewählt worden ist. Man wählt, obwohl in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, daß eine Alternierung stattfindet, nie einen slowenischen Schriftführer, wahrscheinlich deshalb, um nicht auf den Platz eines Schriftführers auch einen Slowenen bestellen zu müssen. Wir wollten mitarbeiten, wir retteten Sie oft aus einer sehr verlegenen Situation, wie der gestrige Tag es bewiesen hat, aber trotzdem hat man uns in keinem der Ausschüsse weder die Obmannstelle noch die Stellvertreterstelle eingeräumt, ja nicht einmal den ersten Schriftführer hat man uns geben wollen, sondern uns nur je eine der vierten Stellen oder sonst etwas angeboten. (Rufe bei den Slowenen: „Was wir auch abgelehnt haben!“ — Abg. Kessel: „Ja, die Gerechtigkeit besteht bei Ihnen nur bei der Besteuerung!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Bei Ihnen ist die ganze Opposition nicht ernst!“) Wir wurden auch in allen Ausschüssen von wichtigen Referaten ausgeschlossen. Wir müssen uns mit Schubreferaten, Zwangsanstaltsreferaten begnügen, alle anderen Referate werden uns abgenommen. (Abg. Einspinner: „Es gehört auch der Schub zum Budget!“) Aber auch andere Sprachen gehören zum Budget und wir würden einen Mann stellen, den vielleicht mancher von Ihnen nicht stellt.

Wie verlegend man in einigen Ausschüssen gegen die slowenischen Forderungen aufgetreten ist, das hat leider die Öffentlichkeit zu wenig bemerkt, aber wir

selbst haben es in den Ausschüssen oft an uns verspüren müssen. Ich will nicht erwähnen die Beschlüsse und Debatten, die wir im Finanz-Ausschusse gehört haben, das wird noch zum Gegenstand der Debatte bei der Beratung des ganzen Budgets werden, aber ich will nur an eine Episode erinnern, an die Episode im kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschusse, wo es sich um die Bewilligung des Kredites für die neu zu errichtende slowenische Ackerbauschule in St. Georgen handelte. Dort hat man in schlecht verhüllter Form den blassen Haß und die größte Wut, die immense Abneigung gegen die Slowenen bezeugt, indem man alles mögliche, nur nicht gerade heraus, zur Verschleppung der Veröffentlichung dieser Schule veranlassen wollte. Wir haben damals gesehen die große Liebe der deutschen Majorität zu Untersteiermark und wir freuen uns auf den Tag, an welchem auch im offenen Hause das zur Debatte kommen wird, und ich bitte Sie, legen Sie dann denselben Haß und dieselbe Aversion an den Tag, damit wir in Untersteiermark der Bevölkerung zeigen können, daß wir von Graz gar nichts haben und nur Haß und Abneigung ernten. Es wird weiters geschehen, was der Herr Kollege aus Untersteiermark, Abgeordneter Drnig, angekündet hat, es wird immer und immer eine weitere Bewegung der Völkstrennung der Untersteiermark von den anderen Landesteilen Platz greifen. (Abg. Otter: „Das Königreich Korošec!“ — Abg. Einspinner: „Der gute Wille ist bei Ihnen ja vorhanden!“) Auch bei Ihnen wird der gute Wille vorhanden sein. Es ist so weit, daß im Reichsrate das deutsche Veto gebrochen ist und ich glaube, wenn die Regierung auf die deutschböhmisches Forderung die Vorlage der Trennung der Bezirke in Böhmen eingebracht hat, einmal der Tag kommen werde, und wir hoffen fest, daß er kommen wird, an dem die Regierung eine Vorlage auf Abtrennung der slowenischen Untersteiermark und des slowenischen Kärntens vor das Haus legen wird und daß der Tag kommen wird, wo man alle südslawischen Länder, die unter dem Zepher Habsburgs stehen, in einen politischen Verwaltungskörper vereinigen wird. (Abg. Dr. v. Raan: „Hoch Serbien!“ — Abg. Dr. Negri: „Hoch König Peter!“) Ich will dem entgegengetreten, was der Herr Kollege Abgeordneter v. Raan gesagt hat: Hoch Serbien! Nein, ich habe ausdrücklich betont, wir wollen eine Vereinigung jener Länder, die sich unter dem Zepher Habsburgs befinden. (Abg. Einspinner: „Denken Sie an den 2. Dezember in Laibach!“ — Abg. Wastian: „Vergessen Sie auch nicht auf den Tag von Pettau und Warburg!“) Da haben Sie uns nichts vorzuwerfen! Wenn die Herren österreichisch denken, werden Sie sagen müssen, daß es nur

im Interesse Österreichs wäre, einen solchen Verwaltungskörper zu schaffen, damit sich der Schwerpunkt im politischen Leben unserer südlichen Länder nicht außerhalb der Grenzen verlegen könnte. Im Interesse Österreichs wäre es, einen solchen Verwaltungskörper zu schaffen und das ganze nationale Leben in den süd-slawischen Ländern in ein richtiges Verhältnis zu setzen. (Abg. Wastian: „Damit die Deutschen vergewaltigt werden können!“) Nein, wir werden sie sehr gut behandeln! (Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Drnig: „Na, da können wir uns freuen, Herr Dr. Korošec!“) Wir sind ja sehr gut miteinander. (Abg. Drnig: „Der erste ist der Drnig, der abgemurkst wird!“) Sie werden schon zu uns stoßen, die Vorfälle, welche sich hier zugetragen haben, beweisen das.

Ich gehe weiter! Sobald eine Rede oder eine Interpellation in slowenischer Sprache hier verlesen ... (Rufe: „Das verstehen wir ja gar nicht!“) Das ist ja nicht unsere Schuld. (Abg. Drnig: „Wenn ich zu slowenischen Bauern gehe, so rede ich mit ihnen slowenisch!“) Es ist das die Landessprache, wir haben das Recht, uns der slowenischen Sprache zu bedienen und wir werden sie auch immer hier gebrauchen. Übrigens will ich diese Angelegenheit heute nicht weiter streifen, weil wir hoffen, daß man hier zu einer besseren Einsicht gelangt ist, was uns auch das Verhalten der Majorität in der letzten Zeit schon gezeigt hat. Ich will nur sagen gegenüber den Ausrufen der Majorität, daß wir nur das Minimum der Gerechtfamen in nationaler Beziehung verlangen, wenn wir das fordern, was wir in sprachlicher Hinsicht gefordert haben. Unser Recht ist viel größer, wir sind aber konzilient, wenn wir nie darauf bestanden haben, was die Übung in diesem Landtage gewährleistet hat.

Was die kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen unseres Landes betrifft, so werde ich dieselben heute nicht erwähnen, denn ich werde genug Gelegenheit haben, noch darauf zurückzukommen, wenn wir die Budgetdebatte haben. Die Wirtschaft, welche die Majorität, die nun einkommt, um ihr Budgetprovisorium zu votieren, im Lande Steiermark inauguriert hat, ist auch nicht so, daß man ihr ein Vertrauen entgegenbringen könnte, das bezeugt das Millionendefizit, das wir jetzt sanieren sollen. (Abg. Franz: „Weil wir für die Slowenen zu viel ausgegeben haben!“ — Lebhafter Unruhe. — Zwischenrufe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, meine Herren, ich habe die Aufgabe, im hohen Hause die Ruhe aufrecht zu erhalten, damit die einzelnen Redner von den übrigen Herren im Hause

gehört werden können. Es ist dies nun ganz unmöglich, wenn in einem fort Unterbrechungen stattfinden und die Herren Redner genötigt sind, auf die Unterbrechungen einzugehen. Ich möchte nun den Herrn Redner bitten, seine Ausführungen fortzusetzen.

Abg. Dr. Korošec (fortfahrend): Ich bin bereit. Ich bitte, meine Herren, auch die Steuerprojekte, die jetzt vorgelegt sind, sind nicht solche, welche uns eine Bewunderung für die regierende Majorität einflößen würden. Man sagt, man will die Landesfinanzen sanieren, erstens mit der Biersteuer und zweitens mit Umlagen auf die direkten Steuern. Meine Herren, jetzt wo die Herren dazu gekommen sind, vom Tische aufzustehen und nicht mehr zu essen, sondern auch zu zahlen, jetzt sehen wir in den Reihen der Majorität eine heillose Verwirrung. (Lebhafter Widerspruch.) Jetzt, wo sie zahlen sollen, wollen sie nur Fersengeld zahlen. (Abg. Dr. v. Raan: „Solche Kalauer soll man nicht zweimal sagen.“) Ich kann nicht glauben, daß der Herr Landes-Ausschuß-Mitglied Dr. Link, ohne mit seiner Partei Fühlung genommen zu haben, die Steuerprojekte, wie sie vorliegen, eingebracht haben würde. Er hat gewiß mit seiner Partei Fühlung genommen. Wir haben aber in den letzten Tagen gesehen, daß diese Partei, oder ein großer Teil derselben, ihn im Stiche gelassen hat, ja man munkelt, daß man von einem zwar nicht für uns, aber für die Deutschnationalen sehr verdienstvollen Mitgliede des Landes-Ausschusses, daß man vom Landes-Ausschuß-Mitglied Dr. Link sagt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ (Lebhafter Widerspruch, Oho-Rufe) und daß eine neue Truppe heranrückt, um diese Stelle mit dem Manne ihrer Wahl zu besetzen. (Lebhafter Widerspruch. — Ruf: „Das ist eine Gemeinheit!“)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, das Wort „Gemeinheit“ ist unzulässig.

Abg. Dr. Korošec (fortfahrend): Wir können uns eben einen solchen Zwiespalt im Verlande der Majorität auf keine andere Weise erklären als auf eine solche Weise, daß bei den Herren noch andere Tendenzen mitspielen als sachliche Erwägungen über die Steuerprojekte. Ich glaube, daß es denjenigen Herren, welche in der Majorität gegen die Biersteuer auftreten, nicht wirklich Ernst damit ist, daß ihnen vielmehr diese Steuer aus besonderen Gründen willkommen war. Man will die Leute mit der Biersteuer, mit den Protesten gegen dieselbe beschäftigen, um dann später hinzugehen und zu sagen, wir haben die Biersteuervorlage eingebracht, sie ist aber nicht angenommen worden und

darum müssen wir andere Einnahmen schaffen, das sind hohe Umlagen auf die direkten Steuern. Das ganze Spiel, das wir jetzt sehen, ist ein parlamentarischer Trick, der darauf hinausgeht, um auch die agrarische Bevölkerung mit einer Umlagenerhöhung auf die direkten Steuern zu beglücken. Ich glaube, daß sich die Agrarier und auch die Großgrundbesitzer in acht nehmen sollen und denjenigen nicht weiter dienen sollen, die nicht ihre Freunde sind und mit jenen viel weniger gemein haben als mit denen, die auf diesen Bänken sitzen. Ich bitte, meine Herren, ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende und habe nur namens meines Klubs zu erklären, daß wir gegen das Budgetprovisorium stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei den Slowenen.)

Abg. Dr. **Kufovec** (M.-G. Präßberg): Aus allen diesen Reden geht hervor, daß die steirische Landschaft bankrott geworden ist. Im Alltagsleben ist es überall der Fall, daß man in solchen Fällen auf die Anklagebank kommt, und ich denke, daß es nicht unangebracht wäre, daß dies auch heute hier geschieht. Das Delikt ist nicht diffamierend und die Herren werden ja, wenn sie auf die Anklagebank kommen, voraussichtlich freigesprochen werden, denn die Wählerschaft der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses erträgt noch so manches, wenn es nur mit ein paar radikalnationalen Phrasen versüßt ist. Wenn wir die Wirtschaft im Landtage betrachten, so müssen wir uns fragen, warum die Mehrheitsparteien nicht schon in den früheren Jahren eine Steuererhöhung beantragt haben. Das Defizit ist nicht heuer entstanden, sondern rührt schon seit einer Reihe von Jahren her. Die Antwort ist klar. Die Herren fürchteten die Neuwahlen, sie machten Ausgaben, die Bedeckung hiefür wollten sie aber erst im neuen Landtage finden. Meine Herren, dieses Vorgehen ist nicht reell und nicht korrekt; sich auf den Staat und auf die staatlichen Zuweisungen zu verlassen, gibt es auch nicht. Ich denke mir, die Verantwortlichkeit eines jeden gesetzgebenden Körpers soll es mit sich bringen, daß man die Ausgaben, die man beschließt, auch zu decken versteht und sich nicht auf einen guten Dinkler, den Staat verläßt. Der Staat hat kein Geld und darum hat er auch den Ländern nichts überweisen können, und wir stehen jetzt dort, wo der Landtag schon im Vorjahre gestanden ist, daß er sich die Mittel zur Deckung der Ausgaben selbst verschaffen und beschließen muß. Ich von meinem Standpunkte wäre mit Rücksicht auf die Wirtschaft, welche in diesem Landtage herrscht, gar nicht einverstanden und gar nicht froh, wenn der Staat dem Lande irgend welche Zuweisungen geben möchte, denn ich bin überzeugt, daß dann mit diesen Mitteln

noch schlechter gewirtschaftet würde, als seitens des Staates und daß man dieselben nur zu Ungunsten der Slowenen verwenden würde. Wir sind nur durch die Haltung des Landes-Ausschusses in der Lage, selbst die Bedeckung für das enorme Defizit hier aufbringen zu müssen. Meine Herren, wenn ich von der Anklagebank gesprochen habe, will ich mir einige Fragen vorlegen. In den vergangenen Jahren, es ist noch nicht lange her, ist im Landtage beschlossen worden, in Pettau ein landschaftliches Obergymnasium zu errichten. Wenn Sie in die Nachbarländer schauen, nach Kärnten, Krain, Niederösterreich, ja wohin Sie wollen, nirgends werden Sie finden, daß heute ein Land ein Obergymnasium errichtet; weil diese Länder so vernünftig sind, die Lasten, die der Staat zu tragen hat, sich nicht selbst aufzubürden. Die Tendenz geht doch dahin, daß die großen Lasten der Volksschule vom Staate übernommen werden sollen. Wieso kommt nun der Landtag dazu, eine Mittelschule ganz unnötigerweise zu errichten und sich damit solche Auslagen aufzubürden, die nicht notwendig wären. Wir haben in Untersteiermark drei Gymnasien und nur 40.000 Deutsche, während 400.000 Slowenen kein Gymnasium besitzen.

Wenn wir ferner fragen, wieso kommt es, daß der Landtag alljährlich so große Subventionen an die Studentenheime in Pettau und Gills verleiht, so wird man ebenfalls bei genauer Prüfung sehen, daß aus Niederösterreich, Obersteiermark, ja aus allen Gegenden Studenten aufgenommen werden, damit eben das deutsche Bollwerk erhalten werde, welches aber dem Lande so teuer zu stehen kommt, denn die einheimische Bevölkerung braucht das Institut nicht und hat von demselben nichts. Die Ausgaben des Landes in dieser Beziehung sind vollkommen unnütz.

Weiters erlaube ich mir einen anderen Punkt zu berühren und das ist die Landes-Lehrerinnenbildungsanstalt in Marburg, welche gleichfalls vor kurzem ins Leben gerufen worden ist. Es ist augenscheinlich, daß auch diese Anstalt vom Standpunkte des Volkswohles gar nicht notwendig war, sondern daß dieselbe nur zur Festigung des Bollwerkes, des sogenannten Festungsdreieckes in Untersteiermark dienen sollte. Wieviel das dem Lande kostet, das können die Herren selbst aus dem Voranschlage herauslesen. Gewiß ist es, daß diese Kosten eine stattliche Summe ausmachen und daß darum die Landesumlagen um ein paar Prozente erhöht werden müssen. Ja, meine Herren, ist das notwendig? Die interne Verwaltung des Landes seitens des Landes-Ausschusses ist gar nicht besser als die Schritte der gesetzgebenden Körperschaft, beziehungsweise der Mehrheit. Ich will hier eines Umstandes kurz Erwähnung tun,

nämlich des Baues der landwirtschaftlichen Schule in St. Georgen. Bei der Vergabung der Arbeiten sind Anbote zurückgewiesen worden, welche viel günstiger waren als diejenigen, welche wirklich angenommen worden sind. Das Land hätte beim Bau der landwirtschaftlichen Schule in St. Georgen, wenn derselbe an die günstigeren Bieter vergeben worden wäre, 10.000 K erspart. Ich rufe den Landes-Ausschuß auf, hier zu erklären, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen oder nicht. Es haben sich einheimische Gewerbetreibende gemeldet, welche man nicht genommen hat und der Landes-Ausschuß ist selbst schuld, von mir aus zwar nicht, aber in der allgemeinen Volksstimmung steht er in Verdacht, daß hier Protektion maßgebend gewesen ist. Auf solche Art sehen wir, daß es nicht die allgemeine Misere der Landesfinanzen ist, welche die Ursache ist, daß heuer Steuererhöhungen beantragt werden. Aus diesem Umstande ersehen wir vielmehr, daß die Landesverwaltung selbst schlecht ist und schuld ist, daß schlecht gewirtschaftet wird, daß die Steuergelder der Bevölkerung verschleudert werden und daß es nicht besser werden wird, bevor sich nicht die Stimmen der Wähler selbst dagegen wenden werden. Ich hoffe, daß das kommen wird, die Anzeichen hiefür haben wir selbst im Hofe unten gesehen, daß die Bevölkerung gegen die Steuererhöhungen demonstriert und das sind Ihre eigenen Wähler und das ist wohl nur ein günstiges Zeichen, daß sich die Wählerschaft selbst gegen die nutzlose Verschleuderung von Steuergeldern wehrt. Hoffentlich werden Sie das einsehen. Wenn Sie eben den Mut hätten zu sagen, daß Sie selbst schuld und daß die Bierauslage wegen der Ausgaben für nationale Zwecke erhöht wird, dann wird Ihnen auch die Bevölkerung nicht das uneingeschränkte Vertrauen entgegenbringen wie bisher. Die Misere der Landesfinanzen geht heute die Mehrheitspartei an, sie soll beschließen, sie soll aber auch die Verantwortung tragen. Ich erkläre nur, daß von Seite der Slowenen von Untersteiermark nur der eine Ruf heute gilt: Weg mit einer solchen Herrschaft im steirischen Landtage und im Landes-Ausschusse und keine Bewilligung irgend welcher Steuer für eine solche Landesvertretung!

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Pink: Meine sehr geehrten Herren! Die Herren Vorredner sind zumeist vom Gegenstande der Beratung weit abgewichen und ist daraus eine sehr erregte Stimmung im Saale hervorgerufen worden. Ich glaube daher, auf das Gebiet der sozialpolitischen Ausführungen, die heute hier bei diesem Gegenstande gefallen sind, nicht weiter eingehen zu sollen, einerseits um die Gereiztheit nicht weiter zu steigern, und andererseits weil, wie die Herren Slowenen selbst ge-

sagt haben, sie die sozialpolitischen Fragen und ihre Beschwerden wegen behaupteter Zurücksetzung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen gelegentlich der Präliminärberatung zur Sprache bringen werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Nachweis erbracht werden, daß die Beschwerden und Vorwürfe der Slowenen nicht begründet sind.

In der derzeitigen Beratung handelt es sich lediglich um das Budgetprovisorium.

Daß die Slowenen als Minoritätspartei das Budgetprovisorium nicht bewilligen, u. zw. aus den Gründen, die angeführt worden sind, ist von ihrem Standpunkte aus nicht überraschend, weil auch in früheren Jahren von ihnen derselbe Standpunkt eingenommen wurde.

Ich möchte aber nur darauf hinweisen, daß die Gründe, welche von den Herren Sozialdemokraten durch ihren Sprecher hier angeführt worden sind, jeder Berechtigung entbehren und daß ich daher in erster Linie mich mit der Rede des Herrn Abgeordneten Fodlbauer zu befassen haben werde.

Es ist hier in diesem hohen Hause allgemein üblich, daß für alles nur immer der Landes-Ausschuß und sein bedauerndwerter Finanzreferent verantwortlich gemacht wird, und daß insbesondere der letztere der Prügelknabe ist. Das ist eine Situation, in die man sich schließlich eingewöhnen muß. Der Landes-Ausschuß ist in finanziellen Fragen in einer sehr schwierigen Stellung. Auf der einen Seite kann er nicht verhindern, daß Ausgaben bewilligt werden, auf der andern Seite nicht durchsetzen, daß ihm eine Bedeckung für die Auslagen geschaffen wird.

Wie schwer es ist, eine Bedeckung zu schaffen, das haben ja die Herren aus den verschiedenen Vorgängen gesehen, die sich in der letzten Zeit in diesem Hause abgespielt haben.

Ich muß zunächst ganz entschieden den Vorwurf zurückweisen, daß der Landes-Ausschuß bei Einbringung des Budgetprovisoriums in geradezu frivoler und empörender Weise vorgegangen ist, und daß er mit einer sorglosen Heiterkeit dieses Provisorium heute dem Landtage vorgelegt hat, insbesondere, daß er dies erst am Schlusse des Jahres vorgelegt hat.

Nun, meine sehr verehrten Herren, der Landes-Ausschuß hat das Präliminare dem Landtage rechtzeitig vorgelegt. Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit dem Präliminare beschäftigt, er ist aber leider mit der Beratung desselben nicht zu Ende gekommen. Und das war gewiß nicht die Schuld des Landes-Ausschusses; der Landtag ist eben vorzeitig vertagt worden.

Nun, meine Herren! Es ist doch eine verfassungsmäßige Pflicht des Landes-Ausschusses, in einem solchen

Falle ein Budgetprovisorium einzubringen. Das Budgetprovisorium ist unerlässlich, weil sonst eine verfassungswidrige Einhebung von Umlagen eintreten würde.

Und gerade die Herren Sozialdemokraten waren es, die in dieser Beziehung dem Landes-Ausschusse es zur strengsten Pflicht — und ich sage — mit Recht zur Pflicht gemacht haben, den verfassungsmäßigen Boden einzuhalten.

Darum dürfen sie aber auch dem Landes-Ausschusse nicht deswegen einen Vorwurf machen, daß er ein Budgetprovisorium eingebracht hat, und insbesondere aber auch deshalb nicht, daß er ein sechsmonatiges Budgetprovisorium eingebracht hat.

Es ist ja geradezu unerhört, wenn gegen dieses sechsmonatige Provisorium von Seite der Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht wird, es sei Vorsicht geboten gegenüber dem Landes-Ausschusse, man wisse nicht, welche Absichten der Landes-Ausschuß mit einem so langen Budgetprovisorium überhaupt verbinde.

Nun, meine Herren, ich glaube auch von Seite der Minoritätsparteien annehmen zu dürfen, daß, wenn sie auch dem Landes-Ausschusse kein Vertrauen entgegenbringen, Sie doch nicht annehmen wollen und werden, daß der Landes-Ausschuß seine Befugnisse überschreitet und Ausgaben macht, die im Präliminare nicht begründet sind. Er hat die gesetz- und vertragsmäßigen Verpflichtungen und Leistungen zu erfüllen.

Welche Gefahren haben Sie, wenn Sie ein sechsmonatiges Budgetprovisorium bewilligen? Der Landes-Ausschuß verlangt dies lediglich aus Vorsicht. Denn wir haben es ja hier erlebt, daß das Präliminare aus Gründen, die ich heute gar nicht weiter auseinander zu setzen brauche, nicht fertiggestellt wird. Würde ein solcher Fall eintreten, was soll dann der Landes-Ausschuß tun? Dann weisen Sie den Landes-Ausschuß direkt an, ein weiteres Provisorium, ohne Landtagsbeschluß zu erwirken.

Nun, meine Herren, zahlen müssen wir! Sollen wir die Schullehrer, die Beamten nicht zahlen und sollen wir unsere gesetzlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllen? In dem Augenblicke, in welchem das Präliminare fertiggestellt ist, hört das Budgetprovisorium automatisch auf.

Wenn Sie übrigens der Meinung sind, daß wir nicht sechs Monate brauchen, bewilligen Sie ein kürzeres Provisorium. Ich betrachte die Sache nicht als Vertrauensfrage. Aber die Folgen habe nicht ich und auch nicht der Landes-Ausschuß zu tragen.

Es wird weiters dem Landes-Ausschusse der Vorwurf gemacht, er habe eigentlich nichts getan. Wo sei der Finanzplan des Landes-Ausschusses?

Kann der Landes-Ausschuß einen Finanzplan aufstellen? Den kann doch nur der Finanzminister, beziehungsweise die Regierung vorlegen, und derselbe kann nur im Wege der Reichsgesetzgebung durchgeführt werden. Wir sind einfach auf jene Quellen angewiesen, welche die Landesordnung uns gibt, und das sind die Umlagen auf die direkten Steuern bis zu 10 Prozent. Bei selbständigen Auflagen müssen wir unter allen Umständen einen genehmigten Landtagsbeschluß haben. Uns sind die Hände gebunden, wir sind angewiesen auf den Staat, entweder, daß er Überweisungen gibt aus seinen eigenen Einnahmen, oder — das wäre das Beste für das Land — daß wir losgelöst würden von der staatlichen Besteuerung, daß uns direkte Steuerquellen zugewiesen werden, und zwar ausreichend für unseren Haushalt, und welche Steuern wir jeweilig nach unserem Bedürfnisse einrichten könnten.

Solange die Herren Reichsrats-Abgeordneten das draußen im Parlamente nicht durchsetzen, sind uns die Hände vollständig gebunden.

Ich brauche nicht daran zu erinnern, wie viele Vorstellungen vom Landes-Ausschusse, Resolutionen vom hohen Hause in den verschiedensten Formen gefaßt worden sind. Ich glaube, Bände ließen sich darüber schreiben, welche Schritte schon ohne jeden Erfolg unternommen worden sind.

Meine geehrten Herren Abgeordneten, Sie haben mit Recht den heutigen Finanzplan des Finanzministers verurteilt; den haben auch nicht wir gemacht. Wir müssen einfach die Brosamen nehmen, die man uns gibt. Können wir uns dagegen wehren?

Ich bitte mir ein Mittel anzugeben und zu sagen, was wir vom Landes-Ausschusse aus in dieser Situation hätten tun können. Wenn die Herren im Parlamente nicht in der Lage sind, Ordnung zu schaffen, wie sollen wir das können?

Abgesehen davon erinnere ich Sie an das Verhalten der Regierung. Diese hat selbst eine Aktion zur Sanierung der Landesfinanzen schon seit Jahren in Aussicht genommen, aber ihr Versprechen nicht gehalten. Es haben Konferenzen stattgefunden, es sind Anläufe gemacht worden, uns etwas zu bieten, und jetzt ist von der Sanierung keine Rede mehr, aus dem Grunde, weil plötzlich die Staatskassen, die unter dem früheren Finanzminister sehr voll waren, durch Ausgaben für andere Zwecke vollständig geleert sind. Die Lage der Staatsfinanzen ist eine derartige, daß der Staat den Ländern nichts geben kann.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Kufovec sagt, man wäre nicht so weit gekommen, wenn die Umlagen früher erhöht worden wären, so muß ihm folgendes er-

widert werden: Ich weiß nicht — wenn man zu einer Zeit, wo der Abgang nicht bedeutend war, mit der Umlagerhöhung gekommen wäre — ob man da nicht gefunden hätte: Diese Umlagerhöhung sei nicht notwendig, nehmt das Geld aus den Kassenbeständen, aus den voraussichtlichen Umlagen-Mehreingängen. Darauf wurde übrigens schon verwiesen. Und hätte man die Umlagen schließlich wirklich schon früher erhöht, was hätte sich an der heutigen Situation verändert? Der heutige Abgang wäre ganz derselbe. Sie hätten nur eine längere Zeit hindurch mehr Umlagen gezahlt, und wir hätten bis heute weniger Schulden gemacht, die heute geplante Erhöhung müßte doch durchgeführt werden.

Man spricht immer von allen möglichen Problemen. Ja, meine Herren, von allen diesen Phantastiegebilden, von allen diesen noch so interessanten, geistreichen, staatsrechtlichen und finanzpolitischen Vorschlägen, die wir bei den Konferenzen beim Finanzminister in Hülle und Fülle gehört haben von hervorragenden Männern, haben wir eine Abhilfe unserer finanziellen Nöten nicht zu erwarten.

Alle diese Probleme sind keine bare Münze, mit welcher wir unser Defizit decken können.

Wir können nichts anderes tun, als unsere Abgeordneten verpflichten, im Parlamente dafür einzutreten, daß uns Einnahmequellen vom Staate eröffnet oder Steuern überwiesen werden.

Es wurde uns vorgeworfen, die Möglichkeit aus der Hand gegeben zu haben, unsere Finanzen zu sanieren, durch den gestern gefaßten Beschluß der Bewilligung der Zuschlagsfreiheit der Personaleinkommensteuer von den der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Umlagen.

Nun, meine Herren! Da steht die Sache bei näherer Betrachtung ganz anders. Ohne Zuschlagsfreiheit haben wir keinen Anspruch auf die Nachlässe aus den direkten Steuern. Es verlieren jene Länder, die die Zuschlagsfreiheit nicht bewilligen, aber auch die Nachlässe von den direkten Steuern.

Wenn das auch viel zu wenig ist, was uns geboten wird, so dürfen wir auch dieses Geringe nicht preisgeben, ohne die Gewähr zu haben, durch die Umlageneinhebung auf die Personaleinkommensteuer mehr zu erreichen. Für die Umlageneinhebung zur Personaleinkommensteuer wie überhaupt bei jeder Umlage, sind wir von der Bewilligung der Regierung abhängig, soweit die Umlage 10 Prozent übersteigt. Wenn wir nun selbst eine 40prozentige Umlageneinhebung bewilligt erhalten würden, so könnten wir, wie nachgewiesen, auch nicht annähernd jene Summe bekommen, welche uns im Falle des Verzichtes auf die Zuschlagsfreiheit zugesichert ist, und die sich auf nahezu

70 Prozent der in Steiermark eingehobenen Personaleinkommensteuer stellt.

Die Frage, die jetzt in Beratung steht, ist nicht eine Vertrauensfrage für den von Ihnen gewählten Landes-Ausschuß und seinen Finanzreferenten. Sie müssen die Forteinhebung der Umlagen jedem Landes-Ausschuße bewilligen. Für mich nehme ich das Verdienst in Anspruch, ohne unbescheiden zu sein, für eine geregelte Geldgebarung und für die denkbar möglichste Sparsamkeit zu sorgen. Sie müssen, wie gesagt, jedem ein Budgetprovisorium bewilligen. (Beifall.) Ein Budgetprovisorium ist notwendig.

Meine Herren, es ist unerlässlich, weil wir sonst in einen verfassungswidrigen Zustand geraten.

Die zweite Frage ist: Ist die Einhebung der Umlagen in der bisherigen Höhe notwendig?

Nun, meine Herren, darüber belehrt Sie das vorgelegte Präliminare des Landes-Ausschusses. Nach diesem Präliminare haben wir ein Defizit im Landeshaushalte pro 1910 von 3,700.000 K. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß bei der Beratung im Hause eine wesentliche Herabminderung erzielt werden wird, vielmehr mit Grund zu besorgen, daß die Unterdeckung sich noch erhöhen wird. Doch nehmen Sie selbst an, es würde eine Herabminderung eintreten, so kann dieselbe keine wesentliche sein.

Die dritte Frage ist: Wollen Sie dem Landes-Ausschuße dieses Budgetprovisorium auf sechs Monate bewilligen. Der Landes-Ausschuß beantragt lediglich aus dem Grunde dieses längere Provisorium, weil, was nicht ausgeschlossen erscheint, das Präliminare in einer so kurzen Zeit nicht erledigt sein wird.

Nehmen Sie jedenfalls an, das Präliminare kommt in zwei oder drei Monaten nicht zu stande. Was geschieht dann? Wir kommen in einen nicht streng verfassungsmäßigen Zustand. Es hat mich daher insbesondere eigentümlich berührt, daß gerade der Herr Abgeordnete *Sodlbauer* gemeint hat, der Landes-Ausschuß brauche kein so langes Provisorium, er solle innerhalb eines sechsmonatlichen Budgetprovisoriums aufgefordert werden, einen neuen Finanzplan zur Deckung des ganzen Abganges vorzulegen und dem Landtage zu unterbreiten. Er will kein sechsmonatliches Provisorium, sondern nur ein zweimonatliches, und doch soll der Landes-Ausschuß mit einem Finanzplan in sechs Monaten fertig werden, der mit einem Strich das ganze Defizit aus der Welt schafft. Dem Manne, der das zu stande bringt, dem setzen Sie im Landhaushof ein großes Denkmal. Ich bin es nicht.

Damit will ich schließen. (Lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Freiherr v. Kellersperg:** Hoher Landtag! Ich glaube mir den Dank der Herren zu erwerben, wenn ich mich auf wenige Worte beschränke.

Es wurde ein Gegenantrag von Seite des Herrn Abgeordneten **Fodlbauer** gestellt bezüglich der temporären Abgrenzung des Budgetprovisoriums. Vor allem möchte ich betonen, daß ich nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten **Fodlbauer** eine andere Konklusion erwartet hätte. Ich hätte erwartet, daß er das Provisorium überhaupt abgelehnt hätte.

Ich möchte nur nebenbei bemerken, ich war erstaunt über die Schlußfolgerungen, die den Ausführungen gefolgt sind.

Was aber das zweimonatliche Budgetprovisorium, das beantragt wurde, betrifft, so möchte ich mich den Gründen, die der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer **Dr. Link** angeführt hat, vollinhaltlich anschließen und möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen und beim Antrage des Finanz-Ausschusses zu verharren.

Ich habe meinen Ausführungen nichts weiter beizufügen und bitte, den Antrag des Finanz-Ausschusses gütigst annehmen zu wollen.

Landeshauptmann: Ich schreite zur Abstimmung.

Gegenstand der Abstimmung ist der Antrag, wie er seitens des Finanz-Ausschusses vorgelegt wurde und in der Beilage Nr. 211 im Drucke vorliegt.

Zu dem ersten Absätze dieses Antrages, welcher lautet (liest):

„Zur Bedeckung des voraussichtlichen, ziffermäßig erst im seinerzeitigen, endgültigen Berichte über den Landesvoranschlag nachzuweisenden Abganges im Landeshaushalte werden vorläufig dieselben Landesumlagen und Zuschläge, wie sie im Jahre 1909 eingehoben wurden, auch im ersten Halbjahre 1910 forteinzuheben sein, und zwar:“
hat der Herr Abgeordnete **Fodlbauer** den Antrag gestellt:

„Im ersten Absätze des Antrages des Finanz-Ausschusses soll es nicht heißen: ‚auch im ersten Halbjahre 1910‘, sondern: ‚auch in den ersten beiden Monaten Jänner und Februar 1910‘.“

Ich beabsichtige, den ersten Absatz zuerst, wie ihn Herr Abgeordneter **Fodlbauer** zur Abstimmung beantragt hat, zur Abstimmung zu stellen.

Falls dieser Antrag nicht die Mehrheit finden sollte, dann in der Textierung des Ausschusses und so dann würde ich die Punkte I und II unter einem zur Abstimmung stellen.

Einwendungen oder ein Abänderungsantrag liegen nicht vor.

Ist gegen die von mir in Vorschlag gebrachte Reihenfolge etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall.

Ich ersuche jene Herren, welche den Absatz 1 in der vom Herrn Abgeordneten **Fodlbauer** beantragten Fassung, den ich wohl nicht zu verlesen brauche, annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Dieser Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

Ich bringe diesen Absatz in der Textierung, wie sie seitens des Finanz-Ausschusses vorgeschlagen worden ist und wie sie in der Beilage Nr. 211 in Druck vorliegt, zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche den ersten Absatz in dieser Fassung annehmen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Angenommen.

Der weitere Teil des Antrages lautet (liest):

„I. Die Einhebung der 50prozentigen Umlage auf die Grundsteuer, die reelle und ideelle Hausklassensteuer, die reelle und ideelle Hauszinssteuer, die fünfprozentige Steuer vom Reinertrage der laut Landesgesetz vom 7. Juli 1897, L.-G. und B.-Bl. Nr. 67, von den Landesumlagen befreiten Neubauten in Graz, die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, die Rentensteuer und die staatliche Besoldungssteuer; weiters die Einhebung einer 56prozentigen Umlage auf die allgemeine Erwerbsteuer einschließlich der Erwerbsteuer von den Hausier- und Wandergewerben.“

II. Die Einhebung einer 10prozentigen Umlage auf die gesamte Verzehrungssteuer auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost am Lande und einer 10prozentigen Umlage auf die Verzehrungssteuer samt außerordentlichen Zuschlägen auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz.“

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag erscheint angenommen.

Ich vernehme im Hofe von der angesammelten Menge Rufe, die ich im Interesse der hohen Landesvertretung nicht zugeben zu können glaube. Es ist nicht

zulässig, daß der Landtag auch bei einer sogenannten wichtigen Beratung sich in einer Art Belagerungszustand seitens der Bevölkerung befindet. Ich werde die Sitzung unterbrechen und das außerhalb angesammelte Publikum auffordern, die Räume des Hauses zu verlassen. (Lebhafte Bravorufe.) (Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten mittags unterbrochen und um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Landeshauptmann: Ich nehme die Sitzung wieder auf und konstatiere neuerdings die Beschlußfähigkeit des hohen Hauses.

Hinsichtlich des Vorfalles, der mich veranlaßt hat, die Sitzung zu unterbrechen, habe ich den Herren noch die Mitteilung zu machen, daß ich in Zukunft von vornherein trachten werde zu verhindern, daß sich während der Sitzungszeit des Landtages größere Mengen von Publikum in den Räumen des Hauses einfänden und für längere Zeit aufhalten kann. (Beifall.) Ich finde es notwendig, daß auch der Schein vermieden werde, daß der hohe Landtag sich in seinen Beratungen und Abstimmungen von einer Volksmenge, die sich zufälligerweise für den einen oder anderen Gegenstand lebhafter interessiert, beeinflussen läßt. (Beifall.)

In Abwicklung der Tagesordnung habe ich zwar die Punkte I und II des Antrages auf Beilage Nr. 211 zur Verlesung gebracht, konnte aber wegen der von außen eingetretenen Störung nicht mehr die Frage an das hohe Haus stellen, ob dasselbe dieser Textierung zustimmt. Ich muß daher das nachholen.

Der Antrag, welcher in Beratung stand, lautet nun nach Ablehnung des Abänderungsantrages des Herrn Abgeordneten **Sodlbauer** folgendermaßen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

I. Die Einhebung einer 50prozentigen Umlage auf die Grundsteuer, die reelle und ideelle Hausklassensteuer, die reelle und ideelle Hauszinssteuer, die fünfprozentige Steuer vom Reinertrage der laut Landesgesetzes vom 7. Juli 1897, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 67, von den Landesumlagen befreiten Neubauten in Graz, die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, die Rentensteuer und die staatliche Besoldungssteuer; weiters die Einhebung einer 56prozentigen Umlage auf die allgemeine Erwerbsteuer einschließlich der Erwerbsteuer von den Hausier- und Wandergewerben.

II. Die Einhebung einer 10prozentigen Umlage auf die gesamte Verzehrungssteuer auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost am Lande und einer 10prozen-

tigen Umlage auf die Verzehrungssteuer samt außerordentlichen Zuschlägen auf Wein, Fleisch, Wein- und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 155, über die Petition Nr. 755 der Marktgemeinde Weiz um Gleichstellung der Rechte des märktischen Krankenhauses mit jenen der öffentlichen Krankenhäuser in Bezug auf Verpflegskosten nach Krankenkassamitgliedern und Dienstboten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Pferschy**. Es ist mir die Mitteilung gemacht worden, daß der Ausschuß den Wunsch habe, diesen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abgesetzt zu sehen, weil dem Herrn Berichterstatter noch Gelegenheit gegeben werden soll, einige neue Begründungen zu sammeln. Wenn eine Einwendung seitens des hohen Hauses nicht erfolgt, werde ich den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung absetzen und auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen. (Nach einer Pause.) Es erfolgt keine Einwendung und es bleibt dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Sonder-Ausschusses für Landeskultur-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 19, mit Vorlage des Gesekentwurfes, betreffend die Verbauung des Raarlbaches bei Ramsau. (Beilage Nr. 190.)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Größwang**, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landeskultur-Ausschusses **Größwang** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre, im Namen des Landeskultur-Ausschusses Bericht zu erstatten über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 19, mit Vorlage des Gesekentwurfes, betreffend die Verbauung des Raarlbaches bei Ramsau.

Nach dem ausgearbeiteten und vorgelegten Projekte belaufen sich die Kosten für die Verbauung dieses Wildbaches auf 36.000 K. Dazu werden aus dem Meliorationsfond 50 Prozent, das ist der Betrag von 18.000 K und aus Landesmitteln 20 Prozent, das ist der Betrag von 7200 K gegeben. Die übrigen 30 Prozent werden aufgebracht durch die Interessenten.

Ich habe daher im Namen des Landeskultur-Ausschusses den Antrag zu stellen, diesem Verbaunngs-Werke zuzustimmen und den vorliegenden Gesekentwurf anzunehmen.

Abg. **Schwab** (L.-G. Gröbming): Hohes Haus! Nachdem die Herren der Wildbachverbaunngs-Sektion die Sache als sehr wichtig anerkannt haben, möchte ich das hohe Haus bitten, diesen vorliegenden Gesekentwurf anzunehmen.

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlufwort.

Berichterstatter **Gröfwang:** Ich verzichte.

Landeshauptmann (liest):

„§ 1.

Die Verbaunng des Kaarlbaches bei Mandling wird als eine Landes-Angelegenheit nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes durchgeführt.“

Wer wünscht zu § 1 zu sprechen? (Nach einer Pause.) Niemand meldet sich. (Liest):

„§ 2.

Das auf 36.000 K veranschlagte Erfordernis für diese Wildbachverbaunng, welches als Maximalaufwandsumme zu betrachten ist, wird aufgebracht:

1. auf Grund der §§ 4 und 6, Zahl 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1884, N.-G.-Bl. Nr. 116, und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung zu 50 Prozent, das ist im Teilbetrage von 18.000 K durch einen nicht rückzahlbaren Beitrag aus dem staatlichen Meliorationsfond;

2. zu 20 Prozent, das ist im Teilbetrage von 7200 K aus Landesmitteln;

3. zu 30 Prozent, das sind 10.800 K, durch die Beiträge des Bezirks-Ausschusses in Schladming per 1000 K, der Gemeinde Ramsau per 200 K, der Interessenten in Schildehen per 7070 K, der Waldgenossenschaft Rötterswald per 1630 K, und der Waldgenossenschaft Duregg per 900 K.

Sollten die Kosten der Verbaunng den veranschlagten Betrag von 36.000 K nicht erreichen, so hat die hiedurch eintretende Ersparung allen konkurrierenden Beteiligten nach Verhältnis ihrer Beitragsleistung zu gute zu kommen.“

Wer wünscht zu diesem Paragraphen das Wort zu nehmen? (Nach einer Pause.) Es meldet sich niemand. (Liest):

„§ 3.

Die näheren Bestimmungen über die Art und Weise der Ausführung des Unternehmens, über die Bauleitung, die Einflußnahme der Regierung auf den Gang des Unternehmens, über den Beginn und die Dauer der Bauzeit bleiben einem besonderen, zwischen der Staatsverwaltung und dem Landes-Ausschusse abzuschließenden Übereinkommen vorbehalten.“

Wünscht jemand zu § 3 zu sprechen? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. (Liest):

„§ 4.

Die Erhaltung der Bauten übernehmen die Interessenten in Schildehen. Bis zur Übergabe der Bauten an dieselben, welche Übergabe sofort nach anstandsloser Kollaudierung zu erfolgen hat, kommt der Baufond für die Erhaltung auf.“

Wer wünscht zu § 4 das Wort? (Nach einer Pause.) Es meldet sich niemand. (Liest):

„§ 5.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Ackerbauminister und Mein Finanzminister beauftragt.“

Wünscht jemand zu § 5 zu sprechen? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Es folgt noch Titel und Eingang des Gesetzes. (Liest):

„Gesetz

vom

betreffend die Verbaunng des Kaarlbaches bei Ramsau.

Über Antrag des Landtages Meines Herzogtums Steiermark finde Ich anzuordnen, wie folgt:“

Wünscht jemand zu Titel und Eingang das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall und ich schreite nunmehr zur Abstimmung.

Da in der Einzelberatung des Gesekentwurfes zu keinem der Paragraphen ein Abänderungsantrag gestellt oder überhaupt nur das Wort genommen wurde, glaube ich das ganze, soeben von mir absatzweise zur Verlesung gebrachte Gesetz, sowie es uns auch in der Beilage Nr. 190 im Drucke vorliegt, unter einem zur Abstimmung stellen zu können. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, die den von mir zur Verlesung gebrachten Gesekentwurf samt Titel und Eingang annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Gesekentwurf ist beschlossen.

Der Finanz-Ausschuß hat den ihm in der vorvorigen Sitzung gegebenen Auftrag entsprochen und be-

richtet heute über die Vorlagen Nr. 220 und 221. Ich habe gestern bei Verkündigung der Tagesordnung auch diese Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und dabei bekannt gegeben, daß ich noch nicht in der Lage sei, den Berichtstatter namhaft zu machen, deshalb konnten auch diese Gegenstände in die vorliegende lithographierte Tagesordnung nicht eingetragen werden. Ich habe nunmehr bekanntzugeben, daß der Berichtstatter zu Beilage Nr. 220, d. i. der

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesetzentwurf, betreffend die Einhebung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier,

der Herr Obmann des Finanz-Ausschusses Abgeordneter Freiherr v. Kellersperg ist, dem ich das Wort erteile und ersuche den Gegenstand einzuleiten.

Berichtstatter des Finanz-Ausschusses Freiherr v. Kellersperg (von der Tribüne): Hoher Landtag! Da das Landesgesetz über die Bieraufgabe mit 31. Dezember d. J. seine Geltung verliert, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, diesbezüglich legislative Vorkehrungen zu treffen und werden, glaube ich, wohl auch die Gegner in der Sache im Hinblick auf die traurige Finanzlage des Landes und die dringend notwendig werdende Erhöhung der gegenwärtig im Betrage von 2 K per Hektoliter eingehobenen Bieraufgabe mir zustimmen, daß ganz im allgemeinen gesprochen, ein Gesetz zur weiteren Einhebung der Bieraufgabe zur Beratung und Beschlußfassung im Landtage kommen muß. Der vom Finanz-Ausschuß beschlossene Gesetzentwurf enthält keine genaue Bestimmung der Aufgabenhöhe und bleibt es einer späteren Beschlußfassung anheingestellt, die genaue Höhe der Aufgabe festzustellen. Der Finanz-Ausschuß, in welchem über diesen Gesetzentwurf eine lange und sehr lebhaft abgeführte Debatte geführt wurde, war vorwiegend der Meinung, daß die endgültige Entscheidung über diese Frage jenem Zeitpunkte vorbehalten bleiben soll, in welchem nach Fertigstellung des Präliminaries für das Jahr 1910, die Beratung über die Bedeckungsanträge gepflogen werden soll. Ich erlaube mir zu bemerken, daß in das vorliegende Gesetz auch eine Inkamerationsklausel aufgenommen werden mußte und glaube ich heute schon auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung dieser Klausel hinweisen zu müssen. Jedenfalls wird mit derselben im Interesse der Hintanhaltung einer bleibenden Schädigung des Landes zu rechnen sein.

Ich glaube, daß der § 1 — und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich etwas vorausseile — in seiner vom Finanz-Ausschuße vorgeschlagenen Weise und Fassung in keinerlei Weise präjudizierlich ist, es sei denn, daß

man als präjudizierlich auffassen würde, an die Auflage in der Mindesthöhe von 2 K gebunden zu sein.

Die sehr verehrten Herren Abgeordneten, mögen sie über die Maßregeln und Notwendigkeit einer Erhöhung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier wie immer denken und mögen sie noch so große Gegner einer solchen Erhöhung sein, werden ohne Bedenken diesem Gesetzentwurf zustimmen, und erlaube ich mir daher den Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle dem in der Beilage vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Einhebung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.“

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte haben sich vorläufig gemeldet die Herren Abgeordneten: Wastian, Kessel, Meško und Hilari.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wastian das Wort.

Abg. Wastian (St.-G. Marburg): Hoher Landtag! Die Finanznot, die über uns durch allerlei verschuldete und unverschuldete Ereignisse hereingebrochen ist, verlangt von diesem Hause, das für die reale Welt, in der es sich tausendfach um wirtschaftliche Fragen handelt, arbeiten muß, zunächst eine tüchtige gesetzgeberische und verwaltende Wirtschaftspolitik. Das wissen wir alle, die wir hier versammelt sind. Ich brauche mich auch nicht anheischig zu machen, hier weit-schweifig daran zu erinnern, daß wir beim Staate mit unseren mehr als berechtigten Forderungen nach einer entsprechenden Sanierung der Landesfinanzen eine Gegenliebe so rasch nicht finden werden. Der Staat geht ja auch in der Mißwirtschaft mit dem bösesten Beispiel voran; das Staatsdefizit beträgt im Jahre 1910 rund 395 Millionen Kronen. Und diejenigen, die nun ihr Temperament in tausend Entrüstungen aufflammen lassen, mögen nicht übersehen, daß in der Hauptsache den Staat die eigentliche Schuld an der grausamen Göbe in unserer Landeskasse trifft. Er legt dem Lande Verpflichtung auf Verpflichtung auf, nimmt ihm aber jede Möglichkeit, aus ergiebigen Einnahmsquellen schöpfen zu können. So haben wir, meine Herren, allen Grund, das künftige Los unserer Landeswirtschaft mit tiefstem Ernste zu bedenken und jedenfalls wird der Staat das Besteuerungsrecht des Landes auf entsprechender finanzpolitischer Grundlage ganz anders in selbständigen Formen ausgestalten oder den Ländern hinreichende Zuschüsse aus den Staatssteuern gewähren müssen, weil jede Art des Fortwurfelns verhängnisvoll werden muß.

Das, was der Staat unserer Bedrängnis gegenüber bisher getan hat, war bestenfalls die alte übliche

Operettentanzrevolution mit sechs Schritten vorwärts und mit sechs Schritten zurück; (Zustimmung) daß er bei einer solchen Taktik bald sein feingoldenes Herz den Ländern gegenüber entdecken werde, einem solchen ruchlosen Optimismus wird sich wohl niemand von uns hinzugeben vermögen. (Beifall.) Wie sich der Staat die weitere gedeihliche Arbeit des Landes unter jenen Umständen vorstellt, das bewahrt er als unholde Geheimnis, und selbst mit dem Senfblei des schärfsten Gedankens wird man in dieser Hinsicht nicht auf einen festen Grund und Boden kommen. Es ist aber hoch an der Zeit, daß sich dieses Mysterium zu entwölken begimme. (Zustimmung.)

Somit ist vorläufig für uns das, was der Landes-Ausschuß an Auswegen und an Vorschlägen zur Besserung und Behebung der Landesfinanzlage bringt, beachtenswert und wichtig, wenngleich wir uns wohl sagen müssen, daß alles nur Palliativwerk, nur die symptomatische Behandlung des Übels sei, dessen Ursachen unangetastet bleiben. Das spezifische Mittel zur Heilung der Krankheit muß doch anders anschauen.

Die schweren Bedenken, wie bei der gegenwärtigen finanzpolitischen Sachlage in der nächsten Zeit überhaupt weitergewirtschaftet werden kann und soll, diese schweren Besorgnisse fallen bei jedem, der nur halbwegs Kenner der Verhältnisse ist, auf nur allzu fruchtbarem Boden.

Der Verband der deutschnationalen Abgeordneten, als dessen Wortführer ich in dieser Debatte erscheine, verkennt nicht im mindesten, mit welcher gutem Rechte die Brauindustrie, die durch eine ungünstige Konjunktur in der letzten Zeit schwere Schläge abbekommen hat, die Erhöhung der Landesbierumlage in das fabelhafte Land, wo der Pfeffer wächst oder in das geographisch noch weniger feststellbare Exil zum Rückzug wünscht. Selbstredend erfuhren ja auch die von der Brauindustrie beschäftigten Gewerbe durch die Hinaufschraubung der Bierumlage eine Beeinträchtigung.

Wir wissen es ferner, daß an dem Geschieße der Industrie und jedes Zweiges der Industrie das Wohl oder Wehe Tausender von Arbeitern hängt.

Meine Herren! Soviel soziale Einsicht, soviel soziales Empfinden, soviel soziales Gemeinschafts- und Verantwortlichkeitsgefühl dürfen uns auch die Herren Sozialdemokraten zumuten. (Beifall.) Der Arbeiter arbeitet ja nicht bloß für sich und die Seinen, sondern zugleich auch für die Nation und wirkt mit, die Grundlage unseres lebendigsten Lebens, unserer Volkspersönlichkeit, eigenartig zu gestalten. Wir sind wahrhaftig nicht egoistisch verkastet und verkarstet und haben nie auch nur im Leisesten das ebenso unsoziale, als politisch und national widersinnige Bedürfnis gefühlt, uns durch

ständische Selbstsuchtelei von den breiten Massen abzuheben. Wir wollen vielmehr immer ehrlich helfen, dem Arbeiter in der Geltendmachung des Rechtes seiner Persönlichkeit auf allen Gebieten des Daseins beizustehen und ihn in seiner und seiner Familie wirtschaftlicher und geistiger Lebenshaltung zu stützen.

Hohes Haus! Das Gast- und Schankgewerbe und die Träger aller mit ihm in Verbindung stehender und zusammenhängender Geschäftsformen arbeiten schon jetzt zum großen Teile mit einer sehr empfindlichen Unterbilanz; die allgemeine Teuerung hat in allen vom Schicksal nicht besonders begünstigten Kreisen wahre wirtschaftliche Verheerungen angerichtet. Die arbeitende und schaffende Bevölkerung leidet also unter der Last, die ihr Staat, Land, Bezirk und Gemeinde aufbürden.

Auch von dieser Seite wird darum naturgemäß der Plan einer Erhöhung der Biersteuer mit einer energischen Handbewegung beiseite geschoben und zurückgewiesen.

Doch, meine Herren, ich brauche die Leporelloliste der bösen Mißstände und ungünstigen wirtschaftlichen Zeiterscheinungen nicht weiter fortzusetzen. Uns erfüllt die Tatsache der allgemeinen wirtschaftlichen Erschöpfung einerseits und die Außerachtlassung einer gesunden national-ökonomischen Entwicklung andererseits mit schwerer Besorgnis, mit heftigem Unmut; wir sind von der unerschütterlichen Meinung durchdrungen, daß das Volk nicht bloß als Menschenstoff für die Heere, als gehorham-függame Masse für die verordnende Bureaukratie und als Beuteobjekt für den Fiskus betrachtet werden darf, wir erklären es immer wieder, daß das Volk für den Staat da ist, sondern daß es als ein hoher Selbstzweck erachtet werden muß. (Beifall.)

Wenn die konsumierende Bevölkerung von einer Erhöhung der Ausschankpreise für Bier nichts wissen will, so hat das seinen guten Grund; auf sie wird schließlich jede Steigerung der Gesteuerungskosten überwälzt, sie muß die Zeche bezahlen und wenn sie sich da gegen die Bewilligung der Biersteuer im Ausmaße von 4 K wehrt, so ist das nur natürlich und selbstverständlich, zumal das Bier längst zu einem Volksgenüßmittel geworden ist, das nahe an der Grenze zum Nahrungsmittel steht. Angeedeutet sei nur, daß mit Rücksicht auf das verteuerte Bier mancher die sehr bedauerenswerte Schwankung zum Schnaps machen könnte.

Nicht unerwähnt will ich ferner lassen, daß die Erhöhung der Biersteuer eine Verminderung in der Umlagenergiebigkeit zu Ungunsten verschiedener Gemeinden unseres Landes im Gefolge haben wird.

Doch, meine Herren, unserem Landeschatzkämmerer Dr. Link, dem wir im Verande deutschnationaler Abgeordneter aufrichtige Freundschaft und rückhaltloses

Vertrauen entgegenbringen — ich brauche da keine Mohrenwäsche zu besorgen, das sei an die Adresse des Herrn Dr. Korošec gerichtet — dem Herrn Landeschatzkanzler Dr. Link ist mit den zornheißen Worten der Abwehr ebensowenig gebient, wie mit der ingrimmig scheltenden oder verzwidert raunzenden Weisheit derer, die es immer besser machen möchten und doch nicht besser machen können. Auch mit den Auskünften jener, die sich flottweg in der billigen Rolle des uneingeschränkten Absprechens und des bissigen Spottes gefallen und die alles, was von dieser Seite des hohen Hauses kommt, durch die Fessel einer wenig freundlichen Beredsamkeit ziehen, weiß der Kollege Dr. Link nichts anzufangen und gewiß jedem, der an seiner Stelle wäre, erginge es ebenso. Mit dieser Annahme geht man nicht fehl. Dr. Links Gewissenhaftigkeit ist über allen Zweifel erhaben, er ließ nie leichtfertig die Münzen fliegen, wohl aber mußte er sich zur Übernahme manch schlimmer Erbschaft bequemen. Man läßt sich die stachelige Schale der Kritik gefallen, aber giftig soll das Zeug nicht sein. Können ist eine große Sache, damit das Wollen etwas mache, heißt's irgendwo bei Goethe. Was bleibt dem Herrn Finanzreferenten des Landes nach all der unfruchtbaren Kritik ohne grundlegende Begriffe und zusammenfassende Anschauungen zu tun übrig? Er denkt mit Busch: „Ein Dufel, der etwas mitbringt, ist besser, als eine Tante, die nur Klavier spielt.“ (Heiterkeit.) Dem Hungrigen ist ja auch ein Stückel Brot lieber, als zehn wunderschöne Kochrezepte.

Geehrte Herren! Wer sich nicht der Katastrophopolitik verschrieben hat, steht wohl im Falle der Nichtannahme einer Erhöhung der Biersteuer, eine starke Erhöhung der Umlagen auf die direkten Steuern, etwa eine solche von 15 bis 18 Prozent, drohen. Andererseits wird aber die Ertragsfähigkeit einer erhöhten Biersteuer, wie mir scheinen will, nicht mit Unrecht sehr in Zweifel gezogen; dadurch entfällt dann von Haus aus die Alternative: entweder Erhöhung der Biersteuer oder starke Erhöhung der Umlagen, die man natürlich auch immer im Überwälzungsverfahren wettzumachen wissen würde.

Für das System der schwebenden Schulden zur Deckung unseres Millionenabganges werden Sie, meine Herren, gewiß nur gemischte Gefühle haben; dadurch würde der Kredit des Landes untergraben und erschüttert. Ich könnte mich nur für jene Finanzpolitik erwärmen, die kein Latweg auf die Wunden heftet, die vielmehr die Heilung von innen heraus, somit die einzig wirkliche Gefundung anstrebt.

Im Verbands der deutschnationalen Abgeordneten hat trotz sachlicher gründlicher Untersuchung die

schwankende Wage des Urteils nach der einen oder der andern Seite einen Ruhepunkt nicht gefunden und so gibt es in unseren Reihen Mitglieder, die es, ohne eine Charaktermassage an sich vorzunehmen oder an sich vornehmen zu lassen, ganz gut verantworten können, nach ihrer besten Überzeugung für den Antrag des Herrn Berichtstatters Freiherrn von Kellersperg zu stimmen. (Beifall.) Kein Terror wird ihnen das verleißen. (Beifall.)

Selbstverständlich gibt es in unserem Verbands auch Abgeordnete, — und sie werden in der Mehrzahl sein — die schon durch die Art der ihrer Gut anvertrauten Interessen bemüht sind, gegen den Finanz-Ausschuß-Antrag entschiedene Stellung zu nehmen. Ich selber bin als Vertreter der zweitgrößten Stadt Steiermarks, das werden Sie aus dem subjektiven Beigeschmacke meiner Rede längst herausgespürt haben, ein Gegner der Bierauslagenerhöhung und ich fühle in mir die Verpflichtung, mich schon gegen die Möglichkeit einer Erhöhung der Biersteuer, die durch ein Rahmengesetz geboten werden soll, zu wehren. Ich glaube, Sie werden sich, meine Herren, mit dem 4-Kronen-Bildl, das in den Rahmen hineinkommen soll, kein Bildl beim Volke einlegen!

Der Verband der deutschnationalen Abgeordneten, der es sich zum Grundsatz gemacht hat, in wirtschaftlichen Belangen seinen Angehörigen die Marschrichtung zu erleichtern, ja, wenn möglich, angesichts schwieriger Lagen, freizustellen, gibt auch das Votum in der vorliegenden Frage der freien Überzeugung und persönlichen Auffassung des einzelnen vollständig anheim. Man ist eben bei uns im Verbands nicht absolut im Aufstellen relativer Meinungen; Dogmen und Alleinseligmachereien richten in der Politik nicht weniger Unheil an, als in der Religion.

In der Zustimmung zum Eingehen in die Spezialdebatte liegt aber durchaus und selbstverständlich keine zustimmende Stellungnahme des Verbandes als solchen zur Vorlage, wie es sich in der Spezialdebatte sehr rasch und klar zeigen wird.

Hohes Haus! Nun habe ich mich auch noch, weil es mir nicht möglich war, in der früheren Debatte, in welcher der Herr Abgeordnete Dr. Korošec gesprochen hat, zum Worte zu gelangen, gegen die nationalen Gazeognaden dieses Herrn Generalstäblers der slowenischen Politik und Taktik mit einigen Sätzen zu wenden.

Ich kann mich auf den bekannten cantus firmus seiner Äußerungen, den er, Großslowenien im ungeduldigen Herzen, und im Bedürfnisse nach einem dramatischen Vollton heute neuerdings hier angestimmt hat, jetzt nicht liebevoller einlassen.

Ich werde mich auf das Wesentlichste beschränken.

Ich kann nur sagen, daß seine Ausführungen ungerecht in den Voraussetzungen und abgeschmackt in den Schlußfolgerungen waren. (Abg. Einspinner: „Bis zur Bewußtlosigkeit.“)

Man kann die deutsche Mehrheit dieses Hauses beobachten, belauern und auskundschaften, man wird niemals berechtigten Grund zur Annahme finden, daß in wirtschaftlichen Fragen mit gehässiger Parteilichkeit vorgegangen oder nach der hohhaften Benachteiligung der slowenischen Landesgenossen getrachtet wird. Hinwiederum sind wir aber auch lange noch nicht dazu da, den sehr gefegneten nationalen Appetit der Herren Slowenen zu stillen. (Beifall.)

Es ist eine böswillige Verkennung der Stellung des Landes-Ausschusses, wenn man in ihm immer nur eine Parteiorganisation sucht und erblickt.

Der steiermärkische Landes-Ausschuß hat zu dieser Auffassung wahrhaftig niemals auch nur die leiseste Berechtigung gegeben. (Zwischenrufe: „Die Slowenen haben das Krainer Beispiel vor Augen.“)

Unser Landes-Ausschuß, dem ja übrigens nicht durchwegs Deutschfreiheitliche angehören, hat durch sein Wirken immer bewiesen, wie ungerecht und unrichtig eine derartige Annahme ist. Er, der niemals die Geißel der nationalen Feindseligkeit schwang, hat als Verwaltungsorgan des Landes die Aufgabe, dem Landtage alle jene Vorschläge zu unterbreiten, die auf Grund des vom Landtage herbeigeführten Erfordernisses im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglich sind.

So schaut die Wahrheit aus, die jeder anerkennen muß, der vorurteilslos und objektiv und frei vom Bedürfnisse nach der Befriedigung bestimmter Parteileidenschaften urteilt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Korosec hat schon in früheren Debatten und auch heute wieder gar sanfte, milde Saiten aufgezogen. Er hat jüngst in Beantwortung eines Zwischenrufes sogar die großmütige Zusage gemacht, die Herren Slowenen würden, im Falle es zu einem großslowenischen Verwaltungsgebiete im Süden käme, die Deutschen sehr gut behandeln. Wir sind nach solchen Genüssen nicht begierig. (Heiterkeit.)

Ich glaube nämlich bei meiner guten Bekanntschaft mit dem Herrn Dr. Korosec nicht an seiner Seele friedumhegten, klaren Spiegel, und für die Milch der frommen Denkungsart, die aus solchen Ammenbrüsten quillt, danke ich. (Heiterkeit.)

Ich habe unter dem Eindrucke aller bisher genossenen Kostproben mindestens ein voll gerütteltes Maß von Skepsis, wenn ich aus der Gegend dort drüben, wo die Herren Slowenen sitzen, die Friedensschalmei höre. Vorläufig sagen wir, wo immer wir unter der slowenischen

Politik zu leiden haben: Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Wir wissen nach all den bewußten Feldzügen zur frivolen Störung der nationalen Ruhe, nach all den gewollten Herausforderungen, worauf bei den Slowenen alles abzielt. (Beifall.)

Manche Reden sind Schnellzüge ohne Bremse, und eine solche Rede hat sich der Herr Dr. Korosec geleistet. Die Offenheit, mit der er herausgerückt ist, klingt sehr lehrreich; die Endziele slowenischer Absichten, deren Andeutung ihm in der Hitze des Gefechtes entschlüpft ist, gehen auf eine Zerreißung unseres Landes, auf eine Erdrückung der Deutschen in Untersteiermark aus.

Wir haben in die Geheimkammer des Herzens der Herren geschaut, in der sich der Inhalt ihres wahren Lebens birgt, und dadurch rasch die Bestätigung eines Zwischenrufes erfahren, den vorhin der Herr Kollege Dr. v. Raan gemacht hat. Dieser Zwischenruf wies blicklichtartig darauf hin, daß sich auf dem Balkan manches ereignete, was nicht ohne Zusammenhang mit der slowenischen Bewegung in Österreich ist, und was uns die dichterischen, an die Austria gerichteten Worte des guten Österreicher Ferdinand von Saar praktisch bekräftigt: Freilich niemals ein Volk war deiner Völker Schar, niemals warst du für sie wirklich ein Vaterland; Österreicher im Herzen fühlte stets sich der Deutsche nur. (Beifall.)

Ich will schließlich nur nachdrücklich erklären, daß wir uns niemals Werte zerstören lassen, die uns als Kulturbesitz und Volksgut überaus teuer sind. Jeden Angriff auf deutsches Besitztum werden wir zumindest mit der Energie und Hestigkeit zurückweisen, mit der danach die slowenische Hand ausgestreckt wird. (Beifall.) Zu verhindern, daß in diesem Lande eine dem deutschen Volke fremde und feindliche Politik zur Macht gelange, das ist unsere oberste Volkspflicht, die wir dem deutschen Gesamtvolke gegenüber zu erfüllen haben. Wir stehen hier in unserem Erbe und erheben unsere guten Ansprüche im Namen der Gesamtnation, durch deren Geschichte wir auf diesen Posten gestellt sind. Das ist unser Volksrecht, das wir immer tapfer und selbstsicher in Anspruch nehmen werden. Wenn auch das politische Band, das dieses Land an die übrigen deutschen Gebiete jenseits der schwarzen Grenzpfähle schloß, seit Jahrzehnten gerissen ist, wir Deutsche in Österreich haben aus nationalem Gesamtgeföhle doch noch die selben Aufgaben zu erfüllen wie unsere Väter. (Zustimmung.)

Die Herren auf den slowenischen Bänken betreiben eine eigenartige Politik der doppelten Buchführung. Hier im Landtage zeigen sie sich gern als brave Lamperln, als arme Unterdrückte, weil sie damit auf den Ver-

treter der Regierung, auf den Herrn Statthalter, und dann auf den Herrn Landeshauptmann wirken wollen; wir wissen auch, wie sehr sie das im Wiener Parlamente in der Übung haben. (Abg. Kobič: „Das ist abgeschmackt.“) Aber doch wahr, denn im sprachlichen Kampfbereiche selbst, da schaut die Sache anders aus. (Abg. Kobič: „Mein Standpunkt ist überall derselbe.“ — Abg. Einspinner: „Sie sind ja deshalb auch nicht mehr der Führer.“) Aber, Herr Abgeordneter Kobič, Sie sind ja doch den gegenwärtig herrschenden Mächtern der slowenischen Politik viel zu sanft. Jetzt geben die Herren Dr. Korošec und Dr. Benkovič den Ton an in den slowenischen Teilen der Untersteiermark. Da gibts immer, wenns angebracht erscheint, einen gewissen äußeren Firnis, der keinesfalls für den Ausdruck innerer Überzeugung gehalten werden darf. Die Lampen werden daheim im Handumdrehen zu reißenden Wölfen, der Empfindungsstrom wird schnell umgeschaltet und der alte, mühsam unterdrückte Haß flammt in unzähligen, heimtückischen Streichen gegen das Deutschtum auf. (Unruhe.) Ich erinnere Sie daran, wie in allerjüngster Zeit eine untersteirische, slowenische Sparkasse sich einer friedlichen Kulturstätte, der deutschen Schule in St. Leonhard, gegenüber benommen hat. Das ist die abscheulichste Revolverpolitik. (Zwischenrufe: „Erpressung scheußlichster Sorte.“) Deutschen Besitzern, die feinerzeit bei dem slowenischen Spar- und Vorschußvereine Geld aufgenommen haben, wurde kurzfristig gekündigt, mit dem in unverschämter Weise ganz offen eingestandenen Erpressungsversuche, daß die deutschen Eltern in ihrer Angst vor Pfändung und Zwangsverkauf ihre Kinder aus der deutschen Schule herausnehmen sollen. (Zwischenrufe.)

Der Haß dispensiert in den Augen dieser Herren von jeder Bedenklichkeit. Solche Vorfälle zeigen haarstarr wohin das Steuer weist. Doch genug für diesmal.

Ich will und kann auf weitere Einzelheiten dessen, was der Herr Dr. Korošec noch vorgebracht hat, augenblicklich nicht eingehen. Ich begnüge mich mit dem Gesagten und breche hier ab, weil ich weiß, daß in der Budgetdebatte noch genug Gelegenheit gegeben sein wird, über alles, was wir auf dem Herzen haben, sich auszusprechen. (Lebhafter Beifall und Heilrufe.)

Abg. **Mesel** (A. W. Graz): Meine Herren! Unsere Stellung zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstande haben wir bereits bei der Zuweisungsfrage kundgegeben. Ich habe auch nicht die Absicht, über etwas anderes als über die Biersteuer zu reden, weil ich glaube, daß die ganze Aufmerksamkeit der Bevölkerung wenigstens momentan nicht auf den nationalen Streit zwischen Deutschen

und Slowenen, sondern auf die Erhöhung der Biersteuer konzentriert ist. Es ist auch sonst nicht meine Gewohnheit, wenn der Väck auf der Tagesordnung steht, vom Buckelforb zu reden.

Die Vorlage, die in Beratung steht, bildet einen Teil des Finanzplanes der Regierung. Allerdings wird uns gesagt, es handelt sich hier um die Einnahmen für das Land. Nun aber, meine Herren, ist aus der Vorlage selbst, aus ihrer Begründung ersichtlich, daß die Biersteuererhöhung nicht so sehr aus eigenem Bestreben, sondern im Auftrage der Regierung vorgenommen werden soll. Wir sind gegen die Art, wie die Regierung die Landesfinanzen sanieren will, wir sind aber auch dagegen, daß eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern, das würde die Bierauflagerhöhung bedeuten, vorgenommen werde. Ich glaube, wenn aber auch das nicht wäre, so müßte man die vorliegende Vorlage zurückweisen. Das Land soll nun eine Steuererhöhung beschließen, von der die Regierung selbst zur Überzeugung gekommen ist, daß sie sich im Reichsrate nicht durchsetzen läßt, das heißt dem Lande wird es überlassen, eine schädliche Steuer zu machen, von der die Regierung selbst sagt und zwar in ihrem Erlasse, den sie in der Frage der Sanierung der Landesfinanzen an uns gerichtet hat, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Biersteuer und die Inkamerierung der Bierauflage in der Öffentlichkeit auf so großen Widerstand gestoßen ist und die Regierung sich deshalb entschlossen hat, dormalen von der Erhöhung der staatlichen Bierauflage abzusehen. Die Regierung verlangt nun aber, das Land möge die Erhöhung vornehmen. Es bliebe aber dem Lande gar nicht freigestellt, diese Steuer auch für den Zeitraum, den die Regierung festgelegt, bis zum Jahre 1917, einzuhoben, sondern, wie der Herr Referent darauf verwiesen hat, befindet sich in der Gesetzesvorlage eine sogenannte Inkamerierungsklausel, das heißt eine Bestimmung, wonach das Land von vornherein erklärt, daß es damit einverstanden ist, daß, wann es der Regierung gelingt, die Biersteuer zu inkamerieren, dann die Erhöhung der Landesbierauflage entfällt. Das Land mußte sich demnach im vorweg bereit erklären, daß es mit dem, was die Regierung dem Lande allenfalls von dem Erlage der Biersteuer zuweisen wird, einverstanden ist. Wenn wir die Sache genau betrachten, so wird nichts anders verlangt, als das Land soll der Büttel der Regierung sein. Der Landtag hat diese Zustimmung, wenn auch nicht in einer formellen Abstimmung, so doch in einer beifällig aufgenommenen Mitteilung seitens des Obmannes des Finanz-Ausschusses bereits zurückgewiesen. Wir haben bekanntlich im Oktober, in der letzten Sitzung des Landtages eine Erklärung des Obmannes des Finanz-Ausschusses vernommen, in der gesagt

ist, daß die Vorschläge, die die Regierung zur Besserung der Landesfinanzen macht, eine große Enttäuschung hervorrufen müssen und daß die ungeheuerliche Zumutung, die Biersteuer zu erhöhen, was der Regierung im Reichsrate nicht möglich war, entschieden zurückgewiesen werde. Es war das am 15. Oktober, meine Herren; wir schreiben heute den 30. Dezember und merkwürdigerweise ist derselbe Herr Obmann des Finanz-Ausschusses, der damals gewiß eine der Sachlage entsprechende Erklärung abgegeben hat, heute Referent über den vorliegenden Gesetzentwurf und merkwürdigerweise haben sich bereits mehrere der Herren Abgeordneten gefunden, die damals mit Feuer und Flamme für diesen zurückweisenden Beschluß des Finanz-Ausschusses gestimmt haben, die heute für die Biersteuererhöhung stimmen wollen. Ich weiß nicht, was sich seit dem 15. Oktober geändert hat, daß man nach der Richtung einer anderen Anschauung werden konnte. Gar nichts, meines Erachtens. In dieser Zwischenzeit hat sich höchstens noch mehr wie bisher durch die Haltung der Regierung im Reichsrate gezeigt, wie die Regierung beabsichtigt, mit der Sanierung der Landesfinanzen umzuspringen. Ich glaube, gerade dieses letztere Ereignis mußte vielmehr dazu beitragen, das Ansinnen der Regierung, welches durch diese Vorlage an den Landtag gestellt wird, in entschiedener Weise zurückzuweisen. Es ist doch eine Tatsache, wenn die Biersteuererhöhung beschlossen werden sollte, was ich bezweifle, weil ich nicht daran glauben kann, daß sich innerhalb eines so kurzen Zeitraumes eine so gewaltige Gesinnungsänderung bei der Mehrheit des Landtages vollzieht, daß man sie für die Regierung durchführt, weil, ist die Biersteuer erhöht, dann wird sie inkameriert. Die Erhöhung der Biersteuer wurde vom Herrn Referenten und wird auch in der Vorlage mit der Finanznot des Landes begründet. Wir haben einen Abgang von zirka drei Millionen im Landeshaushalte. Nun, meine Herren, mit der Biersteuererhöhung, selbst wenn sie ohne weiteres das tragen würde, was man berechnet, würde dieses Defizit nicht besonders vermindert werden. Die alte Misere bliebe aufrecht bestehen und die Frage bleibt immer noch offen, was ist zur endgültigen Sanierung der Landesfinanzen zu unternehmen? Die Biersteuererhöhung würde, den gleichen Konsum wie jetzt vorausgesetzt, ein Erträgnis von 1.000.000 K und vielleicht 200.000 K liefern. Ich glaube aber nicht, daß man das gleiche Erträgnis, nämlich den gleichen Bierkonsum, wie er jetzt ist, bei einer Steuererhöhung voraussetzen kann. Wir haben vor nicht allzulanger Zeit in Steiermark anlässlich der Bierpreiserhöhung einen Bierbojkott gehabt und es wäre sehr interessant, wenn uns der Finanzminister Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Link mitteilen würde, wie groß der Ausfall der

Bieraufgabe während des Bierbojkottes war. Da würde zu hören sein, daß während des Bierbojkottes der Bierkonsum in der Provinz um zwei Drittel und in Graz um die Hälfte gesunken ist. Es würde aber auch, wenn man die Orte und die Besiedlungsverhältnisse in Betracht zieht, sich bei näherer Betrachtung der Wirkung des Bierbojkottes zeigen, daß er in jenen Orten am wirksamsten und wüchtigsten war, die der Hauptsache nach von der arbeitenden Bevölkerung bewohnt sind. Es hat sich während des Bierbojkottes gezeigt, daß die Arbeiter fast zu zwei Drittel sich des Bierkonsums vollständig enthalten haben. Es hat sich während des Bierbojkottes auch gezeigt, daß zu mindestens die Hälfte des zu konsumierenden Bieres auf die Arbeiterschaft entfällt, und glauben Sie nicht, wenn die Biersteuererhöhung vorgenommen wird, von der gesagt wird, daß sie weder die Brauer noch die Wirte vermögen, aus eigenem zu tragen, wenn eine Bierpreiserhöhung eintritt, daß die Arbeiterschaft dann Abstinenz übt? Wenn nun infolge einer Bierpreiserhöhung eine Abstinenzbewegung, wenn ich sie nicht eine Bojkottbewegung nennen will, einsetzt, die den Bierkonsum gewaltig herabmindert, wo bliebe dann die Mehreinnahme? Ich glaube, daß jetzt die Aussichten, daß die Arbeiterschaft sich gegen eine Bierpreiserhöhung durch die Abstinenz wehrt, noch größer sind, als sie damals waren, als der Bierbojkott war, denn seither ist die Teuerung eine noch größere geworden, seither ist der Geschäftsgang noch schlechter geworden, seither haben sich die Existenzbedingungen für die arbeitende Bevölkerung bedeutend verschlechtert. Das wird gewiß mit einer Triebfeder sein, sich des Bierkonsumes zu enthalten. Wir haben daher die Aussicht, entweder würde die Biersteuererhöhung eine ungeheure und unerträgliche Belastung der Arbeiterschaft, die sich im allgemeinen in besonderer Notlage befindet, bedeuten oder aber der finanzielle Erfolg, der erhofft wird, würde nicht eintreten. Allerdings ist ja möglich, daß darauf spekuliert wird, daß eine ziemliche Zahl von Arbeitern das Bier nicht als Genußmittel konsumiert, sondern daß diese das Bier konsumiert infolge ihrer Berufstätigkeit. Ich verweise darauf, daß besonders bei Feuerarbeitern bei den Hochöfen, Buddelöfen u. s. w., bei den Schlossern und Schmieden vielfach die Meinung herrscht, daß man bei dieser Beschäftigung ohne ein durststillendes Mittel, das zugleich auch ein Stimulierungsmittel ist, die Arbeit nicht zu leisten vermag. Es mag sein, daß man darauf hofft, daß dieser Teil der Arbeiterschaft die Abstinenz nicht üben wird. Nun, meine Herren, das wäre, glaube ich, geradezu eine verbrecherische Spekulation; man spekuliert da auf eine Art Zwangslage.

Nehmen wir nun an, die Abstimmung würde,

wenn die Bierpreiserhöhung infolge der Steuererhöhung eintritt, einsetzen; was wäre der Erfolg der Biersteuererhöhung? Der finanzielle wäre gleich Null, dafür aber würde die Brauindustrie und das Schankgewerbe furchtbar geschädigt werden, weil bekanntlich heute wenigstens in Ober- und Mittelsteiermark das Gasthauswesen auf dem Bierauschank beruht; wir wissen ja, wie es den Gastwirten während des Bierbojkottes gegangen ist, und wir wissen, daß heute noch eine große Anzahl von Wirten unter diesem Boykotte leidet. Wir wissen auch, daß eine Verminderung des Bierkonsums gleichzeitig eine Schädigung jener Arbeiter ist, welche in der Brauindustrie ihr Brot finden. Es würden sowohl die Industriellen, die Brauer, als auch die in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter, es würden die Gastwirte und deren Bedienstete unter dieser Biersteuererhöhung zu leiden haben, ohne daß, wenn die Abstinenz in irgend einer Weise einsetzt, das Land an der Biersteuererhöhung einen Nutzen hätte. Ich weiß, daß gern gesagt wird, wenn es sich um die Biersteuer handelt, daß das Bier ein Genußmittel ist und daß derjenige, der die Biersteuer nicht zahlen will, auch kein Bier trinken soll. Ich habe aber schon darauf verwiesen, daß dies für einen Teil der Arbeiter nicht zutrifft. Es gibt auch Leute, die sich, wenn es sich um die Biersteuer handelt, auf Abstinenten hinauspielen und die sagen, es wird nicht schaden, wenn die arbeitende Bevölkerung weniger trinkt, denn sie gibt ohnehin viel zu viel Geld für Bier aus. Bei dem heutigen Alkoholgenusse wäre nur zu befürchten, daß das weniger schädliche Bier verschwindet, daß weniger genossen wird, dafür würden aber andere, dem Körper und Geiste viel schädlichere alkoholische Getränke genossen werden. Die Herren Moralisten kommen da nicht auf ihre Rechnung und es ist auch lächerlich, sich nach dieser Richtung als Moralist hinauszu spielen. Denn wenn man rechnet, daß man durch Steuererhöhung mehr einnimmt, so kann man doch nicht auch damit rechnen, daß die Steuereingänge abnehmen durch die Enthaltung der Bevölkerung von jenem Genußmittel, welches man der Besteuerung unterzieht. Die Erhöhung der Landesbieraufgabe ist aber, abgesehen von sonstigen Umständen, viel ungerechter als die Erhöhung der staatlichen Biersteuer. Die staatliche Biersteuer beruht auf der Gradhaltigkeit des Bieres, während die Landesbieraufgabe das Bier trifft ohne Unterschied seiner Qualität. Wenn die Staatssteuer erhöht wird, kann man der Erhöhung dadurch entgehen, daß man ein leichteres Bier braut, welches dem niederen Steuersatz unterliegt, und es kann dann die Bevölkerung zu diesem leichteren Biere Zuflucht nehmen. Bei der Landesbieraufgabe ist dies ausgeschlossen. Es wird das 10grädige Bier genau so hoch besteuert wie das 13- oder

14grädige. Es gibt ja Brauereien, die Abzugbier brauen. Wer nun ein Krügel Abzugbier trinkt, muß genau so viel Bieraufgabe zahlen als derjenige, der ein Krügel Exportbier trinkt. Das ist doch eine Ungerechtigkeit. Wenn diese Steuer als eine indirekte Steuer nicht schon an und für sich verwerflich wäre, so ist sie auch deshalb verwerflich, weil sie auch äußerst ungerecht ist.

Es ist auch gesagt worden, wenn man die Zweikronensteuer per Hektoliter auf 100 Liter verteilt, so entfalle auf niemanden viel. Aber, meine Herren, es handelt sich ja nicht bloß um die zwei Kronen Erhöhung allein, sondern wir müssen bedenken, wie hoch das Bier heute überhaupt schon besteuert ist. Wir haben beim 12grädigen Bier, dem sogenannten Lagerbier, bereits eine staatliche Steuer von 4 K 8 h, die Stadt Graz hebt eine Linienverzehrungssteuer von 3 K 68 h ein, das Land hebt eine Auflage von 2 K ein, das macht eine Summe von 9 K 76 h aus. Wer also heute einen Liter Bier trinkt, zahlt bereits 9-76 h Steuer dafür und diese ungeheure Summe, die fast die Hälfte des Bierpreises beträgt, soll nun noch um 2 h per Liter erhöht werden. Man muß unwillkürlich fragen, ob denn den Herren keine anderen Steuerquellen mehr einfallen, als die ohnehin hohe Biersteuer noch zu erhöhen. Diese Steuererhöhung enthält die Gefahr, daß durch sie eine Industrie, die dem Staate und dem Lande erhebliche Steuereinnahmen zuführt, ruiniert wird, weiters, daß Hunderte Arbeiter schwer geschädigt werden und daß sie dabei dem Lande keinen finanziellen Erfolg bringt. Nehmen wir aber an, es würde infolge der Steuererhöhung kein Rückgang im Bierkonsum eintreten, was würde damit dem Lande geholfen sein? Ich habe auf diesen Punkt bereits hingewiesen. Nach den Aussprüchen des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. Link werden wir in der nächsten Zeit ein Defizit von 4 Millionen Kronen haben. Es würden dann, wenn diese Summe richtig ist — ich habe sie mit 3 Millionen berechnet —, noch immer 3 Millionen unbedeckt bleiben. Dazu ist aber noch zu bemerken, daß die Landesausgaben gar nicht gleich bleiben, sondern fortwährend wachsen. Was wäre nun das Ende, wenn die Biersteuer faktisch erhöht und den vollen Ertrag nach den jetzigen Konsumangaben liefern würde? Doch nur das Ende, daß die Misere einigermaßen geringer würde, daß auf ein großes Loch ein kleiner Fleck daraufgeflückt würde. Damit würde man aber auch gleichzeitig sagen, daß man dem, was die Regierung in Bezug auf Sanierung der Landesfinanzen den Ländern zumutet, zustimmt, das heißt, daß man sich einfach mit der Misere in Permanenz einverstanden erklärt. Außerdem würde ich diese Zustimmung als eine Art Selbstentmannung erachten, nachdem ja kein genügender Grund

vorhanden ist, jetzt eine andere Stellung einzunehmen als im Oktober. Man würde, wenn man der Biersteuererhöhung zustimmt, einfach erklären, daß man entweder bei dem damaligen Beschlusse, den man im Finanz-Ausschusse gefaßt hat, nicht recht bei Sinnen war, oder aber, daß man auf das, was man gesagt hat, nichts gibt, sondern bereit ist, ohne auch nur annähernd eine Ursache zu haben, seine Meinung kurzweg zu ändern. Ich weiß, daß gesagt wird, die jetzige Vorlage enthält ja noch nicht die Biersteuererhöhung, sondern läßt dieselbe offen, sie soll ja nicht jetzt vorgenommen werden. Nun, meine Herren, erstens traue ich dem Landfrieden nicht recht, denn ich glaube, daß es jenen Faktoren, welche für die Biersteuererhöhung sind, nur darauf ankommt zu wissen, ob sie eine Mehrheit finden, um dann momentan die Erhöhung beschließen zu können, und zweitens, was hat denn die Aufnahme der Bestimmung „einer Biersteuer im Betrage von 2 bis 4 K per Hektoliter“ für einen Sinn, wenn man nicht die Absicht hat, eine Auflage von 4 K zu beschließen? Ja, glauben Sie, daß die Biersteuervorlage dadurch besonders verschönert wird, indem Sie zu dem Zweier noch den Vierer dazusetzen? Das glaube ich nicht. Wenn also die Absicht, die Biersteuer zu erhöhen, in Wirklichkeit nicht besteht, warum haben wir dann die Vorlage in dieser Form vor uns? Ich glaube, ich habe sonst nicht allzuviel Zutrauen und Hoffnungen, daß seitens unseres Landes-Ausschusses besonders große Ideen ausgeheckt werden, oder daß er besonders fürsichtig ist, daß sich der Landes-Ausschuß sagen muß, daß, wenn diese Ziffer in der Vorlage enthalten ist und er nicht hofft, daß sie jetzt zum Beschlusse erhoben wird, daß dann bei der Budgetberatung im Jänner diese Erhöhung noch schwerer zum Beschlusse erhoben werden wird, weil der Widerstand gegen die Biersteuererhöhung noch wachsen wird. Es war eigentlich geplant, die Bevölkerung mit dieser Steuererhöhung zu überrumpeln, und hätten wir nicht gleich Alarmschüsse abgefeuert, so hätte niemand etwas gehört, daß der Landes-Ausschuß eine Biersteuererhöhung vorbereitet hat. Wir waren die ersten, die das Publikum aufmerksam gemacht haben. Erst vor ein paar Tagen hat es noch eine große Anzahl von Leuten gegeben, die Zweifel gehegt haben, ob es wirklich wahr ist; denn es gibt ja Leute, die die Gefahr erst in nächster Nähe sehen müssen, bevor sie daran glauben. Jetzt wird niemand mehr darüber im Zweifel sein, daß die Biersteuer erhöht werden soll, daß es die ehrliche Absicht des Landes-Ausschusses ist, die Biersteuer zu erhöhen, und es wird daher die Bevölkerung noch mehr alarmiert und der Widerstand noch größer werden. Ich weiß, daß es die Herren drüben sehr wenig kümmert, ob nun

die Arbeiter erregt sind oder nicht, sie denken sich, die können uns nichts machen, das sind nicht unsere Wähler. Daß die Vorlage wegen Erhöhung der Landesauslage auf Bier im Landtage ist, hat seinen Grund darin, daß sich die Regierung gesagt hat, im Reichsrate des gleichen Wahlrechtes, in welchem die Abgeordneten von der Gesamtheit der Bevölkerung gewählt werden, wo die Armen und Reichen den gleichen Einfluß auf die Wahl haben, im Reichsrate geht es mit der Erhöhung nicht so leicht. Aber im Landtage gibt es Privilegien.

Wir haben den Großgrundbesitz, und zwar 12, die von 200 Leuten gewählt werden, wir haben die Landgemeinden und die Städtekurie und die Handels- und Gewerbekammer. Im Landtage kann man ja riskieren, daß man für eine so ungeheure Belastung der Bevölkerung stimmt, und es ist geradezu eine unglaubliche Zumutung der Regierung, das Land soll dem, was dem Reichsrate nicht möglich war, entsprechen. Täuschen sich die Herren nicht, es handelt sich um eine Schädigung jener Wählerkreise, die gerade im politischen Leben von sehr großem Einflusse sind. So mancher Abgeordnete würde nicht Abgeordneter sein, wenn die Gastwirte seines Wahlbezirkes gegen ihn wären, und ich glaube, daß auch der Einfluß der Brauindustrie auf die Wahl so mancher Herren kein geringer ist und daß sie gerade durch die Biersteuererhöhung ihre eigenen Leute gegen sich aufbringen. Ja, was haben die Arbeiter im Landhauchofe heute gehört gelegentlich der Demonstration? Es hat einer der Herren, der auch für die Biersteuererhöhung ist, gesagt: „Es ist halt ein aufgehetztes Gefindel!“ (Rufe: „Pfui!“) Wissen Sie, meine Herren, wir haben diese Demonstration nicht veranlaßt, wir sind nicht die Macher derselben, sondern die Macher dieser Demonstration finden Sie in Ihren Wählerkreisen, nicht in den unsrigen. Wir haben nur dazu beigetragen, weil auch unsere Leute da waren, daß nichts geschieht. Es waren die Brauarbeiter und Brauarbeiterinnen und einer der Herren hat sich entsetzt, als ein armes Weib geschimpft hat; das war gewissermaßen ein Entrüstungsausruf von Personen, die das ganze Jahr arbeiten und sich durch diese Steuererhöhung in ihrer Existenz bedroht fühlen. Ich glaube, meine Herren, so leicht kann man sich nicht über die Sache hinwegsetzen. Wenn man sagt, bitte, eine indirekte Steuererhöhung soll nicht verfügt werden, es sollen die breiten Schichten der Bevölkerung nicht weiter belastet werden, bekommt man dann zur Antwort: „Bitte, sagen Sie uns halt, wie man es anders machen soll?“ Es wird ja jetzt schon für die Biersteuererhöhung Stimmung gemacht, indem man darauf verweist, daß die Umlagen auf die direkten Steuern erhöht werden müßten.

Einer der Herren von der klerikalen Seite hat bei der Debatte über das Budgetprovisorium gesagt, ja, die Landesfinanzen seien schlecht und man sei gegen alles, was zur Besserung derselben unternommen werden soll. Er verfolge die Verhandlungen des Reichsrates sehr genau und habe nie gefunden, daß der Herr Kessel den Antrag gestellt hätte, wie man die Landesfinanzen von Regierungswegen bessern könne. Ich weiß nicht, wie die Herren überhaupt zu einem solchen Anwurf den Sozialdemokraten gegenüber kommen. Wer ist denn die Regierung? Wer sind die Leute, die in der Regierung sitzen? Wer führt die Regierung? Die christlichsoziale Partei, Ihre Partei, und Sie wenden sich an uns, wir sollen das anders machen entgegen dem Willen der Partei, der der Herr angehört, der uns den Vorwurf machte. Wenn Sie ein bißchen nachgedacht hätten, so hätte Ihnen einfallen können, daß Sie sich mit einem solchen Anwurf gewaltig blamieren. (Abg. Wastian: „Blamage oblige!“) Ein solcher Anwurf uns gegenüber ist einfach lächerlich; außerdem birgt dieser Anwurf in seiner Begründung eine Unwahrheit.

Wenn der Herr Abgeordnete Kern die Verhandlungen des Reichsrates so aufmerksam verfolgt, so müßte er ja auch dahin gekommen sein, daß vor zwei Jahren ein Antrag wegen Sanierung der Landesfinanzen zur Verhandlung gekommen ist und wir Sozialdemokraten gerade in der Debatte über diesen Antrag uns sehr lebhaft beteiligt haben und auch gesagt haben, wie wir uns die Sache denken. (Abg. Horvatek: „Da hat er Rosenkranz gebetet!“) Daß wir uns die Sache so denken wie die Herren von dieser Seite, das ist allerdings nicht der Fall. Wir sind nicht von gläubigen Menschen gewählt, sondern von Hunderten Arbeitern hergeschickt, von Leuten, die um ihre Existenz ringen. Wir stehen auf einem andern Standpunkte als die Herren da drüben. Wir glauben, daß es heißt: „Hilf dir selbst, dann wird auch Gott dir helfen.“ Es wird uns aber nicht nur bloß von dieser Seite der Vorwurf gemacht, wir hätten nie gesagt, wie wir uns zur Sanierung der Landesfinanzen stellen, sondern auch vom Finanzreferenten des Landes erklärt: Ja, bitte, sagen Sie mir doch, wie man es anders machen soll? Das ist sehr bequem, darüber gibt es keinen Zweifel. Sagen Sie mir einmal, hat uns derselbe Landes-Ausschuß, der jetzt die Frage an uns richtet, wie man es anders machen soll, und seine Vorgänger waren derselben Klasse angehörig, je gefragt, wie man es machen soll, daß man nicht in Schulden gerät? Haben Sie uns ein Beto eingeräumt in Bezug auf die Einnahmen und Ausgaben des Landes? Im Gegenteil, im blutigen Ringen mußten wir unser Wahlrecht erkämpfen. Sie haben uns vom

Wahlrechte ausgeschlossen und jetzt sollen wir, weil die Landesfinanzen am Hund sind, die rettenden Engel spielen. Wir wären trotzdem sehr gern dazu bereit, aber dann müssen die Herren auch die Angehörigen ihrer Partei in allen Vertretungskörperschaften, auch im Reichsrate dazu bestimmen, daß sie auf jene Vorschläge, die wir wiederholt in Bezug auf die Landesfinanzen gemacht haben, eingehen. Ich glaube auch, dieses fortwährende Fragen, ja, wie macht man es denn anders, ist nichts anderes als der Beweis der Hilflosigkeit, ist ein Beweis, daß man nicht auf die Intentionen des andern, der glaubt, Hilfe schaffen zu können, eingehen will.

Zudem ist die Frage auch noch aus einem andern Grund etwas komisch. Hier in diesem Landtage wurde uns schon wiederholt entweder direkt oder indirekt gesagt: „Wer zahlt, der schafft an!“ Die Herren haben erklärt, sie sind die Zahler und schaffen auch infolgedessen an und wir haben nichts dazuzureben. Aber, meine Herren, sollen die bei der Besteuerung zahlen, die nichts anzuschaffen haben, sollen die die Steuererhöhung tragen? Ich glaube es wäre besser und es wird mit mehr Recht gesagt werden können, die andern zahlen und wir schaffen an.

Die Haltung, die ein großer Teil der Herren des Landtages gegenüber dieser Vorlage einnimmt, ist vom Egoismus diktiert. Die breiten Schichten der Bevölkerung sollen nun die Landesfinanzen sanieren, die Sie, die herrschenden Parteien des Landtages, heruntergebracht haben. Ich weiß auch, welchen Einwand es dagegen gibt. Sie erklären, ich bitte, schauen Sie sich an, was sind die größten Ausgabeposten im Landesbudget? Das sind die Schulen und das Armenwesen. Es kommt so heraus, als wenn die Armen, die der Armenversorgung anheimfallen, sich in den Siechenhäusern und Krankenhäusern befinden, als seien das lauter Leute von uns, von der arbeitenden Bevölkerung. (Abg. Horvatek: „Meist von den Landgemeinden!“) Wenn Sie sich die Bevölkerung anschauen, die da versorgt wird, so werden Sie die wenigsten Industriearbeiter darunter finden und die wenigsten gewerblichen Arbeiter. Wenn von uns einer ins Spital geht, wird ihm das Krankengeld weggenommen, damit er seine Spitalkosten selbst zahlt. Das sind Teile der Bevölkerung aus jenen Kreisen, denen die Herren Privilegierten des Landtages angehören.

Es ist leicht ausgerechnet, daß, wenn wir auf dem Wege, der uns da durch die Vorlage gewiesen wird, fortgehen, es dann genau so gehen wird wie im Reichsrate, daß die indirekten Steuern den ganzen Haushalt zu bestreiten haben, während die direkten auf ein Minimum reduziert sind. Die direkten Steuern im

Reichsrate betragen bei 300 Millionen gegenüber den indirekten im Betrage von 800 Millionen Kronen, also mehr als drei Viertel indirekte und nur ein Viertel direkte Steuern. Für die Biersteuererhöhung ergibt sich hier eine Stimmung, weil gerade unter den Vertretern jener Bevölkerungskreise, die am meisten Bier konsumieren, unter den Vertretern jener Bevölkerungskreise, die von einer Umlagenerhöhung der direkten Steuern betroffen werden würden, und deshalb, um das, was abgeht, im Landeshaushalte, die anderen zahlen zu lassen, die hier nichts zu schaffen haben. Aus selbststüchtigen Gründen wird der weitaus größere Teil der Herren für die Erhöhung der Biersteuer stimmen. Es kommt aber noch ein weiteres Moment hinzu. Reden wir mit Herren von Untersteiermark, mit Landgemeindenvertretern, Herren der slowenischen Partei, die sagen, bitte, wir haben alle Keller voll Wein und wenn die Biersteuer erhöht wird und die Arbeiterschaft Abstinenz übt und kein Bier trinkt, so wird sie Wein trinken.

Die Herren wollen nicht nur das Geld für die Landesfinanzen, das sie selbst am liebsten zur Verfügung haben würden, sondern sie wollen auch noch haben, daß wir ihren Wein austrinken und sie so den doppelten Profit haben. (Abg. Dr. Fankovič: „Leben muß der Bauer!“) Deshalb brauchen wir nicht die Biersteuer zahlen, damit er leben kann; wir wollen ja auch leben. (Abg. Nowak: „Wir haben auch Bierauschank!“) Aber wenig trinken Sie! Sie brauchen nur die Ziffern anzuschauen und Sie werden finden, wo am wenigsten Bier getrunken wird. Ich habe nachgewiesen, daß die Hälfte Bier von der Arbeiterschaft getrunken wird. Meine Herren, schauen Sie sich das Budget an, sie teilen sich die Landeseinnahmen unter sich auf. Auf uns entfällt sehr wenig. Ein Herr Vertreter erklärte, geben wir die Landesforste in Privatverwaltung. Sie werden doch nicht behaupten, daß Sie als Besizende noch ärmer sind als die Fabrikarbeiter oder Forstarbeiter. Das ist wirklich eine nette Erscheinung!

Meine Herren! Der Landtag wurde eröffnet und es hat eine blutige Fehde der Deutschfreiheitlichen, der stärksten der Mehrheitsparteien, mit den Slowenen begonnen und es ist eine merkwürdige Erscheinung eingetreten, daß die Mehrheit des Landtages, die berufen wäre, den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen, weil sie die herrschende Partei ist, daß die zum weitesten größeren Teile gegen die Biersteuererhöhung ist, während die Herren von der Opposition, von der nationalen Opposition, der Mehrheit, helfen Geld zu kriegen von Seite der Bevölkerung durch die Erhöhung der Biersteuer. Vielleicht ist das das Zukunftsgebilde

der Mehrheit des Landtages; ich kann offen sagen, nach parlamentarischem Brauche müßte eigentlich die jetzige Mehrheit des Landtages abdanken und müßte die neue Mehrheit, bestehend aus dem Großgrundbesitze, den Slowenen und Klerikalen, die Landesverwaltung übernehmen. (Abg. Dr. Korosec: „Die Ministerbank ist schon leer.“) Ich bitte, Herr Abgeordneter Korosec, nehmen Sie Platz.

Ich habe schon bei der Beratung der Vorlage über die Umlagenfreiheit der Personaleinkommensteuer darauf verwiesen, daß man im Lande daran gehen sollte, das heutige Staatssteuersystem anders und gerechter auszugestalten, und weil ich da auch auf die Grundsteuer verwiesen habe, hat einer der Herren von der klerikalen Seite, der Herr Abgeordnete Kern, gesagt: „Sie wissen nicht, warum die Grundsteuern immer sinken, es werden so viele ehemals beackerte Landflächen aufgeforschet.“ Ist im Jahre 1896 eine Abschreibung von Grundsteuer (Lebhafter Widerspruch, lebhaftes Zurufe seitens der christlichsozialen Volkspartei) erfolgt oder nicht? Wurde die Grundsteuer vermindert durch Abschreibung von fünf Millionen? (Widerspruch seitens der christlichsozialen Volkspartei.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, meine Herren, Sie wissen, daß ich die Redefreiheit in keiner Art beschränke, aber wenn auf diese Art fortgefahren wird, dann wird es schwer möglich sein, die Debatte fortzuführen und ich möchte daher den Herrn Redner bitten, auf die fallenden Zwischenrufe nicht einzugehen.

Abg. **Reisel** (fortfahrend): Die Grundsteuer wurde also durch Abschreibung um fünf Millionen Kronen herabgesetzt, das Erträgnis derselben wird immer geringer. Ich weiß nicht genau, wie die Äußerung eines der Herren war, aber es ist mir meines Wissens der Vorwurf gemacht worden, ich hätte in meiner Rede die Andeutung gemacht, als ob die Bauern die Steuern hinterziehen würden. Gegen eine solche Unterstellung muß ich mich entschieden verwahren. Ich will nicht untersuchen, ob das zum Teile bei Bauern zutrifft, ich weiß aber, daß in Osterreich sehr viele Leute Steuern hinterziehen, nicht arme Bauern, sondern sehr reiche Fabrikanten und sehr hochgestellte geistliche Herren, welchen es ein großes Vergnügen macht, wenn sie den Fiskus betrügen können. (Auf: „Beweis!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Kohn!“) Es ist ja gegen Kohn das Verfahren eingeleitet worden. (Zwischenrufe seitens der christlichsozialen Volkspartei.) Ja, glauben Sie denn, es ist hier wie in einer bäuerlichen Wählerversammlung, daß die Leute, denen nichts anderes einfällt, zu

dem, der ihnen die Wahrheit sagt, einfach sagen, das ist erlogen? Diese Kniffe können Sie nur in Ihren Versammlungen anwenden, bei mir haben Sie keinen Erfolg damit. (Abg. Prisching: „Kommen Sie einmal zu uns!“) Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Einladung, ich werde sie annehmen und einmal befolgen, aber das wird Ihnen gewiß nicht angenehm sein. (Abg. Fodlbauer: „Aber nicht in der Kirche, denn Sie halten Versammlungen in der Kirche ab.“) Ich habe damals, und das muß ich feststellen, als ich von der Grundsteuer gesprochen habe, auf deren schwindendes Erträgnis hingewiesen und erklärt, daß man an die Frage herantreten müsse, ob die Grundsteuer nicht progressiv ausgestaltet werden soll, und habe erklärt, daß man den kleinen Bauer zu hoch besteuert, und es bliebe noch die Frage, ob man nicht die Herren Schwarzenberg und Liechtenstein höher besteuern soll. Vielleicht ist ja auch Ihre Partei dagegen, denn Ihre Partei hat ja auch bei der Abschreibung der Grundsteuer dafür gestimmt, daß auch der Großgrundbesitzer den gleichen prozentuellen Teil an Abschreibung bekomme wie die kleinen Bauern.

Die Herren sind für die Biersteuererhöhung nicht so sehr, weil sie in die Biersteuer verliebt sind, sie sind dafür, weil sie keine andere Umlagerhöhung haben wollen. Ich glaube, daß eine Umlagerhöhung auf die direkten Steuern denn doch zehnmal gerechter ist, als eine Umlagerhöhung bei der Biersteuer. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß mit dem System, das man in Bezug auf die Besteuerung bisher angewendet hat und das nach den Vorlagen, die wir im Reichsrat haben, noch weiter ausgebaut werden soll, daß es mit diesem System der Besteuerung nicht weiter gehen kann. Hören Sie draußen herum, was die Bevölkerung zu der Zustimmung, die die Regierung an den Landes-Ausschuß stellt, sagt! Meine Herren, die Zeiten der Empörung sind noch lange nicht vorüber. Mag man auch durch die Ausdehnung des Wahlrechtes manche Beruhigung in der Bevölkerung geschaffen haben, mag vieles dazu beigetragen haben, daß die Bevölkerung jetzt weniger murren, weil sie im Reichsrat entsprechend vertreten ist. (Ruf: „Das hat man heuer gesehen!“) Was meinen Sie denn damit? (Zwischenruf: „Der Aufzug vor dem Parlamente!“) Ja gewiß, sollen wir vielleicht damit zufrieden sein, wenn ein paar Duzend Leute, ein paar Egoisten den Reichsrat hindern, die für die Industrie und für die Arbeiterschaft so notwendigen Gesetzesvorlagen, wie die Handelsverträge und das Ermächtigungsgesetz, zu beschließen? Ja, glauben Sie, soll da die Bevölkerung ruhig zusehen? Sie kann da nicht ruhig zusehen und daraus folgt auch, daß sie der Art, wie Sie

das Steuersystem ausgestalten wollen, nicht ruhig zusehen wird. Ich schließe damit, indem ich . . . (Zwischenruf: „Aber nicht doch gar!“)

Meine Herren, mir ist die Sache nicht so lächerlich als Ihnen, das kann ich Ihnen allen Ernstes sagen. Mir ist es sehr ernst bei der Sache. Sie mögen ja lachen, vielleicht mögen ja Ihre Wähler zufrieden sein, wenn die Biersteuer erhöht wird, meine gewiß nicht. Die Hunderttausende, deren Klasse ich angehöre, werden nimmer damit zufrieden sein. Sie dürfen nicht glauben, daß wir Komödie spielen, uns ist es blutiger Ernst mit unserem Vorgehen gegen die Biersteuererhöhung. (Beifall auf der Galerie.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich muß das Publikum auf der Galerie aufmerksam machen, daß ich demselben Beifallsäußerungen keinesfalls gestatten kann.

Abg. Refel (fortfahrend): Es ist ein alter Trick, einen Witz zu machen, wenn man in Verlegenheit ist, aber ich glaube, angesichts des Ernstes der Situation sollte es Ihnen doch vergehen, Witze zu machen. Wenn ich auf Ihre Witze eingehen wollte, so würde ich ganz gut imstande sein, Ihnen so lange über die Schädlichkeit der Biersteuer zu erzählen, bis das neue Jahr längst vorüber ist. (Abg. Dr. Berstovšek: „Wer macht denn Witze, als Sie selbst!“ — Lebhaftige Unruhe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter Refel, haben Sie geschlossen?

Abg. Refel (fortfahrend): Nein, ich bin noch nicht fertig. Wenn es die Herren schon so eilig haben, für die Erhöhung der Biersteuer zu stimmen, ich habe es nicht so eilig. Ich habe vor diesem Zwischenfalle gesagt, daß es mit dem jetzigen Steuersystem so nicht weiter gehen kann. Was haben wir? Die Biersteuer soll erhöht werden, es soll eine Zündhölzchensteuer eingeführt werden, eine Mineralwassersteuer, Sodawassersteuer, die Branntweinsteuer soll erhöht werden. Es ist fast kein Objekt mehr, was nicht der indirekten Besteuerung überliefert wird, nur die indirekte Besteuerung trifft die breiten Schichten der Bevölkerung am empfindlichsten. Denjenigen, der das größte Einkommen hat, den geniert das nicht, aber den, der mit Kreuzern zu rechnen hat, geniert das sehr stark und die Bevölkerung wird der Sache nicht mehr lange in aller Ruhe zusehen. Ich schließe mit dem, daß ich sage: Mit dem bisherigen Steuersystem, mit dem Ausbau, mit der Verschärfung des Systems kann es nicht weitergehen. Ich warne daher die Herren, den Weg zu betreten, indem Sie für

die Erhöhung der Bierauflage stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Meško** (L.-G. Pettau beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und setzt dieselbe deutsch fort): Hoher Landtag! Die bisherige Verhandlung über die Biersteuervorlage hat uns überzeugt, daß die Mehrheit des hohen Hauses die Bierauflage nicht erhöhen will. Wir Vertreter der Bauern müssen aber befürchten, daß im Monate Jänner die Umlagen auf die direkten Steuern empfindlich erhöht werden. Schon heute protestieren wir gegen eine solche Erhöhung und erklären, daß wir eine solche Erhöhung nicht bewilligen werden, wohl aber werden wir heute für die Erhöhung der Biersteuer stimmen, wie sie aus dem Ausschusse gekommen ist. Damit schließe ich. (Beifall bei den Slowenen.)

Abg. **Silari** (A. W. Leoben): Hohes Haus! Schon seit Jahren haben wir erfahren, daß die Regierung eine Sanierung der Landesfinanzen beabsichtigt und das Jahr 1909 sollte es sein, in welchem endlich einmal eine Regelung der Landesfinanzen Platz greifen sollte. Leider haben wir sehen müssen, daß es sich die Regierung sehr leicht gemacht hat und daß sie, anstatt die geplante Staatssteuer auf das Bier einzuführen, es den einzelnen Kronländern überlassen hat, eine weitere Erhöhung der Bierauflage und zwar in der doppelten Höhe als bisher, einheben, beziehungsweise beschließen zu lassen.

Es liegt uns gegenwärtig eine Vorlage vor, nach welcher 2 K bis 4 K pro Hektoliter festgesetzt und eingehoben werden sollen und daß bei der jeweiligen Budgetberatung erst die Höhe der Landesaufgabe festgesetzt werden soll.

Nun, ich bin vollkommen überzeugt, daß man nicht von 2 auf 3 K gehen wird, sondern der leichteren Rechnung wegen auf 4 K. Es ist bereits von meinem Kollegen Herrn Abgeordneten **Kesel** ausgeführt worden, daß auf diese Art und Weise eine Sanierung der Landesfinanzen nicht herbeigeführt wird. Ich bitte, wir haben im vorigen Jahre eine Biervertenerung erlebt, die ergeben hat, daß die Branindustrie bedeutend zurückgegangen ist. Wir haben überhaupt in Österreich eine ganze Reihe von Brauereien verloren, wir sind von 1425 Brauereien auf 1218 zurückgegangen. Es ist das also ein Beweis, daß heute schon die Bevölkerung nicht mehr kaufkräftig genug ist, daß sie nicht mehr in der Lage ist, sich dieses Genußmittel zu verschaffen und wir haben durch die vorjährige Erhöhung der Bierpreise ersehen müssen, daß die Produktion um 250.000 Hektoliter zurückgegangen ist. Das ist von den Brauereien, beziehungsweise vom Verbande der steiermärkischen Brauereien aus-

drücklich festgestellt worden und wenn wir das mit 2 K multiplizieren, so ergibt sich daraus, daß die Landesaufgabe einen Ausfall von 500.000 K gehabt hat, also ungefähr die Hälfte von dem, was gegenwärtig der Landes-Ausschuß durch seinen Antrag hereinzubringen beabsichtigt. Die Erhöhung der Bierauflage auf 4 K soll eine Million Kronen eintragen und wenn sich schon im vorigen Jahre gelegentlich des Bierboykottes ein derartiger Rückgang gezeigt hat und die Bieraufgabe um 500.000 K geringer gewesen ist, was ist die logische Folge? Sie können vollkommen überzeugt sein, daß die Arbeiterschaft genau wie im vorigen Jahre einfach kein Bier trinken wird, weil es vollständig ausgeschlossen ist, einen so hohen Preis, der dann für das Bier verlangt werden wird, bezahlen zu können. Ich bitte, wir zahlen heute beim Liter Bier 4-08 h Staatssteuer, 2 h Landesaufgabe, außerdem Linienerverzehrungssteuer für in Graz eingeführtes Bier und auch in solchen Städten, wo eine Verzehrungssteuer eingeführt wurde, beziehungsweise eine Umlage auf das Bier gelegt wurde und nunmehr sollen noch weitere 2 h dazukommen, so daß bei mindergrädigem Bier, beim 12grädigen Bier, 10-08 h an Steuern daraufliegen. Beim 13grädigen Bier stellt sich das dementsprechend höher, weil die Staatssteuer mit 4-42 h festgesetzt ist. Wir haben beim Liter Bier mit 10 $\frac{1}{2}$ h an Besteuerung zu rechnen. Unter solchen Umständen ist es von vornherein für den Arbeiter ausgeschlossen, Bier zu trinken, es bedarf gar keines Boykottes, es bedarf dessen durchaus nicht, denn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind heute nicht danach angeordnet, daß man sagen könnte, es kann der Arbeiter sich einen solchen Luxus gestatten, zu einem so hohen Preis dieses Genußmittel zu kaufen. Verkennen Sie nicht unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie gegenwärtig sind. Vergessen Sie nicht, daß nicht nur in der Brauereindustrie, sondern in der gesamten Industrie eine Krise herrscht, daß eine ganze Masse Arbeiter infolge dieser Krise arbeitslos auf der Straße herumzulaufen gezwungen ist und daß infolge dieses Umstandes die Einkünfte des Staates sowohl, als auch des Landes, um ein ganz bedeutendes zurückgegangen sind. Wir haben beispielsweise in Österreich einen Rückgang in der Brauereindustrie, also beim Bierkonsum, von zwei Millionen Hektoliter zu verzeichnen. Meine Herren, das sind 10 Prozent der Jahresproduktion. Die indirekten Steuern sind zurückgegangen im Jahre 1908 und zwar in den ersten 8 Monaten um 12 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen. Was bedeutet das, meine Herren? Das bedeutet, daß die Steuerkraft des Volkes in Österreich ganz bedeutend zurückgegangen ist und wir sehen bei jeder Gelegenheit immer wieder, und unsere Finanzpolitik in Österreich beweist das am

deutlichsten, daß man immer bestrebt ist, die indirekten Steuern zu erhöhen und alles aus dem Volke herauszupressen und dem Volke die Mittel herauszuschinden, um dem Staatschatz Mittel zuzuführen, die er nicht vielleicht im Gesamtinteresse des Volkes verwendet, sondern damit in einer Art und Weise wirtschaftet, aus der hervorgeht, daß man auf die Volksnotwendigkeiten erst in letzter Linie denkt. Immer und immer sieht man die Staatsnotwendigkeiten in den Vordergrund gedrängt und die Volksnotwendigkeiten werden zurückgeschoben und man hat nie Gelegenheit oder Zeit genug dazu, daran zu denken, daß auch das Volk Mittel braucht, um kaufkräftig und konsumfähig zu sein, um das zu zahlen, was man von ihm verlangt. Nun, meine Herren, der Herr Abgeordnete Kessel hat darauf verwiesen, daß der finanzielle Effekt durch die Erhöhung der Bierauflage auf 4 K nicht der sein wird, den sich unser Landes-Ausschuß vorstellt. Wenn schon gelegentlich des Bierhopfottes, wo es sich um die Erhöhung des Bieres um 4 h pro Liter gehandelt hat, wenn schon in diesem Falle der Konsum in einem so hohen Maße zurückgegangen ist (gleich um 250.000 Hektoliter), dann wird jetzt, wo neuerdings 4 h pro Liter aufgeschlagen werden sollen, denn es ist klar, wenn die Erhöhung 2 K beträgt, daß das Krügel Bier um 2 h verteuert wird, die Gefahr entstehen, daß nicht einmal das mehr hereingebracht wird, was die bisherige Bierauflage eingetragen hat. Also der Erfolg eines derartigen Beschlusses, die Biersteuer auf 4 K pro Hektoliter festzusetzen, wird gleich Null sein und das kann ich schon jetzt sagen, daß die arbeitende Bevölkerung in dem Momente sofort mit einer mächtigen Abstinenzbewegung einsetzt und dafür zu sorgen wissen wird, daß ein derart verteuertes Genußmittel nicht gekauft wird.

Im übrigen scheint die Sache so, als ob man nicht genau wüßte, daß heute schon eine Gegnerschaft bezüglich der Biersteuer unter der arbeitenden Bevölkerung vorhanden ist. Ich bitte die Tausende Petitionen, die dem Landtage unterbreitet wurden, stammen nicht nur aus den Bevölkerungsschichten der Arbeiter, sondern auch aus der übrigen Bevölkerung. Sie haben heute die Demonstration der Gastwirte gesehen. Es ist seitens des Genossenschaftsverbandes der Gastwirte in den Tagesblättern angekündigt und aufgefordert worden, gegen die Erhöhung der Biersteuer Stellung zu nehmen, und zwar dadurch, daß verlangt wurde, es mögen sich die Herren Gastwirte im Hofe des Landhauses versammeln. Sie waren auch hier, weil sie ein großes Interesse daran haben, ihre Existenz zu erhalten. Sie treffen durch die Erhöhung der Biersteuer nicht nur die arbeitende Bevölkerung, also die heute nicht mehr genug kaufkräftige, arbeitende Bevölkerung, sondern Sie

ruinieren Tausende von Gewerbetreibenden, Tausende von Geschäftsleuten, die sich bisher noch kümmerlich durchbringen konnten. In dem Momente, in dem die Biersteuer erhöht wird, in demselben Momente führen Sie eine Anzahl von Gastwirten und Gewerbetreibenden dem Ruin zu und außerdem dürfen Sie nicht vergessen, daß nebenbei auch die Brauereindustrie getroffen wird, die bis jetzt immer steuerkräftig genug war und auch gewiß nicht wenig an Steuern geleistet hat.

Auch hier wird sich ein Rückgang bemerkbar machen, und das trifft auch wieder die Landesfinanzen.

Auf diese Art und Weise wird der Effekt der Erhöhung immer kleiner und geringer und ist es dann ganz selbstverständlich, daß der Landes-Ausschuß sich im nächsten Jahre wird neuerdings mit der Frage beschäftigen müssen, auf welche Art und Weise eine Sanierung der Landesfinanzen erreicht, auf welche Art und Weise der Abgang eigentlich gedeckt werden soll.

Ich habe schon gesagt, daß unsere Finanzpolitik in Österreich eine solche ist, die immer darauf gerichtet ist, daß der arme Teufel immer ausgepreßt wird, daß er den letzten Heller, den er in der Tasche hat, hergeben muß. Man sollte meinen, daß es der Regierung ein leichtes gewesen wäre, hier einen Ausweg zu finden, um die einzelnen Länder zu sanieren, aber, ich bitte, da hat die Regierung selbstverständlich kein Geld dazu, sie hat die Mittel zu verschiedenen anderen Dingen, aber zur Sanierung der Landesfinanzen hat sie die Mittel nicht.

Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, was heute an Steuergeldern von der arbeitenden Bevölkerung kommt; es hat schon der Herr Abgeordnete Kessel darauf verwiesen, daß bloß ein Viertel an direkten Steuern zusammenkommt und drei Viertel vom Einkommen unseres Staates eigentlich die indirekten Steuern bilden, also man kann mit Fug und Recht sagen: Aus den indirekten Steuern, geradezu aus den Kreuzern der ärmsten Schichten der Bevölkerung in Österreich werden unseren Latifundienbesitzern Liebesgaben und Liebesgeschenke gemacht.

Die Regierung gibt jährlich 20 Millionen an Exportprämien und was weiß ich alles, was durch das Alkoholkontingent festgelegt ist. Da hat die Regierung sofort die Mittel dazu. So werden den Agrariern ebenfalls jetzt 11 Millionen hingeworfen und noch immer sind die Herren unzufrieden, die heute mit dazu beitragen, daß die Preise der Lebensmittel unausgesetzt steigen und die Bevölkerung immer mehr gezwungen ist, sich den Hosenträger zuzuziehen, weil sie nicht mehr imstande ist sich derart zu ernähren, daß es menschenwürdig genannt werden kann. Also unsere Regierung hat eigentlich den weitaus größten Teil der Schuld, und

man hätte meinen sollen, daß endlich einmal die Regierung den Landtagen entgegenkommt und eine Ordnung der Landesfinanzen herbeizuführen trachten wird, was aber leider nicht der Fall ist. Wir sehen dadurch, daß wir nunmehr in eine solche Situation gestellt werden, daß ein ziemlicher Teil der Herren des hohen Hauses geneigt wäre, für die Erhöhung der Bierauflage zu stimmen. Nun, ich kann Ihnen nur soviel sagen, daß Sie in dem Momente, wo Sie das beschließen, einen ziemlich großen Teil des Volkes dem Branntweingenuße zutreiben werden. Denn, was ist selbstverständlicher, als daß der arme Teufel, der infolge seiner ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr imstande ist, sich ein Krügel Bier zu kaufen, zum Branntweinglase greifen wird. Es ist seitens der klerikalen Partei darauf verwiesen worden und das „Grazer Volksblatt“ hat sich nach dieser Richtung bemerkbar gemacht, daß es eigentlich ganz gut ist, wenn der Bierpreis erhöht ist, wenigstens werden sich die Leute dann nicht mehr so besaufen und werden unsere Irrenanstalten nicht derart überfüllt werden. Aber, meine Herren, das gerade Gegenteil wird eintreten. Es ist sicher, daß eine solche Abstinenzbewegung nicht Platz greifen wird, so daß überhaupt nichts getrunken wird, sondern die logische Folge wird nur sein, daß die armen Teufel zum Schnapstrinken kommen und somit die Gefahr besteht, daß die Irrenanstalten erst recht überfüllt, und auf diese Art und Weise die Leute direkt zu Verbrechern gemacht werden. Also schon vom Standpunkte der Moral sollte ein derartiger Beschluß nicht gefaßt werden. Was bedeutet es aber weiter, wenn die Leute auf diese Art und Weise, sagen wir, zum Schnapstrinken getrieben werden. Es werden dadurch wieder die Landesausgaben bedeutend vermehrt, so daß sich dann der Landes-Ausschuß wieder mit der Frage wird beschäftigen müssen, auf welche Art man diese Auslagen bedecken soll. Wenn auch eine bedeutende Abstinenz nicht Platz greifen wird, so wird doch nach einer Richtung hin — davon bin ich vollkommen überzeugt — der ganze finanzielle Effekt, den der Landes-Ausschuß heute erwartet, vollständig verschwinden, so daß er gleich Null sein wird. Ich möchte daher die Herren warnen, dem Antrage des Landes-Ausschusses, daß die Landes-Bieraufgabe von 2 auf 4 K. erhöht wird, oder dem Antrage in der gegenwärtigen Fassung von 2 auf 4 K. zu erhöhen, zuzustimmen. Ich erwarte, daß die Herren genug Einsicht haben und es begreifen werden, daß unter solchen Umständen eine Sanierung der Landesfinanzen vollständig ausgeschlossen ist und wir nur gezwungen sein werden, uns im nächsten Jahre neuerdings mit der Frage zu beschäftigen, wie und von wo die Mittel aufgebracht werden sollen, um die Landesausgaben decken

zu können. Ich bitte Sie nochmals, dem Antrage des Ausschusses Ihre Zustimmung nicht zu geben.

Abg. **Sorvatek** (N. W. Marburg): Hohes Haus! Es ist bereits davon gesprochen worden, daß man hauptsächlich die indirekten Steuern zu erhöhen trachtet, um die Abgänge im Staate, Landeshaushalte und in den Gemeindehaushaltungen zu decken. So ist auch jetzt wieder ein Antrag im hohen Hause eingebracht worden, daß die Biersteuer erhöht werden soll. Überhaupt hoffte man schon durch Jahrzehnte hindurch, nur durch die Verbrauchssteuern verschiedene Haushalte bestreiten zu können. Nichts mehr bleibt unbesteuert, es fehlt nur noch, daß man uns auch die Luft besteuert, es fehlt nur noch, daß man das Elend, die Tränen der hungernenden Kinder sowie der Witwen und Waisen besteuert. Nun soll die Biersteuer erhöht werden. Ich will nicht weiter darauf eingehen, wer die Biersteuer zu zahlen hat, es wurde das schon genug ausgeführt. Die Biersteuer hat in letzter Linie derjenige zu zahlen, der eben Bier trinkt, aber nicht nur der Trinker wird besteuert. Die Steuer, die jetzt dem Volke auferlegt werden soll, greift noch tiefer ein. Wir haben gehört, daß durch dieselbe das Gastgewerbe geschädigt, die Brauindustrie zurückgehen wird, daß Tausende von Brauereiarbeitern arbeitslos und ins Elend hinausgestoßen werden, jetzt, zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit schon alle Grenzen überstiegen hat. Aber nicht nur diese Schichten der Bevölkerung, die ich jetzt genannt habe, werden durch die Biersteuererhöhung geschädigt, sondern auch ein großer Teil Ihrer eigenen Wähler. Die Agrarier, ob sie nun im deutsch- oder slowenischklerikalen Lager sind, oder ob sie als selbständige Agrarier sich einer anderen Partei zurechnen, sind im Begriffe, einen großen Teil ihrer eigenen Wähler zu schädigen. Haben Sie denn vergessen, daß ein Teil des Bauernstandes von der Biererzeugung lebt? Denken Sie doch an die bäuerliche Bevölkerung in der Oststeiermark, bei der der Hopfenbau eine Haupteinnahmequelle der Bevölkerung ausmacht! Denken Sie an das Samntal, auch dort leben die Bauern größtenteils vom Hopfenbau. Was werden die Brauereien tun, um der Biersteuer entgegenzutreten, um den schädlichen Wirkungen der Biersteuer irgendwie zu entkommen? Sie werden trachten, die Arbeitslöhne zu drücken. Dadurch leiden die Arbeiter. Sie werden trachten, die übrigen Herstellungskosten herabzusetzen; sie werden also für die Gastwirte weniger bieten, sie werden weniger bieten für den Hopfen und der Bierverbrauch wird zurückgehen. Das hat bereits mein Vorredner Abgeordneter **Silari** vorzüglich zum Ausdruck gebracht.

Wenn nun der Bierverbrauch zurückgeht, so wird

auch der Bedarf an Gerste und Hopfen zurückgehen und die bäuerliche Bevölkerung, die hauptsächlich vom Hopfenbau lebt, wird natürlich die Kosten zu tragen haben. Die Agrarier klagen immer, daß die landwirtschaftlichen Produkte keinen Preis haben, daß sie das nicht erzielen, was die Arbeit, welche der Boden erfordert, verlangt. Was werden nun die armen Hopfenbauern machen, wenn sie den Hopfen nicht mehr verkaufen können? Sie müssen sich dann auf einen minder erträglichen Zweig der Landwirtschaft werfen. Können Sie es mit Ihrem agrarischen Gewissen vereinbaren, einen Teil Ihres eigenen Fleisches und Blutes zu schädigen? Ich glaube, wenn Sie das Gewissen erforschen und genau überlegen, ob diese Steuer im Interesse der Landwirtschaft ist oder nicht, dann müssen Sie sich dafür entscheiden, gegen die Biersteuer zu stimmen.

Ich komme nun auf verschiedene andere Punkte und Dinge, die mit der Verteuerung des Bieres im Zusammenhange stehen. Ich muß mich da wieder an die Agrarier wenden. Diese klagen beständig über die schlechte wirtschaftliche Lage des Bauern, sie verlangen, daß dem Bauernstande geholfen werde. Der Staat, das Land soll ihnen ebenfalls helfen, und weil die Lebensmittel noch immer zu billig sind, heißt es, die müssen noch teurer werden. Der Herr Abgeordnete Kern hat uns ja dessen bereits versichert, daß dieselben in Kürze wieder bedeutend teurer werden. Ja, wer wird aber unter dieser Teuerung leiden? Glauben Sie, nur die industriellen Arbeiter? Glauben Sie, daß nur die Angestellten, die Gewerbetreibenden darunter leiden? Darunter leidet der Bauernstand selbst und gerade die Biersteuererhöhung wird wieder dazu beitragen, daß der Bauer noch mehr unter der Teuerung leiden muß. Betrachten Sie die Landwirtschaft in der Oststeiermark und im Sanntale. Da ist der Hopfenbau. Hopfenbau treibt in der Regel nur der kleine Bauer, der sich von dem, was er durch den Hopfenbau erzielt, Lebensmittel einkaufen muß, und zwar einen großen Teil der notwendigen Lebensmittel, die er für den Hausbedarf selbst nicht zu erzeugen vermag. Wenn die Bauern nun für den Hopfen weniger einnehmen, wenn der Hopfenbau zurückgeht, so werden sie dann unter der heutigen Teuerung umso mehr zu leiden haben. Denn die Landwirte, die vom Hopfenbau leben, treiben Zwerghirtschaften und diese bringen nur das, was sie selbst an Lebensbedürfnissen brauchen.

Die Vertreter der Untersteiermark glauben, daß sie durch die Biersteuererhöhung den Weinbau fördern werden. Glauben Sie aber nicht, daß Sie dadurch wirklich zu Ihrem Ziele gelangen werden. Denn derjenige, der nicht in der Lage sein wird, das verteuerte

Bier zu kaufen, wird umso weniger in der Lage sein, den verteuerten Wein zu kaufen. Sie hoffen, daß sich durch die Einschränkung des Biergenusses die Nachfrage nach Wein steigern wird. Diejenigen aber, welchen durch die Bierauflagenerhöhung das Bier entzogen wird, werden auch nicht in der Lage sein, sich den teuren Wein zu kaufen. Man sagt, die Erhöhung der Biersteuer sei unumgänglich notwendig, denn der Abgang im Landeshaushalte ist so groß, daß es nicht mehr so fortgehen könne und unbedingt Steuerquellen eröffnet werden müssen, welche wenigstens einen Teil des Abganges zu decken imstande sind. Wir haben heute bereits gehört, daß die Erhöhung der Biersteuer nicht genügen würde, wenn auch der Bierverbrauch auf derselben Höhe bliebe, in der er sich befindet. Herr Kollege Kessel hat bereits treffend gesagt, es würde bloß ein großes Loch mit einem kleinen Fleck zu verdecken versucht. Wir haben aber auch die Ausführungen des Herrn Kollegen Hilari gehört, daß der Bierverbrauch unbedingt, und zwar so bedeutend sinken würde, daß wir nicht nur keine Mehreinnahme, sondern sogar eine geringere Einnahme für den Landesfiskus erzielen würden. Aber was können wir bei dem Bestreben nach Erhöhung der Biersteuer ganz Merkwürdiges beobachten? Es geht hier im hohen Hause so ähnlich zu wie es bis vor kurzem im Parlamente zugegangen ist. Sobald man irgend etwas durchsetzen will, so beginnt der Kuhhandel und ich glaube, daß auch hier ein gewisser Kuhhandel Platz gegriffen hat. Der Landes-Ausschuß würde es wahrscheinlich nicht gewagt haben, mit der Vorlage vor das hohe Haus zu kommen, wenn er nicht schon im vorhinein gemerkt hätte, eine geringfügige Mehrheit für den Antrag zu finden. Wir können da etwas ganz Merkwürdiges wahrnehmen. Der Herr Abgeordnete Einspinner hat schon in der gestrigen Sitzung darauf hingewiesen, indem er in seiner Rede einleitend gesagt hat: „Ich und viele meiner Parteigenossen sind gegen die Biersteuer.“ Nach diesen seinen Worten werden also einige nicht Gegner, sondern Freunde der Biersteuer sein. Die Agrarier deutscher und slowenischer Nationalität sind, wie wir sehen, im vorhinein für die Biersteuererhöhung gewonnen.

Nun, die bilden noch nicht die Mehrheit, aber es fehlt nicht mehr viel. Nun dürften einige der deutsch-nationalen Mehrheit für die Biersteuererhöhung stimmen, und zwar diejenigen, denen diese Abstimmung bei ihren Wählern nicht gar so gefährlich sein wird. Die übrigen, denen die Abstimmung bei ihren Wählern gefährlich werden könnte, die werden gegen die Biersteuererhöhung stimmen. In ihrem Innern werden sie auch für die Biersteuererhöhung stimmen und stimmen auch

dafür, weil sie eben dieses Manöver zulassen. Der Großgrundbesitz wird auch wahrscheinlich — wir werden ja sehen — in der Mehrheit, wenn nicht in seiner Gesamtheit für die Biersteuer stimmen.

Aber was beabsichtigt man da? Die Herren, welche im voraus für die Biersteuer gewonnen sind, die sind ja in Gefahr, daß mit ihnen eigentlich ein Mißbrauch getrieben wird. Sie werden jetzt vor den Wagen der Biersteuer gespannt und lassen sich treiben und ziehen wacker und werden die Biersteuer glücklich in die Scheune bringen. Was wird aber dann geschehen? Wir haben gehört, daß die Erhöhung der Biersteuer nicht genügen wird für die Sanierung der Landesfinanzen, sie wird nur einen geringen Teil des Abganges decken, man wird nach anderen Quellen greifen und wir fürchten, daß man, wenn es zur Budgetdebatte kommen wird, es auch zu einer Erhöhung der Landesumlage kommen wird; da werden Sie natürlich dagegen sein und da werden die Herren der Mehrheit sagen: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen, wir brauchen ihn nicht. Sie werden getrost gegen die Umlagenerhöhung stimmen und die Mehrheit wird dafür sorgen, daß die Umlagen auch erhöht werden. So haben Sie nichts getan, als Wasser auf die Mühle der Mehrheit des Landes-Ausschusses geleitet, und wenn wir weiters eingehen sollen auf dieses indirekte Steuersystem, auf die Biersteuererhöhung, so kommen wir wieder zu etwas, was bei uns in Oesterreich das ganze Elend ausmacht. Wir in Oesterreich sind nicht imstande uns von großen Dingen leiten zu lassen, hier ist man nicht imstande, sich auf einen Gesichtspunkt zu stellen, der einen weiteren Ausblick gestattet. Die Herren von der Majorität sind Landtags-Abgeordnete der Städte und Märkte und sie selbst, beziehungsweise ihre Wähler, blicken in der Regel nicht viel weiter hinaus, als die Stadttore reichen, als jene Linie reicht, wo einmal die Stadtmauer gestanden ist, und die Abgeordneten der Landbevölkerung, die scheinen auch nicht viel weiter hinauszusehen als von der Stube bis zur Scheune. Nur das, was gerade augenblicklich ihrem Stande oder ihren persönlichen Interessen dienlich erscheint, das muß geschehen. Die großen Fragen, die verlieren sie aus den Augen und dem haben wir es zuzuschreiben, daß in Oesterreich immer nur ein Stück- und Flickwerk getrieben wird, daß man sich in die Höhe zu schwingen nicht imstande ist und daß man auf allen Gebieten zurückbleibt. Wir sind zurück in politischer Hinsicht, wir sind zurück auf dem Gebiete der Industrie, wir sind zurück auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs und wir sind auch weit zurück auf dem Gebiete der Landwirtschaft; wir sind ferner zurück auf dem Gebiete der Bildung, auf

dem Gebiete des Unterrichts u. s. w. und dieser Zurückgebliebenheit im ganzen Staats- und Landeswesen müssen wir es zuschreiben, daß wir immer und immer mit der indirekten Steuer fortwursteln und immer und immer nur Lasten auf die Schultern der Armen und Schwachen zu wälzen trachten. Es wird soviel von der Sanierung der Landesfinanzen gesprochen; die Sanierung der Landesfinanzen ist notwendig, das bestreitet niemand, das bestreiten wir nicht und Sie auch nicht. Es wurde für die Sanierung auch schon ein Plan geschaffen, aber niemand hat den Mut, die Sanierung von demjenigen zu verlangen, der die Sanierung durchsetzen könnte, das ist nämlich der Staat. Man hofft, man bittet, aber man hat nicht den Mut aufzutreten. Man hat zuerst nicht den Mut, mit Nackensteife der Regierung gegenüber aufzutreten; man hat nicht den Mut, die Finanzpläne, die nicht populär sein können, die dem Volke schaden, zurückzuweisen. Man bittet und hofft, und da fällt mir ein Wort des Dichters und Altmeisters Goethe ein, das dieser große Dichter von den sogenannten Philistern spricht. Er sagt: „Was ist ein Philister? Ein hohler Darm, gefüllt mit Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm.“

Und so ist es bei uns; wir fürchten die Regierung, wir hoffen, daß sie doch etwas für uns tun wird und dann nehmen wir Anträge und Vorschläge von der Regierung an, die dem Volke nicht nützlich sein können. Man sagt, der Staat, die Staatsnotwendigkeiten verlangen so viel, daß für das Land nichts übrig bleibt, vergift aber darauf, daß der Staat genug Mittel hätte und genug Mittel verschwendet hat. Wo sind die 450 Millionen hingekommen, die vor drei Jahren noch in den Staatskassen als Überschuf waren? Der damalige Finanzminister war in Verlegenheit und wußte nicht, was mit dem vielen Gelde anzufangen sei und im vorigen Jahre sind diese Millionen verschwunden und sind vergangen, wie das Wachs in der Sonne. Wozu sind diese Millionen verwendet worden? Für ein Abenteuer. Für ein Abenteuer im Süden Oesterreichs; für ein Abenteuer, das vor kurzer Zeit im Gerichtssaale gebrandmarkt worden ist und das heißen die Herren, die heute für die Biersteuer sind, gut, denn sie unterstützen die Regierung in allen diesen Handlungen. Sehen Sie, wenn die Regierung damals so viel Geld gehabt hat, hätte sie ganz gut für die Länder etwas tun können und wenn damals so viel Geld in den Staatskassen gewesen ist, wäre, trotzdem daß diese Überschüsse für die Länder verwendet worden wären, doch noch ein Überschuf vorhanden, aber das viele Geld, das verschwunden ist und das noch weiter verschwinden wird, würde und wird zur Bestreitung des Großmachtsdünkel verwendet. Da wird Geld verwendet, ohne das Parla-

ment zu fragen, da wird Geld hinausgeworfen zu Dingen, die dem Volke schädlich sind und nicht nur, daß man das Geld zum Fenster hinausgeworfen hat, hat man Tausende und aber Tausende von Menschen der Arbeit und der väterlichen Scholle entzogen und hat sie mitten im Winter den Unbilden des Lagerlebens ausgesetzt. Ich will nicht eingehen auf die Sünden, die der Militarismus sich zu Schulden hat kommen lassen. Zu allen dem waren die Herren, die heute für die Biersteuer stimmen, still.

Wir hätten noch ein anderes Mittel, um die Landesfinanzen zu sanieren, wir brauchen nicht zur Biersteuer zu greifen, wir brauchen nicht die Industrie in Gefahr zu bringen und brauchen nicht dem Volke den letzten Kreuzer aus der Tasche zu ziehen und brauchen nicht viele Menschen, die heute fleißig arbeiten, in die Gefahr zu bringen, arbeitslos und als Vagabunden auf den Schubwagen gesetzt zu werden, was eintreten würde, wenn die Brauerei-Industrie bedeutend zurückginge. Ich habe schon in der Herbstsession einen Antrag eingebracht, auf den leider der Landtag nicht eingegangen ist. Ich habe damals gesagt und sage das auch heute wieder, durch die Übernahme der Schullasten durch den Staat werden die Landesfinanzen sofort saniert. Aber nein, man ist nicht darauf eingegangen, darum wahrscheinlich nicht, weil man das sogenannte Geschäftshuberwesen auf dem Gebiete der Schule nicht aus der Welt schaffen will. Würde die Schule verstaatlicht, und zwar die Schullasten, so würde durch diesen Betrag mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben des Landes ausfallen und dann müßte mit gewissen Dingen, die heute der Schule anhaften, aufgeräumt werden. Das will man aber nicht, es ist so viel bequem und angenehm zu herrschen! Die Klerikalen wollen die Schule beherrschen und damit die Lehrer und die anderen Parteien auch. Alle sind einig in dem Bestreben, die Lehrer niedergehalten zu sehen.

Damit lassen sich die Landesfinanzen nicht sanieren, daß man lieber dem Volke in die Taschen greift, lieber das Volk auspreßt und ausquetscht, als daß man mit Nackensteife dem Staate gegenüber auftritt und vom Staate die Übernahme der Schule fordern würde.

Aber das Land gibt auch Geld aus für Dinge, für die es nicht verpflichtet wäre, Geld auszugeben. Es wurde heute schon einmal darauf hingewiesen, daß das Land eine Menge Mittelschulen unterhält, was Sache des Staates wäre. Das Land erhält Fachschulen; ich erinnere an eine Luxuschule, die vor Jahren geschaffen wurde, wo ein Schüler mehrere tausend Kronen kostet. Für die kommt das Land auf, indem das Land die Kosten für die dort Auszubildenden zu bestreiten

hat. Das ist die höhere Landes-Forstlehranstalt in Bruck. Das Land gibt Geld aus für Dinge, die reine Staatssache sind. Die Zwangsarbeitsanstalten sind nichts anderes als Strafanstalten, Vollzugsanstalten der gerichtlichen Urteile. Wie kommt das Land dazu, diese Anstalten zu erhalten und was mit diesen Anstalten noch verbunden ist? Wie kommt das Land dazu, für die Gendarmerie so viel Geld auszugeben? Das ist eine Staatseinrichtung, die braucht der Staat für seine Zwecke, aber nie ist man im Landtage mit entsprechender Kraft der Regierung gegenübergetreten und hat von der Regierung die Übernahme dieser Dinge verlangt. Wenn die Hunderttausende von Kronen, die vom Lande für diese Dinge ausgegeben werden, vom Staate getragen werden, dann läßt sich ganz gut die Erhöhung der Bierauslage ersparen. Aber da fehlt es an Mut, Sie wollen es sich mit der Regierung nicht verderben. Die Regierung ist nicht Herr der Volksvertretung, im Gegenteil, die Regierung hat sich dem Willen einer Volksvertretung zu fügen. Nun, wir stehen vor einer Tatsache, die man schon fast einen Landesbankrott nennen könnte, aber es sind die Arbeiter, es sind die Kleinen, denen Sie jetzt wieder die Groschen für die Biersteuer abknöpfen wollen. Schuld an dem Zustande des Geldmangels sind die, die das gemacht haben, die im Besitze von Privilegien sind, die im Landtage bisher geherrscht haben und den Landtag noch weiter beherrschen werden. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, zu verlangen, daß die Volksmassen, die keinen Einfluß auf die Landesverwaltung haben, jetzt dazu verurteilt werden, die Sünden der privilegierten Klassen zu tragen und die bittere Suppe auszulöffeln.

Nun, ich komme zum Schlusse und will Sie nur noch einmal ersuchen, gehen Sie in sich, überlegen Sie sich die Sache, stimmen Sie nicht für die Biersteuer, denn gerade die Herren, die man glaubt im vorhinein für die Biersteuer gewonnen zu haben, die würden dadurch einem Teile des Bauernstandes schaden und zwar jenem Teile desselben, der den Hopfenbau betreibt. Sie würden aber auch die Bevölkerung in diesem Lande dadurch schädigen, daß Sie eben die Lebensmöglichkeit infolge der heutigen Teuerung, die immer mehr und mehr zunimmt, absperren würden. Sie würden der Industrie schaden, Sie würden der Arbeiterschaft schaden, die von dieser Industrie lebt, Sie würden Ihren eigenen Finanzen schaden, denn es wird, man kann mit voller Sicherheit sagen, der Ertrag aus der höheren Biersteuer Ihren Erwartungen nicht entsprechen, sondern der Ertrag der erhöhten Biersteuer wird vielleicht ein minderer sein als der Ertrag der bisherigen Biersteuer.

Lassen Sie es nicht dazu kommen, daß die Oppo-

sition eine Vorlage bewilligt, die von der Mehrheit ausgeht, weil die Mehrheit selbst nicht den Mut hat, vollzählig für diese Vorlage einzutreten; und weil wir schon beim Bier sind und ich bei Behandlung dieser Frage auch vom Hopfen und Hopfenbauer gesprochen habe, sorgen Sie durch Ihre Abstimmung, daß die armen Hopfenbauern nicht zu Hopfen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Jodlbauer** (A. W. Eggenberg): Meine Herren! Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung, die der hohe Landtag in Behandlung dieser Frage heute bietet. Wenn man sich vor Augen führt, wie es bei der Abstimmung über den in Verhandlung stehenden Gegenstand aussehen wird, so kann man von vornherein schon auf Grund der Vorgänge überzeugt sein, daß der Herr Abgeordnete **Hagenhofer** nicht bloß jetzt zufällig auf der rechten Seite des hohen Hauses sitzt, sondern daß er mit seinen Parteigenossen (Zwischenrufe: „Er sitzt ja links!“) . . . bei uns ist immer rechts, wo die sogenannten Regierungsparteien sitzen (Zwischenrufe: „Sind Sie auch schon gefessen.“) . . . sich dort befindet, wo sich diejenigen befinden, die auf Grund der Parteiprogramme in Oppositionsstellung sein sollen.

Es steht jetzt schon fest, daß der Herr Abgeordnete **Hagenhofer** mit seinen christlichsozial-klerikalen Anhängern im Vereine mit den slowenisch-klerikalen Mitgliedern des Hauses und einem Teile der Großgrundbesitzer eine neue Mehrheit bilden wird, in einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit. Und da, meine Herren, komme ich auf eine Behauptung, eine Redensart zurück, die schon mehr als ein Duzendmal hier wiederholt worden ist. So oft eine entsprechende Erweiterung des Wahlrechtes für den Landtag gefordert worden ist, wurde erklärt, das gehe nicht an, denn für den Landtag kommen ganz andere Gesichtspunkte in Betracht, wie das für den Reichsrat der Fall ist. Der Landtag sei keine politische, er sei eine wirtschaftliche Körperschaft.

Nun sehen wir, daß die Mehrheitsparteien in dieser wirtschaftlichen Frage vollständig versagen. Nach den Wahlen haben Sie jubelt: Gott dem Herrn sei Dank, die deutschfreiheitliche Mehrheit des Landtages ist gerettet.

Vorgestern ist der Herr Abgeordnete **Einspinner** aufgestanden, ein Großer angeblich bei der Mehrheit des Landtages, und hat gesagt: In der Frage der Biersteuererhöhung ist ein großer Teil von uns nicht für diese Frage.

Die Mehrheit ist also, weil es sich um eine wirtschaftliche Angelegenheit handelt, pfutsch. Allerdings, wenn der nationale Kadau eine Rolle spielt, — wir

haben das im Herbst dieses Jahres wiederholt gesehen, wenn einer der nationalen Kampfhähne von Hüben oder drüben aufgestanden ist — da ist die geschlossene Mehrheit vorhanden.

In der nationalen Verhegung, da funktioniert die Mehrheit; in wirtschaftlichen Angelegenheiten, da kommt ein Mann, der mehr Dichter als Weiser ist, der erklärt und sagt: ich muß schon gegen die Möglichkeit einer Erhöhung der Biersteuer stimmen.

Der Herr Abgeordnete **Wastian** tritt ja und muß ja immer auftreten, wenn es sich um Sulzeier-Reden und dergleichen Dinge handelt. Er hat dafür eine gewisse Ausnahmstellung innerhalb der Mehrheit des Landtages und ein Teil der Mehrheitsmitglieder hat ihm zugejubelt: „Bravo!“ Natürlich! Der **Wastian** trifft immer das Rechte. Er konnte es sagen, weil er weiß, daß es in diesem Falle nicht die sonst vorhandene Mehrheit gibt, weil es sich nicht um eine rein politische, sondern eine eminent wirtschaftliche Angelegenheit handelt.

So strafen Sie die Behauptung Lügen, die Sie aufstellen und die Sie mit Vorliebe dann vorbringen, wenn die Masse des Volkes vom Landtage etwas haben will.

Herr Abgeordneter **Wastian** hat ja auch der Mehrheitspartei dieses hohen Hauses ein Loblied gesungen. Er hat gesagt: „Es gibt in den Kreisen der Mehrheit Interessen, die der Abgeordnete wahrnehmen muß und unser Klub, der Klub der Mehrheitspartei, hat daher die Abstimmung freigegeben.“

Meine Herren! Ich meine, daß das ein sehr unaufrichtiges Spiel ist. Ich meine, daß das eine unmännliche und, ich möchte sagen, eine unschöne Handlung und Haltung ist. Ich glaube, Fragen, die das ganze Land betreffen, die können nicht nach dem Gesichtspunkte beurteilt werden, ob die Bevölkerung eines Ortes oder zusammenhängender zwei oder drei Orte davon einen Vorteil oder Nachteil haben.

Wir behalten vor allem dabei das Interesse des Landes im Auge.

Eine politische Partei, die noch eine Reputation zu verlieren hat, — es gibt viele politische Parteien, bei denen das nicht zutrifft — also politische Parteien, die noch etwas an Ansehen zu verlieren haben, die müssen dann doch auch wissen, nach welchem Gesichtspunkte sie ihre Haltung und ihr Handeln einrichten. Sie müssen gewisse Richtlinien für ihre Haltung und Handeln haben, kurz gesagt, sie müssen als Partei ein Parteiprogramm besitzen, sie müssen gewissermaßen eine Fahne haben.

Es ist sehr interessant, wenn von Ihnen gesagt wird: Unser Parteiprogramm ist das Interesse der einzelnen Abgeordneten und ganz kleiner Wählerchichten.

(Widerspruch.) Ihre Wähler setzen sich aus sehr kleinen Schichten zusammen; es sind die Bevorrechtigten. In Ihren Kurien werden ein paar Märkte zu einem Wahlkreis zusammengeworfen, während für zehn Abgeordnete der vierten Kurie einfach ungeheuer große Wahlkreise mit einer sehr großen Wählerzahl geschaffen wurden. Der Abgeordnete hat bei Ihnen die besonderen Interessen der Wähler wahrzunehmen.

Daß wir mit der Landesverwaltung in eine solche Schlamaftik hineingekommen sind, — meine Herren, ich glaube, das muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden — das ist eine Folge dieser Kirchturmpolitik, eine Folge der Wahrnehmung solcher persönlicher Interessen, das ist eine Folge der Wahrnehmung der Interessen einzelner und niemals des ganzen Landes und der Bevölkerung des ganzen Landes.

Aus den Reihen der Slowenen ist der Herr Kollega Meško aufgestanden. Ich glaube, er hat wohl im Einverständnis seines gesamten Klubs gehandelt, als er deutsch gesagt hat: die Slowenen haben sich überzeugt, daß die Mehrheit nicht für die Einführung der Landesbieraufgabe stimmen wird. Deshalb müssen die Agrarier dafür stimmen. (Widerspruch bei den Slowenen.)

Meine Herren! Sie mögen das etwas anders ausgelegt haben wollen; ich bin auch bereit, Ihnen entgegenzukommen. Sie können die Sätze selbst formulieren, wie sie es haben wollen. Ich werde sie akzeptieren, weil Sie nicht imstande sein werden, den Kern der Sache in das Gegenteil zu verdrehen.

Ihr Redner hat die Erklärung abgegeben, daß Sie dafür stimmen werden, weil ohne Ihr Mittun die Erhöhung der Landesbieraufgabe nicht möglich ist. Das ist der Sinn der Worte, und wenn Sie sagen, das sei gar nicht veranschlagt, so möchte ich darauf erwidern, daß es doch ein ungewöhnlich geringes Maß von Verständnis und Einsicht voraussetzen heißt, wenn man einem Abgeordneten dieses Hauses zumutet, er sei nicht im Klaren, was die Folge dieses Gesetzentwurfes sein wird.

Für was brauchen Sie die Ziffer „4 K“ im Gesetze, wenn Sie nicht die Absicht haben, bei der Budgetberatung die Landesbieraufgabe auf 4 K zu erhöhen? Für was wollen Sie dieses Gesetz in dieser Fassung durchdrücken? Für was haben Sie sich nicht darauf eingelassen, das alte Gesetz anzunehmen, wenn es Ihnen um die alte Bieraufgabe zu tun war? Warum der Antrag, ein Provisorium für das alte Gesetz zu schaffen? Das alles zusammen verrät die Absicht und sagt mit einer Deutlichkeit, die nicht übersehen werden darf, daß die Absicht und der Wille vorhanden ist, die Landesbieraufgabe von 2 K auf 4 K zu erhöhen und daß Sie vollständig darüber einig sind, daß Sie diese

Verdoppelung der Bieraufgabe zur Tatsache machen werden.

Merkwürdig allerdings ist dabei, daß die Minderheitsparteien dieses Geschäft besorgen, daß die Minderheitsparteien die Mehrheitsparteien herausreißen, daß Sie eine ganz neue Majorität herauskristallisieren, daß eine ganz neue Mehrheit zum Vorschein kommt.

Ich erinnere mich an Verhandlungen in diesem hohen Hause, wo aus einem anderen Anlasse, meiner persönlichen Überzeugung nach mit vollem Rechte, erklärt worden ist, daß Sie, die Herren, wie Sie da beisammen sind, als Abgeordnete des steiermärkischen Landtages, Vertreter der Besitzenden sind, und daß Sie als Vertreter der Besitzenden keine anderen Interessen haben, als die Lasten der Allgemeinheit auf die Schultern der Besitzlosen abzuwälzen. Damals haben Sie erklärt, das sei nicht der Fall, das sei eine Behauptung, die den Tatsachen nicht entspreche. Meine Herren, wieso jetzt das große Zusammenfließen all der Parteien des Hauses. Christlichsoziale und Deutschfreiheitliche, Merikale und Großgrundbesitz, alles fließt in einen Topf, wo die Erhöhung der Biersteuer ausgefocht werden soll.

Es ist nichts anderes als die Rücksichtslosigkeit des Besitzes, die da zum Ausdruck kommt. Sie alle, ohne Unterschied der Partei, fühlen sich als Besitzende, als Vertreter der Besitzenden. Als Besitzende und Vertreter der Besitzenden haben Sie der Allgemeinheit gegenüber eine ganz merkwürdige Haltung sich zurechtgelegt. Sie fordern von der Allgemeinheit, alle Institutionen, die da geschaffen sind, die müssen so eingerichtet sein, daß sie vor allem Machtmittel Ihrer Herrschaft sind und diese Machtmittel die nützen Sie aus, um sich Vorteile über Vorteile zu sichern. Nebst dem, was mein Parteigenosse, der Herr Abgeordnete Horvatek bereits ausgeführt hat, möchte ich in Bezug auf die Umstände, die die Finanzwirtschaft des Landes auf den Ruin gebracht haben, noch etwas sagen. Wer hat außer diesen Umständen vor allem beigetragen, daß das Land finanziell ruiniert worden ist? Diejenigen, die sich jetzt zusammensetzen, um die Mehrheit zu bilden, die Agrarier, die waren allen voran. (Abg. Dr. Schacherl: „Sie saugen fortwährend das Land aus!“) Unter der agrarischen Habsucht und Herrschsucht wurde fortwährend ein Ruchhandel betrieben und ist das Land dabei finanziell auf den Hund gekommen. (Zwischenruf.) Es gibt darüber, Herr Kollege Dr. Berstovšek, gar keine Wize zu machen, es ist eine Tatsache, die sich nicht hinwegleugnen läßt, daß durch die agrarische Habsucht das Land finanziell immer tiefer und tiefer hineingekommen ist. Das sind unbezahlte Millionen, die im Laufe der letzten zwei Jahre hinausgeworfen worden sind, weil sie ein

Beitrag gewesen sind, den man für irgend einen Schacher gezahlt hat. (Abg. Dr. Korösec: „Zum Beispiel!“) Wir werden schon noch darauf zurückkommen. (Abg. Dr. Korösec: „Der Inhalt für die Phrase?“) Das sind die leeren Kassen des Landes Steiermark. (Rufe bei den Slowenen: „Sind wir schuld daran?“ — Abg. Dr. Schacherl: „Millionen haben die Weinbauern bekommen und niemals werden sie zurückgezahlt.“ — Abg. Dr. Dr. Korösec: „Ist das hinausgeworfenes Geld? Dort werden auch Arbeiter beschäftigt und verdienen dabei!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Tausende werden arbeitslos und nicht einen Kreuzer geben Sie her! Wer schert sich um die Arbeitslosen? — Abg. Dr. Korösec: „Wir mehr als Sie!“ — Abg. Dr. Benkovič: „Das soll hinausgeworfenes Geld sein? Das werden wir uns merken!“) Meine Herren, Sie sind immer böse, wenn Sie die Vertreter der klassenbewußten Arbeiter anhören müssen. (Abg. Dr. Korösec: „Na, na, wir hören ja jeden!“) Gewiß, Sie sind immer sehr aufgeregt. Ich bitte, Sie gehören auch zu denen, die immer dem Arbeiter vorreden, daß er den größten Lohn für seine Arbeit im Jenwärts bekommt und er sich im Dieswärts mit weniger begnügen soll. (Abg. Dr. Korösec: „Wann habe ich so etwas gesprochen?“ — Lebhaftes Heiterkeit. — Abg. Dr. Berstovšek: „Das sind Witze!“ — Abg. Dr. Korösec: „Für seine wirtschaftliche Arbeit muß er doch etwas bekommen!“) Wenn Sie das bisher nicht gesagt haben, so sind Sie ein schlechter Arbeiter im Weinberge des Herrn. (Lebhaftes Heiterkeit. — Abg. Hilari: „Was im Bonifatius-Blatt steht, das muß doch wahr sein!“) Es ist wirklich rührend, die Slowenen als Verteidiger der Deutschnationalen! Der Herr Abgeordnete Wastian fühlt sich sehr wohl unter ihrer Verteidigung. Wastian ist koalitiert mit Korösec. (Abg. Kessel: „Die Biersteuer haben sie auf Erden und das andere dann im Himmel!“ — Abg. Wastian: Sie erlauben schon, daß ich hier stehe; es ist eine alte Geschichte, das Recht ist halb, die Geschicklichkeit ganz auf Ihrer Seite!“) Die Vernunft ist ein Ding, das Herr Abgeordneter Wastian nicht gepachtet hat.

Es ist vor einem Jahre — um zur Sache über die ich soeben gesprochen habe, zurückzukommen — von Seite eines sehr angesehenen Abgeordneten des Großgrundbesitzes darauf aufmerksam gemacht worden, daß ein großer Teil der Millionen, die für die Wildbachverbauungen ausgegeben werden, nur scheinbar einen nützlichen Zweck verfolgen. Es ist von dieser Seite gegen die Ausgabe weiterer Millionen eine Art Verwahrung eingelegt worden und ich glaube mich ziemlich an den Wortlaut zu erinnern, indem dieser Abgeordnete seine Rede damit geschlossen hat, daß er sagte, er stimme

nicht für dieses Programm, das in Verhandlung steht, weil er felsenfest der Überzeugung ist, daß ein großer Teil der Millionen des Landes Steiermark, die da ausgegeben wurden, schon längst im Schwarzen Meere unten sind, nichts genützt haben und nichts nützen werden.

Aber von den früher angeführten Umständen ausgehend, möchte ich nur fragen, daß Sie ja, Herr Abgeordneter Wastian hat das besonders treffend gesagt, irgend ein lokales Interesse wahrnehmen müssen. Nicht das Interesse der Allgemeinheit, sondern Lokalinteressen, Interessen kleiner Gruppen und Schichten suchen Sie wahrzunehmen und da ist das Verlangen vorhanden irgend etwas zu machen und zu erreichen, wenn auch der Vorteil, der da erwächst, mit dem Aufwande in gar keinem Verhältnisse steht. Einmal ist eine landwirtschaftliche Unterrichtsschule mit großen Kosten zu stande gebracht worden und wie sie vorhanden war, stellte sich heraus, daß sie keine Schüler hatte, da mußten Stipendien geschaffen werden, damit die Schüler wirklich erlangt wurden und Ausgaben und Ausgaben werden gemacht, wo dann das Resultat ein sehr mindereres ist.

Es ließe sich nach dieser Richtung ungeheuer viel anführen, aber darin liegen vor allem die Ursachen einer bedeutenden Defizitwirtschaft, die vorhanden ist; das ist eine Hauptursache, daß das Land Steiermark zu so bedeutenden Abgängen gekommen ist, eine Habucht, die, ich hoffe, in diesem Hause noch einmal ihre Bezwingen finden wird, eine Habucht, die ihre Bezwingen finden muß, weil die Annäherung, die daraus resultiert, einfach unerträglich wird. Ich bitte, von Seite der Christlichsozialen, die da eine besonders wichtige Rolle spielen und die glücklich durchgesetzt haben, daß an die Stelle, von wo aus man nach Mitteln des Landes greifen kann, einer ihrer Vertrauensmänner hingestellt wird, ist uns Vormittag gesagt worden: Es wird vor allem gegen die erhöhte Umlage Stellung genommen werden müssen, weil der kleine Bauernstand u. s. w. eine solche Umlagenerhöhung nicht vertragen kann. (Abg. Dr. Korösec: „Sehr richtig!“) Meine Herren, Sie sagen „Sehr richtig!“ Ich möchte aber diese Antwort mit einer Frage beantworten. Glauben Sie, daß die breiten Massen des vollständig beschlossenen Volkes, daß die Tausende und aber Tausende, die über nichts anderes verfügen, als über ihrer Hände Arbeitskraft und ihre geistigen Kenntnisse, daß die in einer besseren wirtschaftlichen Lage sind, als die kleinen Besitzer? Glauben Sie, daß die früher imstande sind, immer und immer wieder neue Lasten auf sich zu nehmen und diese auch ertragen zu können? (Abg. Dr. Benkovič: „Treten

Sie gegen die Kartelle auf?" — Abg. Dr. Korošec: „Das ist in meiner Gegend ganz anders der Fall!“ Ich glaube nicht.

Jetzt kommt Ihr Schmerz, die Weinbauern. Sie nehmen die Sache ja sehr einfach. (Abg. Dr. Korošec: „Machen Sie das mit dem Reininghaus aus!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Den haben wir bekämpft, nicht Sie!“ — Abg. Dr. Korošec: „Wir haben das Kartellgesetz eingebracht!“ — Abg. Dr. Schacherl: „Wir haben den Reininghaus, wir haben die Brauer bekämpft!“) Wenn es sich um die Bekämpfung der Kartelle handelt und des kartellierten Großkapitals, dann waren die Sozialdemokraten gewiß jene, die rückhaltlos vorgegangen sind. Meine Herren, wer hat sich doch immer an der Seite des Großkapitals befunden? Wenn es sich um die Zuckersteuererhöhung handelte, dann waren es die Agrarier, die bei der Aufteilung der Bonifikationen und Zuwendungen vor allem das Großkapital unterstützt und gefördert haben. Bei der Schnapssteuer ist es die gleiche Geschichte, wo Sie immer dafür eingetreten sind, daß nicht weniger als fast 40,000.000 K an Liebesgaben gegeben werden. (Abg. Dr. Korošec: „Wir haben mit den Sozialdemokraten gegen die Bonifikationen gestimmt.“) Aber Herr Doktor, Sie gehören als Agrarier zu den Agrariern, die da drüben sitzen, wenn Sie auch zufällig eine andere Sprache sprechen. Sie sagen: „Ja, für die Erhöhung der Landesbieraufgabe müsse man stimmen, damit die Bauern nicht von einer Umlagenerhöhung getroffen werden.“

Es steht zweifellos so, daß eine Erhöhung der Landesbieraufgabe auf die breiten Massen der Bevölkerung, der Konsumenten zu überwälzen versucht wird.

Es ist sehr fraglich, wenn diese Verdoppelung der Landesbieraufgabe erfolgt, ob die Masse des Volkes imstande sein wird, sich dagegen so zu wehren, daß sie tatsächlich nicht zu einer Benachteiligung kommen.

Dieses Verhalten, das da durchgehends an den Tag gelegt wird, diese Ausklügelung der Mehrheit für die Vorlage ist wahrscheinlich Ihrer Ansicht nach ein sehr geschicktes und sehr schlaues. Geschickt und schlau deshalb, weil Sie meinen, daß der einzelne Abgeordnete, wenn er auch dieser oder jener Partei angehört, den noblen Mann spielen kann, daß er hinaus gehen kann in den Wahlkreis zu seinen Wählern und sagen kann: „Seht, was bin ich für ein prächtiger Mensch! Ich bin zwar Mitglied der deutschen Volkspartei, aber ich habe gegen die Bieraufgabe gestimmt.“

Nun, meine Herren, wir wissen ja, daß das eine Übung ist, auf die Sie in der letzten Zeit ein besonderes Gewicht legten.

Heute ist es die Biersteuer, wo die einen die Noblen

sind und dagegenstimmen, weil es möglich erscheint, daß mit den Christlichsozial-Klerikalen und mit slowenischer Hilfe eine Mehrheit für die Erhöhung der Landesbieraufgabe gefunden wird. (Abg. Otter: „Wir stimmen aus Überzeugung dagegen; das ist nicht wahr, das ist eine ungehörige Zumutung, die wir uns nicht gefallen lassen.“ — Großer Lärm. — Abg. Kessel: „Ich weiß nicht, warum sich der Abgeordnete Otter so aufregt.“)

Landeshauptmann (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, sehr geehrte Herren, den Herrn Redner nicht immer zu unterbrechen.

Abg. **Jodlbauer** (fortfahrend): Diese Aufregung des Herrn Otter ist unter Umständen begreiflich, obwohl ich glaube, daß er als Lehrer ein Buch kennen könnte, das zum Schutze gegen Hautkrankheiten erschienen ist und wo es heißt: „Dort, wo es dich beißt, dort kratze nicht, weil das Kratzen schlimme Folgen mit sich bringen kann“.

Ein andermal ist es eine andere Frage. Sagen wir die Umlagenerhöhung. In dieser rein wirtschaftlichen Frage haben Sie dann wieder eine andere Konstellation und es wird wieder gestattet, sich als fiescher Vertreter der Wählerinteressen aufzuspielen, weil Sie dagegen stimmen.

Aber das Schlußfazit dieser ganzen Handlungen ist das, daß die Lasten, die den breiten Massen des Volkes auferlegt werden, immer unerträglicher werden, daß sie immer höher ansteigen und das, wie es jetzt der Fall ist, in einer Zeit, wo die Lebenshaltung ohnedies schon so ungeheuer erschwert ist.

Meine Herren! Die Erhöhung der Umlagen auf Bier ist eine indirekte Steuer, und ich glaube nicht, es notwendig zu haben, Sie durch Zitate darauf aufmerksam zu machen, welche Ansichten ganz bedeutende Vertreter der Wissenschaft der Nationalökonomie über diese indirekte Steuer haben und in ihren Büchern vertreten haben.

Ich will das nicht tun, weil ich ja längst davon überzeugt bin, daß das, was die Wissenschaft lehrt und sagt, bei Ihrem Handeln unbeachtet bleibt, wenn diese Lehrsätze der Wissenschaft nicht mit Ihrem persönlichen Vorteil und mit den Vorteilen Ihrer Klasse zusammenfallen. Ich will das nicht tun, und zwar deshalb, weil ich weiß, daß Sie in politischen Fragen auf wissenschaftliche Meinung nichts geben, sich nicht beeinflussen lassen. Denn vor allem kommt immer der Erfolg für Sie in Betracht.

Nur zwei Sätze aus dem Buche eines deutschen

Nationalökonomien, das Dr. Behr bereits im Jahre 1822 geschrieben hat, „Die Lehre von der Wirtschaft des Staates“, möchte ich Ihnen vorhalten.

Dr. Behr sagt wörtlich: „Indirekte Steuern sind entweder von grober Ignoranz oder von bühischer Tücke erfunden, durch Superflugsheit und Sophisterei verteidigt, von der Gemächlichkeit gepflegt, durch Not vervielfältigt und aus Furcht vor der Mühe der Einführung des Rechtes bis zur Stunde noch nicht abgeschafft.“

Der Mann, der eine ganz hervorragende Bedeutung innerhalb der deutschen Gelehrtenwelt gehabt hat, hat im Jahre 1822 bedauert, daß die indirekten Steuern, seiner Ansicht nach aus Furcht, aus Mangel an Mut und aus Bequemlichkeit, noch nicht durch das Rechte ersetzt sind.

Es wird aber bald ein Jahrhundert verflossen sein und es wird aus Mangel an Mut noch immer nicht das Richtige geschaffen sein.

Sie verlegen sich noch immer darauf, die Lasten für die Allgemeinheit auf die Schultern der breiten Massen des Volkes zu überwälzen.

Aber, meine Herren! Anschließend an das, was ich gesagt habe, daß dieses Spiel, das Sie treiben, endlich durchschaut wird, möchte ich Ihnen, nachdem ich weiß, daß Sie auf wissenschaftliche Lehrmeinungen, wenn sie auch Sätze sind von Leuchten der Wissenschaft, die Ihrer Klasse angehören, nichts geben, etwas anderes ins Gedächtnis rufen.

Ich glaube, es dürfte den meisten von Ihnen, soviel Belesenheit setze ich voraus, nicht unbekannt sein, daß eine bedeutende Erhöhung der Biersteuer in diesem Jahre in Deutschland zur Durchführung gebracht worden ist. Auch bei dieser Steuererhöhung gab es ein ähnliches Spiel wie jetzt im steirischen Landtage.

Der Mehrheitsblock ist geschwunden und eine neue Mehrheitskonstellation hat sich gefunden, die, weil es sich um eine wirtschaftliche Frage gehandelt hat, auch diese Erhöhung der indirekten Steuern, nämlich eine bedeutende Erhöhung der Bierauslage zur Durchführung brachte.

Es war nach der Beschlussfassung die „Boissische Zeitung“, welche schrieb: „Von den Hundertmillionen, die Sie aufbringen wollen, muß weitaus der größte Teil von der minderbemittelten Bevölkerung getragen werden. Es gehört wirklich keine Kunst und keine Wissenschaft zur Ausarbeitung solcher Projekte, sondern nur die Entschlossenheit, sich über die gewichtigsten Bedenken, die namentlich auch vom sozialpolitischen Standpunkte erhoben werden können, hinwegzusetzen.“

Und wenn solche Vorlagen eingebracht und gar durchgesetzt werden, wundert man sich über das Wach-

tum der Sozialdemokraten? Nein, die Sozialdemokratie hat wirklich ein märchenhaftes Glück.“

Meine Herren! Vielleicht bedenken Sie diese Worte eines Parteiorganes, das Ihnen sehr nahe steht, Worte, die geschrieben worden sind nach einer Abstimmung, die derjenigen ziemlich ähnlich ist, die heute hier im steirischen Landtag erfolgen soll.

Wie sehr trifft die Befürchtung der „Boissischen Zeitung“, daß die Erfolge nur die sozialdemokratische Partei haben wird, nun zu!

Ich glaube, diejenigen, welche ausländische Zeitungen oder auch nur inländische Zeitungen aufmerksam lesen, werden Kenntnis erlangt haben von den kolossalen Erfolgen der Sozialdemokratie bei den Nachwahlen und bei allen anderen politischen Vorkommnissen, die die Sozialdemokratie im Deutschen Reiche seit dieser Abstimmung über die Erhöhung der Biersteuer im Gefolge gehabt hat.

Sie können sagen, das sollte vielleicht von den Sozialdemokraten nicht vorgeführt werden, denn als Sozialdemokrat kann man nur eine Freude dabei haben, wenn die Einsicht bei der großen Masse der Bevölkerung eine größere wird, wenn der Gedanke der Sozialdemokratie immer größere Schichten erfasst, immer größere Massen anzieht und ihre Kräfte zur Geltung und Wirksamkeit zu bringen vermag.

Würden Sie mit Ihrer Behauptung, mit der Sie jederzeit bei der Hand sind, daß es der Sozialdemokratie nur um die Verhütung zu tun ist, im Rechte sein, dann könnte man wirklich dem Beginnen, das Sie an den Tag legen, mit Freuden zusehen.

Ich bin überzeugt davon, daß ein großer Teil der Wähler, die Agitatoren für Ihre Wahlen gewesen sind, nach der Abstimmung, wenn Sie die Erhöhung der Landesaufgabe annehmen, über Sie und Ihre Parteien, denen Sie angehören, anders denken werden.

Denn das wird nicht genügen, daß Sie hingehen und erklären: Ich habe nicht für die Erhöhung der Landesbieraufgabe gestimmt, ich habe dagegen gestimmt. Ich glaube, so weit ist die Bevölkerung schon entwickelt, so weit hat sie bereits politische Fortschritte gemacht, um sich zu sagen: In dem Verhalten der ganzen Partei liegt die Schweinerei und nicht in dem Verhalten des einzelnen.

Wenn man einer Partei angehört, die für die Vorlagen, die im Hause von Seite des Landes-Ausschusses eingebracht werden, verantwortlich zu machen ist, wenn man einer Partei angehört, die die Mehrheit in diesem Hause bildet, wenn man einer Partei angehört, die stolz verkündet, daß sie noch die Mehrheit in diesem Hause hat, dann muß man auch die Ver-

antwortung dafür tragen; und wenn man sie nicht trägt, ist man einfach zu feige, die Konsequenzen zu tragen.

Meine Herren, ich glaube, die Zeit ist vorüber, wo man bei einer Teuerungsbefehle aufsteht — Herr Otter, Sie haben es notwendig, sich in das Vorder-treffen zu stellen — eine flammende Rede hält zu Gunsten der mit fixen Bezügen Angestellten und einfach dann bei der Abstimmung sitzen bleibt und nicht stimmt für jene, für die man vorhin so schöne Worte gebraucht hat. Nicht an dem Reden liegt es, sondern an dem Verhalten. So wie man handelt, hiefür muß man auch die Verantwortung vor der Bevölkerung und vor seinen Wählern tragen. (Widerspruch seitens des Abg. Otter.) Ganz gewiß, Herr Kollega Otter! Hier stehe ich und für alles das, was die Sozialdemokraten für gut befinden, in diesem Hause zu tun oder zu unterlassen, dafür trage ich die Verantwortung mit, und zwar mit jener Entschlossenheit, mit jener Offenheit, als ob ich jede dieser einzelnen Handlungen begangen oder unterlassen hätte.

Aber wenn ich einer Partei angehöre und ein Verhalten an den Tag lege, welches mich mit meinen Parteigenossen in Widerspruch bringt, dann habe ich auch die Konsequenzen zu ziehen, dann habe ich in dieser Partei nichts mehr zu suchen, dann hat mein Verweilen in dieser Partei nur noch einen selbstlichen Zweck. Und das ist schmähslich! (Abg. Otter: „Sie wissen ja noch gar nicht, wie wir abstimmen werden. Reden Sie dann!“)

Ich habe von der Abstimmung in der Frage bezüglich der Getreide- und Fleisch-einfuhr gesprochen. Erforschen Sie Ihr Gewissen und Sie werden darauf kommen, daß ich Ihnen nur Wahres vor Augen gehalten habe. Wie Sie jetzt Ihr Verhalten einrichten werden, werden wir ja sehen; aber ich glaube, Sie werden nicht heiler herauskommen wie bei der Frage in Bezug auf die Einfuhr von Getreide, Fleisch und Vieh aus den Balkanländern.

Nun wird gesagt, die ganze Aufregung und der ganze Kampf gegen dieses Gesetz sei heute nicht am Plage, weil der Gesetzentwurf nur ein Rahmengesetz sei, da im Gesetzentwurfe eine Erhöhung der Landesbieraufgabe von 2 auf 4 K noch nicht zur Wirksamkeit gebracht werde, nämlich mit der Annahme desselben, weil es da noch eines separaten Beschlusses bedürfe. Es wird uns gesagt, der Kampf dagegen sei überflüssig und müßte heute nicht mit aller Schärfe geführt werden, weil es sich da nur um ein Rahmengesetz handle.

Meine Herren, ich habe schon eingangs meiner Ausführungen gesagt, wie wir darüber denken und ich

meine, das Bild, welches Sie in diesen Rahmen hinein-machen wollen, das ist die Verdoppelung der Landesbieraufgabe, denn sonst hätte der Rahmen, den Sie sich für dieses Bild anschaffen, keinen Zweck. Uns gefällt dieses Bild nicht, wir können nicht zulassen, daß es geschaffen wird, und deshalb ist es eine Sache der Selbstverständlichkeit, daß wir mit aller Entschiedenheit, mit aller uns zur Verfügung und zu Gebote stehenden Kraft und mit allen Mitteln dagegen auftreten, daß dieser Rahmen geschaffen wird, in welchen dann das Bild hineinkommen soll.

Es mag vielleicht ein Vorteil Ihrer Partei sein, daß zum Beispiel vorgestern der Herr Abgeordnete Einspinner aufgestanden ist und gesagt hat: „Zuweisen muß man das Gesetz, damit man etwas erfährt, damit man aufgeklärt, informiert wird!“ Es mag das ein Vorteil Ihrer Partei sein — traurige Partei, bei welcher viele Mitglieder vorhanden sind, die immer erst aufgeklärt werden müssen — aber das kann doch nicht ausschlaggebend sein für das Verhalten von Parteien, nicht ausschlaggebend für das Verhalten von ernsthaften Abgeordneten in solchen Fragen.

Wenn man etwas nicht will, dann braucht man nicht erst die Wege dazu ebnen zu lassen, damit es umso leichter geschaffen werden kann, sondern, wenn man aufrichtig und ohne Hintergedanken etwas nicht will, darf man auch nicht die Möglichkeit zulassen, daß dies kommen kann.

Wenn ich aber die Möglichkeit zulasse, wenn ich einwillige, daß Vorbereitungen getroffen werden und Dinge geschaffen werden, die ich nicht will und die ich nicht zulassen darf, dann mache ich mich mitschuldig an der Ausarbeitung dieses Wertes und trage auch an der Vollendung desselben meinen Teil der Schuld.

Und deshalb, meine Herren, ist es selbstverständlich, daß wir der Beratung und Beschlußfassung über diesen Gegenstand die größtmöglichen Hindernisse in den Weg legen werden und müssen, weil sonst das Vertrauen der breiten Massen des Volkes, das von Ihnen immer nur Lasten auferlegt bekommt, aber keine Rechte erhält, auf das schändlichste enttäuscht wurde.

Sie trösten sich damit — man hat sich aus dem Verlaufe der Debatte dieser Empfindung nicht erwehren können — daß eine größere Anzahl von Rednern, die äußerst sachlich zu dieser Frage gesprochen haben, vor leerem Hause gesprochen haben, daß Sie sich einfach auf den Standpunkt stellen: „Es mag dagegen gesprochen werden was immer, wir, die wir uns zu dieser Sache zusammengefunden haben, sind die Mehrheit, wir stimmen dafür und wir beschließen.“

Nun, geehrte Anwesende, gewiß, ich zweifle nicht

daran, daß Sie auf Grund dieser Vereinbarungen, die man nur ahnen, aber nicht nachweisen kann — sie werden aber in absehbarer Zeit offenkundig werden — die Mehrheit für dieses Gesetz beisammen haben. Ich glaube sogar, daß Sie unter Umständen noch schlimmere Beschlüsse fassen können, als wie sie vielleicht jetzt angenommen werden.

Daß Sie in dieser ganzen Angelegenheit nicht mit offenen Karten vorgehen, das beweist die Art, wie die Erhöhung der Landesausgabe auf Bier in dieses Haus gekommen ist. Innerhalb zwei bis drei Tagen, knapp vor Jahreschluß, ohne daß jemand etwas früher gewußt hat, hätte in diesem Hause die Erhöhung der Landesausgabe auf Bier durchgeführt werden sollen. Und es ist nur einem Zufalle zu verdanken, daß es das Organ unserer Partei war, welches mindestens acht Tage vorher auf die Absicht, die da vorhanden gewesen ist, aufmerksam machen konnte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß vielleicht die Beschlüsse, die Sie zu fassen gedenken, noch weit darüber hinausgehen über das, was man auf Grund der Vorlage, wie sie nun vom Finanz-Ausschusse vorliegt, jetzt ahnen kann. Sie mögen sich darüber, daß Sie das tun können, damit trösten, daß Sie die Mehrheit haben, weil bei der Entscheidung in dieser Frage die Zahl der Stimmen, die abgegeben werden, ausschlaggebend ist. Nehmen Sie aber von unserer Seite die Versicherung entgegen, daß die Abstimmung, die erfolgen wird, so erfolgen muß, daß auch der Name jedes einzelnen, der dafür oder dagegen gestimmt hat (Abg. Dr. v. Raan: „Das beantragen wir ja selbst.“), festgehalten wird für alle Zeit und daß der Name desjenigen, der heute bei dieser Abstimmung nicht anwesend ist, ebenfalls festgehalten erscheint. Rechnen Sie sicher damit! Das sind keine Repressalien, sondern als Vertreter Ihrer Wähler müssen Sie es sich gefallen lassen, daß das festgehalten wird, damit es keinen Zweifel, keine Deutelei dabei geben kann sowie kein Ableugnen und Abstreiten.

Sie können versichert sein, daß wir — es ist zwar nur eine geringe Anzahl von Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, die hier sitzen, die an Stimmenzahl allerdings nicht in die Waagschale fallen, da wir bezüglich der Stimmenzahl leider nicht ausschlaggebend sein können und diese Vorlage nicht durch unsere Stimmenzahl zu Falle bringen können, Sie können also versichert sein, daß wir dafür sorgen werden, daß diejenigen Herren von Ihnen, die überhaupt Wähler hinter sich haben, denn ein großer Teil von Ihnen sitzt hier auf Grund von Privilegien, ohne daß Wähler hinter Ihnen stehen würden, ohne daß man es rechtfertigen könnte, daß Sie überhaupt im Hause anwesend

sind — soweit Sie also Wähler hinter sich haben, können Sie die Versicherung entgegennehmen, daß wir dafür sorgen werden, daß Ihr Verhalten bekannt wird.

Und es wird dann keinen Unterschied geben. Wer nicht anwesend ist, der hat dadurch beigetragen dazu, daß das Gesetz beschlossen werden konnte. und wer für das Gesetz nicht gestimmt hat und zu einer Partei gehört, die die moralische Verantwortung trägt für dieses Gesetz, wird es sich gefallen lassen müssen, daß er für die Folgen dieses Gesetzes verantwortlich gemacht wird.

Meine Herren! Sie können durch die Zahl Ihrer Stimmen Ihrem Willen Ausdruck geben, Sie können durch die Zahl Ihrer Stimmen das beschließen, was Sie sich vorgenommen haben zum Nachteile der Bevölkerung. Aber vergessen Sie nicht darauf, daß es über dem geschriebenen Recht auch noch ein anderes Recht gibt und vergessen Sie nicht, daß die Möglichkeit noch nicht vorüber ist, daß außer in Beratungskörpern das Volk sich sein Recht auch auf der Straße suchen kann. (Lebhafte Unruhe. — Abg. Pišek: „Also das Volk wollen Sie aufheizen?“ — Abg. Dr. Korosec: „Kommen Sie nach Untersteier auf die Straße, wir laden Sie ein dazu!“)

Sie mögen sich aufregen, wie Sie wollen, über die geschichtlichen Möglichkeiten kommen Sie mit Aufregungen nicht hinweg und auch Sie werden sich, wenn Sie dem Volke sein Recht nicht geben, damit abfinden müssen, daß es sich sein Recht auf jenem Wege holt, auf dem es allein erlangt werden kann. Da nützt Ihre Aufregung nichts, da ist sie zwecklos. Sie haben nur ein böses Gewissen und gar nichts anderes. Es ist vielleicht ein Glück, daß politische Machtfragen nicht in irgend einer Landgemeinde Untersteiermarks entschieden werden, denn sonst könnte es sein, daß wir vielleicht einmal hinunter kommen müßten. (Zwischenrufe der Slowenen: „Kommt nur!“) Aber sie sind dort nicht zu entscheiden und deshalb wird sich die Bevölkerung, wenn die Lasten, die ihr aufgedrückt werden, unerträglich werden, den Kampfplatz für die Entscheidung so aussuchen, daß auch ein Erfolg möglich ist.

Meine Herren! Ich glaube, Sie haben es sich sehr wohl zu überlegen, ob Sie gerade in der jetzigen Zeit die Lasten, die der breiten Masse der Bevölkerung aufgelegt werden, immer mehr und mehr drückend gestalten und erhöhen können.

Schauen Sie! Von da drüben ist gesagt worden, der Bauernstand kann keine Lasten mehr auf sich nehmen, weil er bereits so große Lasten trägt.

Ich will Sie nicht mit einer Besprechung dieser Frage aufhalten, aber ich möchte sagen, was haben wir denn jetzt für Leistungen der Agrarier zu beobachten?